

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 20. bis 31. Dezember 1906.

Posen, den 2. Januar 1907.

B e r i c h t über den Verlauf der am 17. Dezember d. J. im Saale des Apollotheaters zu Posen ab- gehaltenen polnischen Protestversammlung.

Posen, den 18. Dezember 1906.

Zu der vom Rechtsanwalt Dr. Wolinski-Posen einberufenen Versammlung haben sich ungefähr 1600 Personen, zumeist Vertreter der Intelligenz — unter denen sich über 100 Geistliche und ungefähr 100 Damen befanden —, aus Stadt und Provinz Posen eingefunden. Einigen Hundert Personen mußte wegen Überfüllung des Saales der Eintritt verwehrt werden.

Das die Versammlung veranstaltende Komitee hat in den polnischen Zeitungen folgende Einladung zu dieser Versammlung erlassen:

Landsleute!

Angeichts des schweren Schicksals, das uns heimgesucht hat und zur Feuerprobe für unsere von den Großvätern und Urgroßvätern ererbten Tugenden geworden ist, angeichts des schweren Gewitters, das sich besonders über die Häupter und Hütten der breiten Massen unseres Volkes zusammengezogen hat, fordert das unterzeichnete Komitee die polnisch-katholischen Bürger der Erzdiözese Gnesen-Posen auf, zu der

polnisch-katholischen Versammlung,
die am Montag, den 17. d. M., mittags 12 Uhr, im Lambertischen Saale zu Posen stattfinden soll, aus allen Gegenden, aus jeder Pfarochie Vertreter zu entsenden, die an den Verhandlungen über unser Leid und Freud' regen Anteil nehmen.

Die Tagesordnung lautet:

1. Eröffnung;
2. Wahl eines Vorsitzenden und Konstituierung des Bureaus;
3. Rechtsanwalt Wolinski: Nachruf für den in Gott ruhenden verstorbenen Erzbischof;
4. Petition an den hl. Vater, Adresse an die geistlichen Behörden;
5. Abgeordneter Prälat Snychel: Die Schulangelegenheit vom Standpunkte der Kirche und preußischen Verfassung aus;
6. Rechtsanwalt Dr. von Mieczkowski: Die rechtliche Verteidigung gegen das Schulsystem;
7. Pfarrer (päpstl.) Kammerherr Laubig: Das preußische System und die Kirche;
8. Resolution;
9. Abgeordneter Graf Mielzynski: Das Los des polnischen Volkes;
10. Schluß.

Das Komitee.

(Folgen einige Hundert Unterschriften der polnischen Intelligenz und Geistlichkeit aus der Provinz Posen.)

Um 12 Uhr mittags eröffnete der Redakteur des *Trendownik* Dr. Szymanski-Posen die Versammlung mit Worten der Begrüßung. Ganz besonders betonte er, daß der gegenwärtige Augenblick die Zukunft der polnischen Volksgesamtheit in entscheidender Weise bestimmen werde, und jagte zum Schluß seiner Begrüßung, daß sich die Zuhörer die Worte und Gedanken der Redner, wenn es nötig sein werde, selbst ergänzen möchten.

Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde Kammerherr Dr. von Komierowski aus Niezychowo und zu stellvertretenden Vorsitzenden Graf Boltowski aus Netla, sowie Rechtsanwalt Dr. Wolinski aus Posen gewählt.

Für die Wahl dankend berief der Vorsitzende den Propst Gladysz-Komornik zum Schriftführer, sowie Dr. Thaddäus von Jackowski, Johann Paczkowski, Propst Sychalski aus Kosko, Szyfter aus Dopiewo, Posadzyn aus Szymborze und Turka aus Samter zu Beisitzern.

Nachdem der Schriftführer die Mitteilung gemacht hatte, daß Begrüßungstelegramme eingegangen wären: von den Polinnen aus Strasburg, dem Dziennik Berlinski, dem Politischen Komitee aus Berlin, dem Abgeordneten Schröder-Strasburg, Dr. Adamczewski-Kattowitz, Professor Wicherkiewicz-Kraau, Glabisz-Konarzowo und Wonsowski-Kosten (der Inhalt wurde nicht verlesen), erhielt das Wort Rechtsanwalt Dr. Wolinski-Posen zum Punkt 3 der Tagesordnung: **Nachruf für den verstorbenen Erzbischof.** Er führte aus: Um das Erbe des verstorbenen Erzbischofs zu übernehmen, hätten sich die Anwesenden hier versammelt. Als solches bezeichnete Redner unter Anführung einzelner Beispiele das Eintreten des Erzbischofs für den Glauben und die Muttersprache und namentlich seinen letzten Hirtenbrief vom 8. Oktober 1906. Dieses Erbe sei so reich — führte Redner weiter aus —, daß alle Machthaber die Polen darum beneiden müßten. In Ansehung der Verantwortung vor Gott für die Zukunft und moralische Erziehung ihrer Kinder, sollten die Polen dieses Erbe ohne Vorbehalt antreten. So wie bei den Juden im Altertum die Priester im Kampfe mit der Bundeslade zur Hebung des Mutes vorangegangen wären, so hätten die Polen (in dem Erbe des Erzbischofs) auch ihre Bundeslade, die sie bei der Verteidigung hochheben müßten. Durch die Leiden seien die Polen zur Selbstständigkeit erzogen worden. Ihr Führer sei im Kampfe gefallen, das Vaterland habe einen sehr klugen Mann verloren. Das polnische Volk flehe zum verstorbenen Erzbischof,

daß er im Verein mit allen Bischöfen und Märtyrern den Allerhöchsten anflehen möge, daß er das polnische Volk bis zum Ende ausharren lasse und nicht zulasse, daß es seine Fahne beschmutze. Dagegen schwörten und gelobten die Anwesenden feierlich, sein Erbe, das sie heute angetreten hätten, wie das Auge im Kopfe zu hüten und es von Geschlecht zu Geschlecht zu vererben. (Bravorufe!) Darauf wurde nachstehende, vom Redner verlesene, an den Papst gerichtete Petition von der Versammlung unter Beifallsrufen angenommen:

„Heiliger Vater!

Wir polnischen Katholiken aus der Erzdiözese Gnesen und Posen fallen in schwerer Bedrängnis mit blutenden Herzen zu Deinen Füßen, Heiliger Vater, nieder und rufen mit von Tränen erslickter Stimme flehentlich Dir zu, Heiliger Vater rette uns, denn Du allein kannst uns helfen, in Dir ist unsere einzige Hoffnung.

Als die Söhne einer Nation, die seit Tausenden von Jahren, seit den Zeiten des heiligen Adalbert, des Bischofs und Märtyrers, in guten und bösen Augenblicken treu zum Felsen Petri gestanden hat, lange Jahrhunderte hindurch die Vormauer der Christenheit war und nie der Sache der heiligen römisch-katholischen Kirche untreu geworden ist, sind auch wir Diözesanen von Gnesen und Posen der heiligen katholischen Kirche treu, den Glauben unserer Väter lieben wir mit ganzem Herzen und aus allen unseren Kräften, und dem Heiligen Vater, dem Statthalter Christi, werden wir Glauben halten, solange wir leben. Aber in unseren Diözesen drohen unserem Glauben zwei große Gefahren, der vom Westen her kommende Sozialismus und der Unglauben. Wie selbst stehen tren zum heiligen apostolischen Stuhl, uns werden keine Vorstöße des Unglaubens von dem durch den Herrn Christus gewiesenen Wege abbringen. Niemand fühlt den Wert des heiligen Glaubens mehr, als der, welcher Verfolgung leidet. Wir sind sehr unglücklich, unsere ganze Hoffnung setzen wir mithin in den, welcher stärkt und tröstet, in dem im Allerh. Sakrament in den Altären unserer katholischen Kirchen anwesenden Jesus Christus.

Um uns sind wir mithin nicht besorgt, aber mit Angst sehen wir auf unsere Kinder, mit Furcht haben wir uns zu fragen, ob auch sie dem Glauben unserer Väter treu sein werden, ob sie den Versuchungen des Unglaubens nicht unterliegen werden, die so ungestüm auf diese junge Generation eindringen. Unsere Befürchtungen in dieser Hinsicht sind überaus ernst und begründet.

Wir sehen nämlich von Tag zu Tag immer klarer auf ein immer größeres Gleichgültigwerden im Glauben bei dieser Jugend, welche die Schule zwingt, die Wahrheiten des heiligen Glaubens in einer fremden, nicht in der Muttersprache zu lernen. Seit einer Reihe von Jahren beseitigt das preussische System unsere Muttersprache aus dem Religionsunterricht in immer zahlreicheren Schulen, von den höheren Klassen in die untersten hinabsteigend. Unsere Kinder tragen aus einem solchen Unterricht nicht den mindesten Nutzen davon, im Gegenteil, da sie darin ein Unbill für ihr Empfinden und ihre Seele erblicken, übertragen sie die Abneigung und den Widerwillen auf diesen heiligen Gegenstand selbst.

Es schneidet uns ins Herz, wenn wir uns die Geringschätzung der Wahrheiten Christi durch die Kinder, die Verwilderung ihrer Sitten, und die zwar unwissentlich ausgesprochenen, aber so schmerzlich die religiöse Kühle der kindlichen Seele aufdeckenden Lästerungen ansehen.

Solange der Religionsunterricht in der Muttersprache dargeboten wurde, solange die Schule mit der Kirche gemeinschaftlich an der religiösen Erziehung

der Kinder gearbeitet hat, wurde diese Jugend, von der Wärme dieser beiden Mütter erwärmt, von der Heiligkeit der Religion und des Glaubens durchdrungen.

Als dagegen das preussische System diesen heiligen Bund zerriß, und entgegen den Grundsätzen der Kirche — wie uns dies in seinem letzten Rundschreiben vom 8. Oktober d. J. unser Erzhirte nicht zu verschmerzenden Ungedenkens vorgestellt und erklärt hatte — entgegen den Bitten der Eltern und den in Erscheinung tretenden erschreckenden Früchten dieses Systems, sogar unsere allerheiligsten Gefühle nicht berücksichtigen will, trat mit dem Schmerz auch die Verzweiflung in unsere Herzen.

Wo sollen wir uns in diesem Bedürfnis, in diesem blutigen Schmerz unserer Herzen hinwenden, wenn nicht zu Deinen Füßen, hl. Vater, wem sollen wir das Leid unserer gequälten Herzen vorstellen, wenn nicht Dir, Du Statthalter Christi, dessen väterliches Herz niemanden — um so weniger die Armen und Verfolgten — von sich zu stoßen fähig ist.

Wir kommen also verwaist durch den Tod des in Gott ruhenden Erzhirten, im Namen von Millionen Dir und der hl. Kirche treuer Katholiken, mit der heißen Bitte, welche die Unterschrift von Hunderttausenden trägt, die sich besorgt um die religiöse und moralische Zukunft ihrer Kinder zu Deinem Herzen, hl. Vater, drängen. Unter Deinem hochmögenden Schutz stellen wir, stark durch kindliches Vertrauen, die Geschiede der unsterblichen Seelen unserer Jugend, und mit der demüthigen Bitte um Segen für uns und unsere Kinder schwören wir dir, Statthalter Christi, von neuem Treue bis ans Ende.“

Hierauf verlas der **Schriftführer, Propst Gladysz** nachstehende an den Papst und an die beiden Verweser des Erzbistums Gnesen-Posen gerichteten Telegramme:

1. An Se. Heiligkeit
Papst Pius X.

in Rom.

Die polnischen Katholiken der Erzdiözese Gnesen-Posen, die sich in Posen zahlreich versammelt haben, um über die religiöse Erziehung ihrer Kinder und über ihre Einführung in die Glaubenswahrheiten und Vorschriften sowie über die diesem hl. Glauben in den beiden Erzdiözesen drohenden Gefahren zu beraten — werfen sich, durch den Tod des unlängst verstorbenen und geliebten Erzbischofs Florian von schwerer Trauer betroffen, zu deinen Füßen, hl. Vater, und geloben feierlich, daß sie immer und bis zum letzten Atemzuge die teuersten Söhne Gottes, der Kirche und des hl. Vaters bleiben werden, für den die würdigsten Personen voll lebendigster Liebe und Anhänglichkeit erfüllt sind.

2. und 3. An den hochwürdigsten
Herrn Domherrn Dorzewski
in Gnesen.

An den hochwürdigsten
Herrn Bischof Dr. Likowski
in Posen.

Die polnischen Katholiken der Erzdiözese Gnesen-Posen, welche die Sorge um die religiöse Erziehung ihrer Kinder heute in Posen versammelt hat, senden Ew. bischöflichen (Domherrlichen) Gnaden als Verweser der Erzdiözese Posen (Gnesen) den Ausdruck tiefster und kindlicher Treue, sowie die feierliche Versicherung, daß sie die von den Vätern ererbte Anhänglichkeit zum hl. Glauben und zur christlichen Kirche bis zum letzten Atemzuge bewahren wollen.

Darauf sind folgende Antworten eingegangen aus Rom:

„Roman Komierowski
Hotel Bazar.

Devotionis erga Sanctam Sedem Beatissimus
Pater grato excepit animo sensa a Te Tuisque
conlegis probata, quibus ideo amantissime
benedicit.

Cardinalis Merry del Val.“

Vom Bischof Dr. Lifowski:

„Komierowski

Riezychowo per Weißenhöhe.

Die im Telegramm der katholischen Versammlung
ausgedrückte Versicherung der Treue und Anhänglichkeit
zur Kirche habe mit Dankbarkeit entgegengenommen und
danke aus der Tiefe des Herzens.

Bischof Lifowski.“

Alsdann erhielt **Prälat Stychel** das Wort.
Auf die ruhmreiche Vergangenheit Polens, welches als
Vormauer des Christentums gegolten habe, hinweisend,
ging Redner über auf die Teilung Polens und betonte,
daß die Polen ein Recht zu existieren und ihre nationalen
Sonderheiten zu pflegen hätten. Obwohl sie alle —
führte Redner weiter aus — in der Gefangenschaft
geboren wären, so wären sie doch alle Polen und
würden es auch bleiben. Wenn sich die Polen früher
als angeblich minderwertig mit dem Deutschtum hätten
assimilieren sollen, sollten sie sich jetzt assimilieren, weil
sie das Deutschtum bedrohten. Auf das Wesen der
Schule, speziell der Volksschule übergehend hob Redner
hervor, daß nur den Eltern das Erziehungsrecht der
Kinder zustünde und die Schule nur als Vertreterin
der Eltern zu gelten hätte. Pflicht der Schule sei es
daher, die Kinder nach dem Wunsche der Eltern zu
erziehen. Solange die Schule diese ihre Aufgabe frei
von politischen Momenten erfüllt hätte, habe sie Achtung
und Unterstützung verdient, aber eine Überschreitung
der Grenzen dieses Erziehungsrechts können zu Konflikten
zwischen Schule und Haus führen, wie sie in Sieben-
bürgen und in den baltischen Provinzen auch unter
Deutschen vorgekommen wären. Den Schulzwang und
das Fehlen eines Schulgesetzes betonend meinte Redner,
daß die Leitung der ganzen Schule von den sich ev.
jeden Tag ändernden Beschlüssen der Verwaltungs-
behörden abhängig sei, die der Kompetenz der Gerichte
nicht unterlägen. Bis zum Jahre 1873 habe sich die
Schule an pädagogischen Grundsätzen gehalten.
Dann verlas Redner einen Abschnitt aus dem Erlaß
des Ministers von Altenstein vom 23. Dezember 1872
und meinte, daß diese im vorgelesenen Erlaß enthaltenen
goldenen von Ministern anerkannten Worte, daß diese
Grundsätze von Anfang bis Ende der Welt Bedeutung
hätten, **und daß keine Kraft und kein Mächthaber der
Welt imstande wäre, diese Grundsätze mit Füßen zu
treten.** Die Stimme des Ministers von Altenstein
müßte für die gegenwärtigen Vertreter der preußischen
Regierung von Bedeutung sein. Doch heute habe
sich über diese Grundsätze die preußische Staats-
raison erhoben. Nach dem Kriege mit Frankreich
habe der Kulturkampf und der Schulkampf mit den
Kindern begonnen. Die für Oberschlesien, Posen, West-
und Ostpreußen im Jahre 1872 bzw. 1873 erlassenen
Oberpräsidialerlasse erwähnend, führte Redner aus,
daß damit die polnische Sprache als Unterrichtssprache
überhaupt und zum Teil auch aus dem Religions-
unterricht verdrängt worden wäre. Bei vielen Kindern
sei die Nationalität gar nicht durch Prüfung in der
deutschen Sprache festgestellt worden, sondern nach den
verschiedensten Nebenumständen. **Man habe nämlich
angenommen, daß die Verordnungen der hohen preu-
ßischen Beamten von derart weittragender Bedeutung
wären, daß sich die Natur nach ihnen richtete, und
die Kinder mit deutschen Kenntnissen auf die Welt**

kämen, während man bei den der Prüfung unterzogenen
Kindern auf Grund **der papageimäßig nachgesprochenen
deutschen Antworten** die deutsche Nationalität festgestellt
hätte. Deutscher Unterricht dürfe nur mit Erlaubnis
der Regierung eingeführt werden, aber in vielen Fällen
sei festgestellt worden, daß Schulinspektoren und Lehrer
auf eigene Hand deutschen Religionsunterricht ein-
geführt hätten. (Zwischenrufe: Verrat! Bravo!) Aber
auch in der niedrigsten Stufe werde gegen die an-
geführten Verordnungen deutscher Religionsunterricht
eingeführt. Die vielen Anklagen auf Grund des
§ 110 St.-G.-B. seien darauf zurückzuführen, daß die
deutschen Religionsunterricht einführenden Regierungs-
verfügungen nicht publiziert worden wären. Die
Schwierigkeit des Religionsunterrichts besonders in
fremder Sprache unter Anführung verschiedener Beispiele
erklärend, zitierte Redner eine Stelle aus einem Briefe
Bismarcks an seine Frau vom 1. Juni 1851, worin
er ihr aus Frankfurt a. M. mitteilt, daß er einem
französischen Gottesdienst beigewohnt hätte, aber zu
seinem Gotte könne er nur in der Muttersprache beten.
Redner meinte dann, **was dieser große Staatsmann nicht
habe vollbringen können, obwohl er die französische
Sprache gut beherrschte, solle das kleine einfache pol-
nische Kind können, das die deutsche Sprache nicht
kenne?** (Unhaltende Bravorufe!)

Einem Artikel der Nordd. Allgem. Ztg., wonach
in $\frac{3}{4}$ aller Schulen im Posenschen polnischer Reli-
gionsunterricht erteilt werde, stellt Redner gegenüber,
daß von 1621 Schulen (in welcher Zahl noch nicht
alle Schulen einbegriffen sind) im Großherzogtum
Posen auf der Oberstufe in 922 deutscher Religions-
unterricht erteilt und in 1184 Schulen deutsch gebetet,
auf der Mittelstufe in 878 Schulen deutscher
Religionsunterricht erteilt und in 1103 Schulen deutsch
gebetet auf der Unterstufe in 564 Schulen
deutscher Religionsunterricht erteilt und in 830 Schulen
deutsch gebetet werde. **Der Anlaß unserer Erbitterung**
— fährt Redner fort — **ist nicht nur der Schul-
unterricht, sondern auch die Folgen, weil für diejenigen
Kinder, die am deutschen Religionsunterricht teil-
genommen haben, der Vorbereitungsunterricht für die
ersten Sakramente erschwert wird, und die Geist-
lichen müssen erst den Kindern den Katechismus
lesen lernen, weswegen sie denunziert werden.** Kömme
denn vom Priester verlangt werden, daß er Kinder,
die in der Schule zum deutschen Religionsunterricht
**gezwungen worden wären, in deutscher Sprache vor-
bereite?** Nein! Der Priester müsse solche Kinder in
polnischer Sprache vorbereiten. Die Eltern wären nicht im-
ande, den Kindern die nötigen polnischen Sprachkenntnisse,
beizubringen, Privatpersonen, die sich damit befäßen,
würden dafür verfolgt. Trotz entgegenstehenden Be-
stimmungen sei die Kirche aus der Schule verdrängt
worden. **Bei dem Konflikte zwischen Schule und Haus
würde die Kirche einen Verrat begehen, wenn sie nicht
auf seiten des Kindes und des Hauses stände.** (Bravo-
rufe!) Die Regierung habe zu solchen scharfen Ver-
waltungsmaßnahmen gegriffen, weil sie den Polen den
Vorwurf machte, **sie sähen die Deutschkatholiken für
minderwertig an und sie wollten sich von Preußen
losreißen.** Die Polen wollten die deutsche Sprache
gerne lernen, nur müßte dieser Unterricht nicht so er-
schwert und **verekelt** werden. Wie solle das Kind
die deutsche Sprache gerne lernen, wenn es zur Be-
lohnung dafür die **deutsche Religion** erhalte. Es sei
eine Lüge, daß die Polen die Deutschkatholiken als
minderwertig ansähen. Das deutsche Gebet habe im
deutschen Munde denselben Wert, wie das polnische
Gebet, aber das **papageimäßige** Einprägen der Religion
und des Gebets von seiten des Kindes in fremder
Sprache sei minderwertig. Das deutsche Gebet im

Munde polnischer Kinder sei eine Profanation. Was den zweiten Vorwurf anlange, daß sich die Polen von Preußen losreißen wollten, so müsse er — Redner — sagen, daß, wenn solche Absichten existierten, die Übeltäter von den eifrigen Staatsanwälten schon längst hinter Schloß und Riegel gebracht worden wären. Die Polen erfüllten dem Staate gegenüber alle Pflichten, doch sei es schwer, mit Klagen auf den Lippen dem Staate Dankbarkeit zu bezeigen. **Trotz der Gefangenschaft sei die legale Verteidigung Pflicht der Polen.** „Möge im polnischen Herzen die Lösung der Verteidigung unserer nationalen Sonderheiten und nationalen Schätze ertönen, einer Verteidigung, die zur Ausdauer, zu Opfern und Leiden bereit ist“ für unsere heilige Sache! (Bravorufe!)

Zum Punkt 6 der Tagesordnung „Die rechtliche Verteidigung gegen das Schulsystem“ erhielt Rechtsanwalt Dr. **von Mieczkowski-Posen** das Wort. Er führte aus: Nachdem der Streit zwischen Familie einen immer größeren Umfang angenommen hätte, habe die Regierung durch die Nordb. Allgemeine Zeitung erklären lassen, daß sie alle Mittel anwenden würde, um den Widerstand gegen den deutschen Religionsunterricht zu brechen. Die **Repressalien** hätten nicht lange auf sich warten lassen. Redner zählt nun die verschiedenen Maßnahmen der Behörden auf, die, wie er ausführte, nicht ohne weiteres anfechtbar wären und warnte davor, sich dem Lehrer gegenüber selbst Gerechtigkeit zu verschaffen. Alsdann erhielt **Brälat Raubitz-Hohenfalza** zu Punkt 7 der Tagesordnung „Das preussische System und die Kirche“ das Wort. Er führte aus: Als vor 20 Jahren die preussische Regierung mit ihrer Ansiedlungskommission auf den Weg der Ausnahmegesetze getreten sei, da sagte v. Schorlemer-Mst in Beziehung auf die der katholischen Kirche drohenden Gefahren: „Germanisierung ist Protestantisierung.“ Zweifellos habe die katholische Kirche infolge der antipolnischen Politik und namentlich infolge der Tätigkeit der Ansiedlungskommission großen Schaden erlitten, während die protestantische Kirche und Schule Vorteil davon gehabt hätten. Aber auch durch die Protestantisierung drohe der Kirche Gefahr, namentlich dort, wo das Nationalbewußtsein nicht genügend geweckt wäre, denn solange der Pole Pole bleibe, solange bleibe er auch katholisch. Ein Beispiel für das Vordringen des Protestantismus sei Bromberg, wo seit 12 Jahren in schrecklicher Weise der katholischen Kirche Seelen verloren gingen. Eine solche Entnationalisierung mache drei Phasen durch: erst wird der Betreffende Deutschkatholik, dann lutheranisiert er sich, und der Epilog ist die Änderung des polnischen in einen deutschen Namen. Die Germanisierung gehe mit der Protestantisierung Hand in Hand ohne besonderes Zutun der preussischen Regierung als logische Folge der antipolnischen Gesetze. Der preussischen Regierung liege vorläufig nichts an der Protestantisierung, ihr Streben konzentriere sich nur auf die Entnationalisierung der polnischen Volks Gesamtheit, die in den letzten 12 Jahren mit nervöser Eile betrieben worden wäre. Auf ein Hindernis sei aber das preussische System gestoßen und das sei die katholische Kirche. Die Deutschkatholiken hätten keinen berechtigten Grund zur Klage, da ihnen von der Regierung Erleichterungen zuteil würden, und wenn auch überall der Kulturkampf beendet, die Waffen begraben seien, habe sich hier der letzte Akt des Dramas noch nicht abgepielt. Was die Paritätsverhältnisse anlange, so erinnere Redner nur daran, daß hier der Oberpräsident, die Regierungspräsidenten, Abteilungsdirigenten, die Chefs der Provinzial-, Kreis- und Kommunalverwaltungen mit wenigen Ausnahmen Protestanten sind. Heute sei es auch einem Deutschkatholiken beinahe versagt, in eine einflußreiche

Stelle zu gelangen. In kurzer Zeit seien hintereinander drei Bürgermeister, und zwar in Sulmierzyce, Wollstein und Blesien nicht bestätigt worden, welche merkwürdigerweise alle deutsch-katholisch waren. Von 7 Schulleitern in Hohenfalza seien 6 protestantisch und 1 katholisch, selbstverständlich ein Deutscher; die 3 Schulinspektoren seien protestantisch; von 8 Schulvorstandsmitgliedern seien 6 Protestanten, 1 Jude und 1 Katholik; heute hätten die Katholiken bei 2700 Schulkindern überhaupt keinen Vertreter im Schulvorstande, weil ihn die Regierung seines Amtes entsetzt hätte. Sehr schwer sei es auch, katholische Schwestern zu bekommen, während es fast überall Diakonissinnen gebe. Gleichen Schwierigkeiten begegne man bei der Errichtung von Krippen. Sogar die Erlaubnis zu einer Kollekte in der Pfarodie für die armen polnischen Waisen sei ihm — dem Redner — verweigert worden. (Zwischenrufe, wie: Entsetzlich, Scham, Schande usw.), obwohl der Kaiser in einem Rundschreiben aus München aufgefordert habe, sich nicht auf staatliche Hilfe zu verlassen, sondern sich nach humanitärer Hilfe umzusehen. Der Regierung handele es sich weniger um die Protestantisierung, als um die Germanisierung **und sie gebrauchte die katholische Kirche zu politischen Zwecken**, und zwar durch die Vereine der deutschen Katholiken und durch die Schulen. Auffallend sei, daß sich im Großherzogtum die Vereine deutscher Katholiken der Gunst der preussischen Behörden in so hohem Maße erfreuten; ihr katholisches Blatt werde mit 300 Mk. jährlich unterstützt, die Regierung gebe Prämien für deutsche Gottesdienste, sie wolle die Geistlichen bezahlen, die deutsche Gottesdienste abhalten sollten, und man könnte daraus entnehmen, daß die Regierung hier dem Katholizismus sehr geneigt wäre. Darauf müsse man die Frage stellen, warum die preussische Regierung die Katholiken systematisch aus den einflußreichen Stellen verdränge? Wenn die Deutschkatholiken mit Nachdruck ihre Rechte forderten, dann würde sich die Situation schon ändern. Dann suche die Regierung durch die Schule Einfluß in der Kirche zu gewinnen. Hierzu sei in einem Artikel der Posener Neuesten Nachrichten bemerkt worden, weshalb eine so große Entrüstung und Erbitterung wegen des „bißchen Polnisch“ beim Religionsunterricht? Ja, es handle sich aber nicht um das „bißchen Polnisch“, der deutsche Religionsunterricht in der Schule sei eine blutige Errungenschaft, das sei die Arbeit mehrerer Generationen, die es soweit gebracht habe, daß sogar ein der untersten Stufe deutscher Religionsunterricht eingeführt worden wäre. Die Regierung erblicke in der Schule den Schlüssel zur Kirche. Früher habe man deutschen Vorbereitungsunterricht zu den heiligen Sakramenten angestrebt, doch zur rechten Zeit — im September v. J. — habe Erzbischof von Stablewski ein Rundschreiben herausgegeben, das diesen Bestrebungen entgegengetreten wäre. Die Regierung habe sich aber eine Position sichern wollen, um in die Kirche zu gelangen und versuchte das „bißchen Deutsch“ beim Religionsunterricht bis in die unterste Stufe einzuführen, was ja nicht mit einem Mal zu geschehen brauche. Wenn nun der deutsche Religionsunterricht in allen Schulen und Abteilungen eingeführt sein würde, dann würde die Regierung nach einiger Zeit deutschen Vorbereitungsunterricht zu den hl. Sakramenten und deutsche Andachten verlangen, und deutsche Beichte würde die Folge sein. Doch der Regierung werde es nicht gelingen, durch die Kirche die polnische Volks Gesamtheit zu germanisieren, die $\frac{1}{10}$ Teil der Bevölkerung in Preußen ausmache und eine so große historische Vergangenheit habe. (Anhaltender Beifall.) Vor 50—60 Jahren, wo die Polen noch auf Süßigkeiten und Orden naschhaft gewesen wären, sei es vielleicht möglich gewesen, doch heute, wo infolge des

preußischen Systems der letzte Knecht zum Patriotismus geweckt worden wäre, heute sei die Germanisierung um eine ganze Generation zurückgeschritten. (Beifall.) Trotzdem werde das preußische System den Polen Schaden zufügen, doch nicht auf Kosten der Nationalität, sondern auf Kosten der katholischen Kirche. Schreckliche Zeiten würden eintreten, wenn die Germanisierung in die Kirche einbringen, wenn diese zu politischen Zwecken gemißbraucht werden sollte. Darum müßten die Priester die Augen offen halten, denn es handle sich bei der Schulkaktion nicht um die Nationalität, sondern es handle sich um die Protestantisierung, es handle sich um die Zerspaltung der polnisch-katholischen Kirche. Deshalb müßten die Geistlichen in erster Reihe kämpfen. Wenn aber ein Bischof kommen sollte, der es nicht verstände, die Kirche vor dieser Gefahr zu schützen und damit einverstanden wäre, daß die Kirche zu Germanisierungszwecken verwendet werde, das wäre für das polnische Volk eine so schreckliche Sache, wogegen der heutige Schulkampf nur ein Kinderspiel wäre. Das preußische System mache immerfort Fehler, weil es die Seele des Polen, seine grenzenlose Anhänglichkeit zum katholischen Glauben und zur polnisch-katholischen Kirche nicht kenne, und wer die Hand nach diesen Schätzen erhebe, der werde es empfinden, welche Entheiligung er begehe. Die Kirche sei dem Polen alles, dort nur höre der arme Pole die polnische Sprache, dort bete er polnisch und singe er seine polnischen Lieder. Dem Polen die Kirche nehmen, hieße ihm alles nehmen; dann würde er den Glauben an die Kirche und an die Geistlichen verlieren, die ihn verließen. Gebe es Gott, daß solche schreckliche Zeiten für die polnische Gesamtheit nicht eintreten. Eine solche Einmütigkeit, wie sie heute bestände, sei noch nicht dagewesen, was eine günstige Prophezeiung für eine bessere Zukunft sein möge. Im Namen der polnischen Priester könne er — Redner — die Versicherung abgeben, daß sie mit dem armen polnischen Volke Freude und Leid teilen und für das polnische Volk gute Hirten sein würden. Weder Ehren noch Orden würden es erreichen, einen polnischen Geistlichen zu einem Mietling zu erniedrigen! (Anhaltender Beifall.)

Hierauf las der Schriftführer auf Aufforderung des Vorsitzenden nachstehende Beschlüsse vor:

- In Anbetracht dessen, daß
1. nach den Grundsätzen einer gesunden Pädagogik aller Unterricht in den Volksschulen nur in der Muttersprache den Kindern mit Nutzen erteilt werden kann,
2. daß das polnische Volk im Großherzogtum Posen nicht nur nach den angeborenen Rechten, sondern auch auf Grund des feierlichen königlichen Versprechens, gegeben im Jahre 1815 bei der Einverleibung dieses Landesteiles zu Preußen, das heilige und unerlöschliche Recht hat, zu verlangen und danach zu trachten, daß seine Sprache in den öffentlichen Schulen als Unterrichtssprache im allgemeinen und vor allem im Religionsunterrichte angeordnet werde,
3. daß der Religionsunterricht als einzigen und ausschließlichen Zweck nur die hinlängliche Bekanntmachung der Kinder mit den Glaubenswahrheiten und die Einmischung der Grundsätze der Ethik in ihre Herzen heben kann, dessen Anwendung aber zu weltlichen Zwecken, insbesondere als Hilfsmittel für den fremdsprachlichen Unterricht nach dem denkwürdigen Ausspruche des verstorbenen Erzbischofs und Kardinals Ledochowski im Jahre 1873 geradezu eine „Verleumdung der höchsten Würde und des Ansehens des Glaubens und der Moralität“ ist,

4. Daß der Religionsunterricht in einer fremden Sprache, welcher die abstrakten Begriffe des Katechismus geradezu in Vokabeln verwandelt und den ganzen trockenen Schematismus der Grammatik zwischen die Seele des Kindes und den Schöpfer schiebt, den das Kind erkennen soll, niemals imstande ist, das junge Herz zu durchdringen, es zu rühren und moralisch zu machen, daß er vielmehr ein ganzes Geschlecht in Sachen des Glaubens gleichgiltig macht, es sogar der Verwilderung aussetzt,

erheben wir polnischen Väter, die wir hier aus allen Gegenden des Großherzogtums Posen uns zu der polnisch-katholischen Versammlung eingefunden haben, angesichts der preußischen Regierung und aller zivilisierten Völker der Welt feierlichen und ganz entschiedenen Protest gegen das unerhörte Unrecht, welches uns durch die Einführung des deutschen Religionsunterrichtes in den Volksschulen für die polnischen Kinder gegen den Willen der Eltern und der geistlichen Behörde zugefügt worden ist, und wir machen diese Regierung für alle bösen Folgen, welche daraus entstehen, verantwortlich.

II.

In dem Bewußtsein,

daß unsere Forderungen, betreffend die Einführung des polnischen Religionsunterrichtes und die Achtung des elterlichen Willens und Ansehens durch die Schulbehörde, sich auf legale Grundlage stützen, daß wir in diesem Kampfe um unsere elterlichen Rechte, um unsere Gewissensfreiheit und um die Seele unserer Kinder lediglich auf die eigene Stärke, auf eigene Willenskraft bauen können,

erklären wir feierlichst,

daß wir unsere elterlichen Rechte aus tiefster Überzeugung verteidigen und verteidigen werden,

daß wir unsere Gewissensfreiheit nicht knebeln lassen,

daß wir die Kinder der Gefahr des Verlustes unserer teuersten Schätze nicht aussetzen lassen;

wenn dagegen die Selbstverteidigung — obgleich von unserer Seite mit legalen Mitteln geführt — von uns Hingebung verlangen wird, werden wir diese Hingebung, und wäre sie noch so schwer und schmerzlich, mit aller Bereitwilligkeit auf dem Altar unserer heiligen Sache niederlegen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung „Das Los des polnischen Volkes“ erhielt Graf Mielzynski-Köbnitz das Wort, der auf das Thema nicht einging, sondern in kurzen Worten dem Prälaten Laubitz den Dank des Volkes aussprach für die Erklärung, daß alle Geistlichen von nun an mit dem Volke gehen und es keinen Augenblick verlassen würden.

Das Volk habe das Beispiel gegeben, und der schreckliche Kampf müsse zu Ende geführt werden.

In der Pfarrkirche sei dem Erzbischof die größte Ehre erwiesen worden, namens des Volkes danke er dem Redner und verspreche zugleich, daß das Volk der Geistlichkeit treu bis ans Lebensende sein werde; dorthin, wo die Geistlichen auf die Schanzen träten, würde das Volk folgen. Er fürchte sich nicht vor der Zukunft, weil das Volk berufene Führer habe. Ehre der Geistlichkeit! (Hochrufe.)

Nach einigen kurzen Schlußworten, in denen der Vorsitzende hervorhob, daß die polnische Brust keine Übermacht bezwingen könne, und in denen er die polnische Jugend aller Berufsclassen aufforderte, sich in den polnischen Grenzmarken niederzulassen, erklärte er die Versammlung nach 3½stündiger Dauer um 3½ Uhr nachmittags für geschlossen.

Augustini,
Königl. Polizeiasseßor.

Wietusch,
Königl. Polizeisekretär.

B e r i c h t **über den Verlauf der am 23. Dezember 1906** **im Orchowski'schen Saale zu B a r t s c h i n** **abgehaltenen öffentlichen Versammlung** **polnischer Wähler.**

Posen, den 24. Dezember 1906.

Die von 220 Personen, zumeist Bauern und Arbeitern der Umgegend Bartschins, besuchte Versammlung wurde von dem Propste Mathajczyk-Bartschin um 1½ Uhr nachmittags mit folgender Ansprache eröffnet:

Geehrte Wähler! Der Reichstag sei aufgelöst worden, man habe die Abgeordneten nach Hause geschickt. Binnen kurzem würden die neuen Wahlen stattfinden. Das Kreiswahlkomitee habe ihn, den Redner, beauftragt, eine Versammlung einzuberufen, damit die Wähler über ihre Pflichten belehrt werden könnten; solches solle nun heute geschehen. Leider hätten sich die polnischen Bürger nicht so zahlreich versammeln können; man habe behördlicherseits Beschränkungen auferlegt, indem nur 200 Personen der Eintritt in den Saal gewährt werde. Die hienanzweisenden Wähler sollten von dem, was sie hier hören würden, Nutzen ziehen und alle aufklären und belehren, denen es nicht vergönnt sei, den Beratungen beizuwohnen. Jeder müsse zum Apostel werden zu Hause und in seiner Gemeinde und dafür sorgen, daß nicht eine einzige polnische Stimme verloren ginge; der polnische Kandidat müsse diesmal ebenso siegen, wie bei den letzten Wahlen. Vor allem bitte er die Zuhörer, sich ruhig und würdig zu verhalten, solches müsse schon mit Rücksicht auf die Gegner geschehen. In der heutigen Zeit, in der das Vaterland so bedrückt sei, müsse jeder Pole unbedingt seine Pflicht als Bürger erfüllen, und in diesem Sinne sei die heutige Versammlung eröffnet. Zum Leiter der Verhandlungen schlage er den Vorsitzenden des Kreiswahlkomitees, Herrn von Brzeski-Krotoszyn, vor.

von Brzeski: Liebe Wähler! Es sei eine Ehre für ihn, die Leitung der Versammlung übernehmen zu dürfen. Von vornherein wolle er bemerken, daß es trotz der eifrigsten Arbeit noch nicht gelungen sei, die Wähler alle zu wahren Bürgern zu erziehen. Das polnische Volk sei sehr religiös, seine bürgerliche Erziehung lasse aber noch viel zu wünschen übrig. Es sei darauf hingewiesen, daß die Bürger, welche Steuern zahlten, ihre Söhne zum Militär schickten, auch Rechte hätten, und das sei doch die wichtigste Sache für den polnischen Staatsbürger. Nur wer sich als Bürger fühle, könne seine Pflicht voll und ganz erfüllen. Keineswegs genüge es, eine Wählerversammlung zu besuchen, den Wahlzettel abzugeben; man müsse auch dafür sorgen, daß die Nachlässigen ihre Pflicht erfüllten.

Insbefondere mangle es dem polnischen Volke noch an der Opferwilligkeit für die öffentliche Sache. Wem es an der nötigen bürgerlichen Erziehung fehle, der scheue das Opfer, wer gut erzogen sei, der werde mit seinem Scherflein für Wahlzwecke auch nicht zurückhalten. Jeder solle wissen, daß Opfer gebracht werden müssen, weil es sich um die Zukunft des polnischen Volkes handle.

Die Wahlen seien gleichsam ein Krieg. Um einen Krieg führen zu können, müsse man Geld, Geld und wieder Geld haben. Wer als Bürger gut erzogen sei, der werde auch gerne seinen Beitrag entrichten.

Wahlversammlungen seien von großer Wichtigkeit, in ihnen wolle man das Volk bilden und aufklären. Aus dem Munde berufener Redner werde man heute hören, welche Rechte Staatsbürgern zuständen. Er kenne das Volk der Bartschiner Gegend und habe es nicht nötig, um

ruhiges und besonnenes Verhalten zu bitten. Daß die hiesigen polnischen Bürger besonnen seien, werde selbst die Behörde, die ihren Vertreter entsandt habe, bezeugen können.

Die Tagesordnung sei folgende:

1. Eröffnung.
2. Wahl des Vorsitzenden.
3. Bildung des Bureaus.
4. Belehrung der Wähler.
5. Vortrag.
6. Freie Stimmen.
7. Schluß.

Zu Punkt 1 und 2: Erledigt.

Zu Punkt 3:

In das Bureau wurden berufen: Stanislaus Mielcarzewicz-Bartschin zum Schriftführer; Piotrowski-Bartschin, Popielarz-Zalesie, Jurek-Plotnia, und Gluba-Mamlicz zu Beisitzern.

Zu Punkt 4:

Rittergutsbesitzer **von Malczewski-Mlodocin** gab eine eingehende Belehrung über die Reichstagswahlen. Bemerkenswertes ist hievüber nicht zu berichten.

Propst **Mathajczyk-Bartschin** ergänzte die Ausführungen des Redners und wies insbesondere darauf hin, daß die Wähler nicht verabsäumen sollten, die Wählerlisten einzusehen, am Wahltage selbst aber wie ein Mann an die Wahlurne zu treten und keinen anderen als den zu wählen, der von der Wahlbehörde zum Kandidaten ausersehen worden sei.

von Brzeski: Entsprechend den Distrikten habe das Komitee die Wahlbezirke eingerichtet. Die Verantwortung für diese Bezirke trage Herr von Malczewski, ihn werde man am Schopfe fassen, wenn er seine Pflicht nicht so erfüllen werde, wie er sie erfüllen solle. An der Hand eines Ortschaftsverzeichnisses, aufgestellt von dem Herrn von Malczewski, solle nunmehr zur Wahl der Vertrauensmänner geschritten werden. — Es wurden für 44 (?) Gemeinden die nachstehenden Vertrauensleute gewählt:

1. Für Bartschin-Dominium: Valentin Andrzejewski.
2. " Julianowo: Thomas Kubiak.
3. " Josefinka: Thomas und Jos. Depczynski.
4. " Kiepowo (?): Jos. Kosicki.
5. " Kania: Anton Daruszewski.
6. " Knieja: Peter Daruszewski.
7. " Wolice: Jos. Dominiski.
8. " Krotoszyn Dom. u. Vorw.: Melchior Dominiski.
9. " Krotoszyn-Kalkbruch: Jos. Kuras.
10. " Krotoszyn Dorf: Ludwig Zercha.
11. " Wielawy: Felix Ratajczak.
12. " Wilkowo Dorf und Dom.: Tomaszewski.
13. " Zalesie und Borownia: Popielarz.
14. " Hausdorf Dominium: Ignaz Balcerak.
15. " Bichcin-Kalkbruch: Ignaz Balcerak.
16. " Joachimisdorf: Kasimir Strzelecki.
17. " Bialoblot: Franz Dudek.
18. " Breitenstein: Johann Sokolowski.
19. " Plotowo: Anton Pienajsek.
20. " Dombrowa: Stan. Judykiewicz.
21. " Mamlicz: Valentin Dudek.
22. " Czarnoblot: Michael Dobrzynski.
23. " Mamlicz Dorf: Ludwig Gluba.
24. " Gichfelde: Josef Dominiczak.
25. " Mamlicz Kolonie: Joh. Rybczynski.
26. " Golezewo: Joh. Stypczynski.
27. " Friedrichstal: Simon Szymanski.
28. " Augustowo: Andreas Arndt.
29. " Pturak: Stanislaus Ganas.
30. " Obielewo: Michael Erdmann.
31. " Mlodocin: Michael Salinski.

In der hierauf vom Vorsitzenden eröffneten Diskussion wurde Bemerkenswertes nicht zur Sprache gebracht.

Für die Stadt Bartschin wurden zu Vertrauensmännern gewählt: Malermeister Stanislaus Miencarzewicz, Organist Jasinski und Michael Dsinski.

Zu Punkt 5.

Prälat **Stryakowski**-Labischin: Liebe Landsleute! Wie ein Lauffener sei die Kunde von der Auflösung des Reichstages durch das Land gedrungen. Wiederum werde das polnische Volk zum Kampfe aufgefordert, nicht zum Kampfe, der mit Feuer und Schwert geführt werde, sondern es gelte, in den Wahlkampf zu treten. Die bürgerliche Pflicht rufe das Volk, seine Abgeordneten zu wählen, der Regierung zu zeigen, daß es die ihm zugefügten Unbilden schwer empfinde, daß es noch lebe und ein Recht zu existieren habe. Wenn von feindlicher Seite danach getrachtet werde, das Polentum zu vernichten, es zu germanisieren, so habe man um so mehr die Pflicht zu zeigen, daß man da sei. Es gelte Schulter an Schulter zu stehen, Einmütigkeit zu üben und die bürgerlichen Pflichten treu zu erfüllen. Dabei dürfe kein Unterschied herrschen zwischen Arm und Reich, zwischen Hoch und Niedrig. Der Gesunde wie der Kranke müsse in den Wahlkampf treten! Alle seien Söhne eines Vaterlandes, alle hätten die gleiche Pflicht, das teure Vaterland vor dem Verfall zu schützen. Am 25. Januar dürfe niemand seine bürgerliche Pflicht verabsäumen. Jeder, der es tue, sei ein Verräter. Wehe dem, der sich durch Rücksichten oder durch Feigheit von dem zurückhalten lasse, wozu ihn das Vaterland rufe. Niemand dürfe seine Stimme dem Feinde geben.

Das polnische Volk sei zu dem bevorstehenden Kampfe vorbereitet. Aus dem Munde der Borredner seien die Anwesenden über die Wahlen hinlänglich belehrt worden. Wenn alle ihrer Pflicht genügen würden, dann dürfe der Sieg nicht ausbleiben. Er hege auch keinen Zweifel daran, daß der Sieg auf Seiten der Polen sein werde. Wiederum dürfe sich aber auch niemand durch allzu große Sicherheit täuschen lassen. Der Feind des Polentums schlafe nicht; er arbeite mit großer Energie an der Durchbringung seines Kandidaten. Wenn er, Redner, auch fest an den Sieg der Polen glaube, so müsse er doch betonen, daß es eine der größten nationalen Sünden wäre, wenn jemand in Sicherheit gewiegt, es wagen sollte, hinterm Ofen zu hocken und am Wahltag seine Pflicht zu verabsäumen. Der Nachlässige hätte seine nationale Sünde vor der ganzen polnischen Gesamtheit zu verantworten. Der Wahlkreis Schubin-Wirzig sei nicht mehr so sicher wie ehemals, die preußische Bosheit warte schon längst auf seine Eroberung; sie mache es wie ein Raubtier, das von seiner Beute ein Stück nach dem andern abreiße und verschlinge.

Auch mit dem polnischen Vaterlande sei es nicht anders gewesen. Gleich nach der gewaltigen Teilung desselben habe die preußische Regierung danach getrachtet, die polnische Nation zu vernichten, man habe es versucht, sie stückweise zu germanisieren. Die Regengend werde von den Deutschen als ein deutscher Landesstrich angesehen, den Kindern werde der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt. Vor kurzem habe sich der Oberpräsident über ihn, den Redner, beklagt, daß er es gewagt habe, in Labischin eine Versammlung in Schulanangelegenheiten einzuberufen und daß er mit den polnischen Eltern danach strebe, daß den Kindern in dieser „urdeutschen“ Gegend polnischer Religionsunterricht erteilt werde. Die Regierung mache die Rechnung ohne die Herren. Wo sei denn hier das „urdeutsche“ Land zu suchen? Wer

seien hier die Herren, wenn nicht die Polen? Wer habe das größte Unrecht auf diese Erde? Doch kein anderer als die Polen!

Die Regierung habe sich verrechnet mit Oberschlesien; auch da sei das polnische Volk zum nationalen Selbstbewußtsein erwacht, es wähle seine Abgeordneten und werde sie wieder wählen. Die Regierung habe sich verrechnet mit Westpreußen, denn auch da gewinne das Polentum immer mehr festen Fuß. Man zeige der Regierung, daß sie sich auch mit der Bartschiner Umgegend verrechnet habe. Niemand dürfe es hier erlauben, daß seine Rechte geschmälert würden, daß insbesondere die polnische Sprache Einschränkung erfahre.

Er sei des Wahlsieges gewiß und bitte die Versammelten im Namen des teuren polnischen Vaterlandes um treue Erfüllung der bürgerlichen Pflichten in der Weise, daß niemand seine Stimme einem anderen als dem polnischen Kandidaten gebe!

Nachdem Redner eine umfassende Erläuterung über den deutschen Reichstag gegeben hatte, kam er auf die Kolonialpolitik zu sprechen und meinte, daß gerade diese Politik den Polen am wenigsten sympathisch sei. In Afrika, so führte Stryakowski des weiteren aus, quäle man die Hottentotten und schäme sich dessen vor der zivilisierten Welt nicht; hier dagegen habe man den unschuldigen polnischen Kindern den Krieg erklärt. Die Regierung bekämpfe ein paar hundert Schwarze, das Volk müsse für die Unterhaltung der Soldaten schwere Opfer bringen, und neuerdings habe, man wiederum 20 Millionen Mark dafür verlangt. Weil der Reichstag diese Forderung abgelehnt habe, sei er aufgelöst worden. Der entscheidende Teil seien bei der Abstimmung die Polen gewesen. Das sei die Abfindung dafür, daß man die Rechte des polnischen Volkes nicht anerkennen wolle. Früher hätten die Polen die Bestrebungen der Regierung oft unterstützt, weil sie in dem guten Glauben gewesen seien, man werde ihnen Zugeständnisse machen. Nachdem sie sich eines anderen überzeugt hätten, täten sie es nun nicht mehr. Auch auf die anderen Parteien könnten sich die Polen nicht verlassen, sie seien gezwungen, sich selbst zu helfen. Die Konservativen trachteten nach der Gnade des Kaisers, die Liberalen handelten, wie es ihnen beliebe, alle aber seien sie gegen die Polen, man könne niemandem vertrauen. Selbst der berühmte Windhorst habe einmal gesagt, daß man nicht einen Brocken Landes zurückzugeben gedanke. Die Polen dächten nicht im entferntesten daran, von Preußen etwas abzureißen; ihre Zukunft liege nicht im Reichstage, sondern in Gottes Hand. Durch seine Abgeordneten aber müsse das polnische Volk vor der ganzen zivilisierten Welt dartun, daß es bemüht sei, die ihm von Gott verliehenen Rechte zu verteidigen.

Die Polen hätten anfänglich in Berlin der Regierung sehr vertraut, sie seien der Meinung gewesen, man werde ihnen das geben, was ihnen durch die Traktate und die königlichen Versprechungen garantiert worden sei. Doch welche Täuschung! Im stillen habe die Regierung über das leichtgläubige Polentum nur gelacht. Die antipolnischen Bestrebungen nähmen immer ernsteren Charakter an, in der Germanisierung gehe man immer schärfer vor und nehme nicht die geringste Rücksicht auf die Untertanen polnischer Zunge.

Die polnische Gesamtheit habe nun die beste Gelegenheit, sich für all das ihr zugefügte Unrecht, für alle ihre Verfolgungen abzufinden. So lange die Regierung nicht den Weg der Gerechtigkeit beschreiten werde, so lange werde man sich verteidigen, nicht nachgeben und auf den Forderungen beharren.

Durch die ehemalige Nachgiebigkeit sei die nationale Würde des polnischen Volkes in Gefahr gekommen, Einbuße zu erleiden. Sorge nun jeder an seinem

Teile dafür, daß das polnische Rittertum ganz wiedergewonnen werde. Des polnischen Volkes Zukunft liege in seiner eigenen Kraft, wenn es auf sich selbst bauen werde, dann werde es auch nicht untergehen. Durch die vielen Verfolgungen sei das Polentum gehärtet worden, es werde seine Selbstverteidigung auch nicht mehr aufgeben.

Das polnische Volk habe nur ein kleines Häuflein von Vertretern in Berlin, man dürfe hoffen, daß sich diese kleine Zahl nunmehr vergrößern werde. **Wer ein echtes polnisches Herz habe, wer seine Rechte verteidigt haben wolle, wer es wünsche, daß seine Kinder die Religion in der Muttersprache empfangen, wem seine Scholle lieb sei und wer den Wunsch habe, daß seine Gebeine eine Ruhestätte in polnischer Erde fänden, der gehe am Wahltage an die Urne und gebe seine Stimme dem polnischen Kandidaten!** Jeder müsse dessen eingedenk sein, daß er ein Sohn des polnischen Volkes sei, daß er zum Verräter des Vaterlandes werde, wenn er in die Reihen der Feinde trete. Im Namen Gottes, stets vertrauend auf eine bessere Zukunft, gehe ein jeder dem 25. Januar entgegen, der Sieg werde auf polnischer Seite sein! (Anhaltendes Bravo.)

von Brzeski: Nach so herrlichen Worten habe er nicht mehr viel zu sagen; er könne den Anwesenden nur den einen Rat erteilen, nämlich: das Gehörte zu beherzigen und zu Hause die Frauen, Töchter und Söhne mit dem Gehörten bekannt zu machen. Das polnische Haus sei heutzutage die Burg, welche kein Feind einzunehmen vermöge. Im Hause regierten Vater und Mutter, deren Pflicht sei es, vor allen Dingen für Aufklärung zu sorgen, denn diese allein sei imstande, befreiend zu wirken.

Zu Punkt 6. Als Kandidaten wurden aufgestellt: **Defau Strzawowski-Labischin** an erster, **Propst Soltysinski-Schubin** an zweiter, und **prakt. Arzt Dr. Holec** an dritter Stelle.

v. Brzeski: So sei man denn am Schlusse der Versammlung; es werde wohl niemand bedauert haben, hier hergekommen zu sein. Zurufe: Nein! Das freue ihn und gebe ihm die Überzeugung, daß jeder sein Mißgeschick wohl verstanden habe. Gott habe das polnische Volk zwar sehr geprüft, sicherlich aber nicht ohne Grund. Diese Prüfung sei über das Volk gekommen, um es zu läutern, damit es seine Fehler abstreife.

Nachdem von Brzeski in scharfer Weise die Trunksucht verurteilt hatte, stattete er den Rednern im Namen der Versammlung Dank ab und gab bekannt, daß demnächst weitere Versammlungen abgehalten werden würden in **Kynarszewo, Labischin, Grin und Znin.**

Schluß der ruhig verlaufenen Versammlung um 3³/₄ Uhr.

Von der polnischen Intelligenz waren außer den im Berichte genannten Personen anwesend: **Rittergutspächter von Tanajewski-Wilkowo** und **Gutsverwalter Biczynski.**

Böhmer
Kriminal-Kommissar.

B e r i c h t **über den Verlauf der am 16. Dezember 1906** **im Katholischen Vereinshause in Gnesen** **abgehaltenen öffentlichen Versammlung** **katholischer polnischer Mütter.**

Posen, den 17. Dezember 1906.

Die von etwa 700 Frauen besuchte Versammlung wurde von dem Einberufer, **Propst Piotrowicz-Gnesen**, um 3,20 Uhr eröffnet. Als Beisitzerinnen fungierten:

Frau Dr. Czarnicka, Frau Kaufmann Kasprovicz, Frau Dr. Szafarkiewicz und Frau Zimmermeister Spolonskowska. Auf der Estrade hatte der Redakteur des **Lech**, **Johann Teska**, Platz genommen.

Auf der durch **Propst Piotrowicz** bekanntgegebenen Tagesordnung standen folgende Punkte:

1. Vortrag über „Die heutige Lage“.
2. Freie Aussprache.

Zu Punkt 1.

Propst Piotrowicz führte folgendes aus:

Geehrte Mütter! Den polnischen Bürgern sollten dieselben Rechte zustehen wie den deutschen; solches sei ihnen vom Staate garantiert worden durch die Wiener Traktate und durch die Konstitution. Die preussischen Könige hätten ihren polnischen Untertanen versprochen, die polnische Sprache zu achten; man habe ihr Gleichberechtigung mit der deutschen zugesichert in der Schule und in den Ämtern, insbesondere sei der Unterricht in den Volksschulen in der Muttersprache erteilt worden. Solches sei namentlich dann erforderlich, wenn es sich um die heilige Sache der Religion handele. Die Religion könne am besten in der Sprache begriffen werden, welche die Kinder im Elternhause gelernt hätten. Selbst gebildete Leute seien vielfach nicht imstande, die Religion in der fremden Sprache zu verstehen. Ein gebildeter Herr, der die höchsten Schulen besucht und das Staatsexamen bestanden habe, sei einmal als Zeuge vor Gericht erschienen. Als er habe schwören sollen, habe er verlangt, ihm den Schwur in der Muttersprache abzunehmen, weil das Schwören, so habe er sein Verlangen motiviert, eine heilige Sache sei, und der Richter habe dem Wunsche des Zeugen stattgegeben. **So müsse es auch mit der Religion sein, bei ihr sollte man alle Rücksichten ausschließen.** Jeder Bürger eines Staates müsse den Religionsunterricht in der Muttersprache erhalten.

In früheren Zeiten habe man die Muttersprache im Religionsunterrichte noch geachtet. Nach und nach sei man davon abgekommen. Schon der hochwürdige Erzbischof **Przyluski** habe darüber Klage geführt, daß die Aufsicht über den Religionsunterricht solchen Schulräten übertragen werde, die des Polnischen nicht mächtig seien.

Von gegnerischer Seite werde gesagt, die Polen hätten sich ihre Rechte durch den Aufstand vom Jahre 48 verschertzt. Was er, Redner, hier anführe, sei aber bereits vor dem Jahre 48 gewesen; schon damals habe man die Rechte des polnischen Volkes mit Beziehung auf die Religion zu schmälern gesucht. Das sei so weitergegangen, bis der Kulturkampf seinen Einzug ins Land gehalten habe. Zu Schulinspektoren habe man meistens Protestanten ernannt. Die geistliche Behörde habe dagegen protestiert, sich bis an die höchsten Instanzen gewendet, doch alles sei vergebens gewesen.

Den ersten Schritt zu der gegenwärtigen ungeheuerlichen Lage habe die **Oberpräsidialverordnung vom 23. Oktober 1873** gegeben. Diese Verordnung befehle die Einführung des deutschen Religionsunterrichtes für polnische Kinder in der Mittel- und Oberstufe jedoch nur dann, wenn die Kinder in der Kenntnis der deutschen Sprache soweit vorgeschritten seien, daß man auch im deutschen Unterricht das richtige Verständnis erzielen könne. **Grade diese Verordnung sei die Quelle dieser schrecklichen Verhältnisse.** Anfanglich habe man sie mit Vorsicht angewandt. Nur da, wo die Kinder tatsächlich im Deutschen weit genug vorgeschritten gewesen seien, wo der überwiegende Teil der Bevölkerung deutsch sei, wie z. B. in der Bromberger und Schneidemühlener Gegend, habe man den

Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt, in den vorwiegend polnischen Gegenden dagegen in polnischer Sprache.

Nach und nach sei der deutsche Religionsunterricht auch da eingeführt worden, wo die Mehrzahl der Kinder polnisch sei. Schon der verstorbene Erzbischof Dinder, ein Deutscher, habe dagegen Verwahrung eingelegt. Zuerst habe man den deutschen Religionsunterricht in den Vorstädten Posen, dann in Posen selbst eingeführt. Polnische Kinder mit deutschen Namen seien ohne weiteres den deutschen Religionsklassen zugeteilt worden. Als er, Redner, noch Inspektor gewesen sei, habe er solche Kinder, die nicht hinlänglich deutsch verstanden hätten, aus den deutschen Religionsabteilungen entfernen lassen; er habe sich vielfach überzeugen können, daß die Kinder nicht einmal instande gewesen seien, die sechs Wahrheiten herzusagen. Das deutsche „Vaterunser“ hätten die Kinder zumeist nur bis zur dritten Bitte gekonnt, das komme eben daher, weil die Kinder zu Hause nur polnisch beteten. **Wozu führe denn ein solch künstliches Aufdrängen der fremden Sprache im Religionsunterrichte? So etwas sei doch nichts Natürliches, es rufe in den Kindern nur Haß hervor gegen diejenigen, welche ihnen die Religion in der deutschen Sprache mit Gewalt aufdrängten.**

Von gegnerischer Seite werde gesagt, daß die deutsche Religion in deutscher Sprache nur auf der Ober- und Mittelstufe gelehrt werde; dem müsse er widersprechen, denn in Oborka (Friedrichshain) und Sokolnik werde auch auf der Unterstufe deutscher Religionsunterricht erteilt.

Die Regierung sage, daß die Geistlichen und die Zeitungen an der Beunruhigung des Volkes schuld seien. Er müsse hier konstatieren, daß der Schulstreik keineswegs künstlich hervorgerufen worden sei, **er sei vielmehr eine Folgeerscheinung der Entrüstung des Volkes über das gegenwärtige Schulsystem, das die deutsche Religion mit Gewalt einzuführen suche.** Das Volk habe ganz aus sich selbst dieses Unrecht empfunden und sogar den Vorwurf gegen die Geistlichkeit erhoben, daß sie sich um die Religion zu wenig kümmere. Er konstatierte hier an dieser Stelle, daß die ganze Sachlage einen bei weitem schlimmeren Charakter angenommen hätte, wenn die Geistlichkeit nicht beschwichtigend gewirkt hätte. Die Geistlichen und die Redakteure seien erst dann aufgetreten, nachdem sie das entrüstete Volk dazu gezwungen habe. Dem verstorbenen Erzbischof sei von seiten des Volkes der Vorwurf gemacht, daß er um die Religion in der Muttersprache nicht genügend besorgt sei. Er, Redner, könne hier dartun, daß der nunmehr verbliebene Erzhirte stets darauf bedacht gewesen sei, dem Religionsunterrichte in der Muttersprache Geltung zu verschaffen. Sein Auftreten sei zunächst ein stilles gewesen, denn er habe Rücksichten üben müssen. Die Berliner Akten würden es zeigen, daß wohl kaum ein Monat vergangen sei, in dem er nicht um die Rechte bezüglich der Religion gekämpft hätte. Erst als er erfahren habe, daß alle seine Bemühungen vergeblich gewesen seien, sei er öffentlich aufgetreten und habe durch das Rundschreiben dargetan, wie er über die Erteilung des Religionsunterrichtes denke.

Liebe Mütter! Man habe gesagt, der erzbischöfliche Runderlaß habe die gegenwärtige Bewegung und Unruhe vergrößert. Dem sei jedoch nicht so, denn bereits vor der Bekanntgabe desselben sei die Erbitterung des Volkes an den Tag getreten. **Der Schulstreik sei eben der letzte entscheidende Schritt des polnischen Volkes, durch ihn wolle es verhindern, daß die Germanisierung ihren Einzug in die Kirche halte. Das**

polnische Volk werde und dürfe es nie und nimmer gestatten, daß man ihm den Glauben raube.

Der Kampf sei ein schwerer, liebe Mütter, er werde viele Leiden und Opfer fordern. Man vertraue aber auf den Höchsten, der mit seinem väterlichen Schutze nicht zurückhalten werde. Gott habe seinen Schutz und seine Hilfe bereits gebracht, **denn die Germanisierung durch die Kirche werde mit großer Energie bekämpft.**

Die ersten Christen hätten für die heilige Sache, für die Religion mit voller Hingebung gekämpft, sie hätten sogar das Leben für den Erlöser gelassen; **das polnische katholische Volk müsse mit derselben Hingebung für die heilige Sache kämpfen und wenn es die größten Opfer dafür bringen sollte!**

Nach diesen Worten löste der Unterzeichnete die Versammlung um 3³/₄ Uhr auf. Trotzdem Propst Piotrowicz die Versammelten aufgefordert hatte, ruhig den Saal zu verlassen, erhob die aufgeregte Menge gellendes Geschrei; es wurden Stimmen laut wie: **Wir lassen nicht nach! — Wir werden für den Glauben kämpfen und leiden. — Wir erlauben es nicht, daß unsere Kinder die Religion in der deutschen Sprache lernen.** Eine in den vordersten Reihen stehende Frau rief: **Meine Kinder werden die Religion niemals deutsch lernen und wenn ich sterben müßte.**

Nach etwa 5 Minuten hatten sich die erregten Gemüter beruhigt; der Saal wurde bald darauf geleert. Propst Piotrowicz verließ während der Unruhe **schleunigst** die Estrade. Weil die Versammlungsteilnehmerinnen vor dem Vereinshause auf der Straße stehen blieben und immer noch ihren Unwillen durch laute Bemerkungen zu erkennen gaben, sahen sich die Sicherheits-Beamten veranlaßt, die Menge zu zerstreuen. Eine besonders widerspenstige Frau, die ihren Namen nicht nennen wollte, wurde nach der Polizeiwache abgeführt.

Bö h m e r,
Kriminal-Kommissar.

B e r i c h t über den Verlauf der am 23. Dezember d. J. in einem Stallgebäude des Vorwerks Bugaj bei Miłosław abgehaltenen polnischen Versammlung.

P o s e n, den 25. Dezember 1906.

Erschienen waren etwa 500 Personen, Bürger aus Miłosław und Bauern sowie Arbeiter aus der Umgegend, darunter folgende Mitglieder der Intelligenz: die Präpste Bogdanski-Miłosław, Labendzki-Wreschen, Poturalski-Winnagora, Mieradzinski-Grabowo und der Geistliche aus Wieganowo, die Gutsbesitzer v. Czapski-Bardo, v. Grudzielski-Soleczno, v. Chrzanowski-Roscianki, Arzt Dr. Matuszewski, Baumeister Drecki, Zigarrenfabrikant Smodlibowski aus Miłosław, sowie Güterdirektor Hoppe-Bugaj und Oberförster Skoraczewski-Bagatelka.

Eröffnet wurde die Versammlung um 1¹/₂ Uhr durch den Einberufer Pfarrer Bogdanski-Miłosław. Dieser ehrte mit warmen Worten das Andenken des verstorbenen Erzbischofs und mahnte, in dessen Geiste an der Verteidigung der heiligsten Güter zu arbeiten. Sodann begrüßte er den erschienenen Reichstagsabgeordneten Prälaten Stychel-Posen und dankte ihm für die mutige und kluge Vertretung der nationalen und religiösen Interessen. Auch den anwesenden Gutsbesitzern und besonders der Geistlichkeit widmete er

Worte des Dankes, insbesondere letzterer, die durch ihr Erscheinen bestätigte, daß die Seelsorger stets gesonnen seien, mit dem polnischen Volke zusammenzustehen in guten und bösen Tagen, und daß sie sich in erster Linie zum Schutze der heiligsten Güter des polnischen Volkes berufen fühlten. Man habe sich heute hier zusammengefunden im Bewußtsein der Tragweite des Moments, willens, alle Gleichgültigkeit zu bannen, da es sich um die Erhaltung der teuersten Schätze handle. Nicht wolle man etwa zu Aufruhr und Empörung oder gar zum Aufstande aufreizen, — wer das meine, sei für das Irrenhaus reif; nicht sei es nötig, den Geist zu wecken, da dessen Erwachen längst Tatsache sei; nicht sei es erforderlich, den Versammelten die Wege für ihr Handeln zu weisen, da diese Wege bereits betreten seien. Man wolle sich heute vielmehr über die Lage orientieren, um für die Verteidigung besser vorbereitet zu sein. Man werde heute von der mannigfachen Unbill hören, die dem polnischen Volk widerfahre, man werde darüber reden hören, was diesem Volke am meisten am Herzen liege. Betäubendes werde man vielleicht vernehmen, aber die Polen seien keine Kinder, — sie erschrecken nicht, sie wüßten, wie man Widerwärtigem zu widerstehen habe, sie wüßten Traurigem dreist ins Auge zu sehen. Von niemandem erwarteten sie Schutz, insbesondere von der Regierung nicht. Wie die Eichen müßten sie unerschütterlich in Sturm und Unwetter standhalten.

Den Vorsitz in der Versammlung übernahm Propst **Labendzki** = Wreschen. Dieser berief ins Bureau den Geistlichen Hieradzinski-Grabowo als Schriftführer, sowie noch 6 Personen als Beisitzer und erteilte sodann dem Abgeordneten Prälaten **Stychel** das Wort. Referent dankte für die freundliche Begrüßung und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm vergönnt sei, zu seinen Wählern zu reden und von ihnen zu hören, was sie schmerze. Nicht aufheben wolle man sich hier, sondern nur von seinem Recht, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern, Gebrauch machen. Was die Volksgesamtheit fühle und was sie schmerze, das machten die polnischen Abgeordneten in Berlin in verstärktem Maße durch. Die Wähler ständen hier in Masse zusammen und sie stützten und stärkten sich gegenseitig, während die polnischen Abgeordneten in Berlin nur eine schwache Handvoll bildeten unter einer erdrückenden Übermacht von Gegnern. Redner wolle heute weniger von parlamentariischen Angelegenheiten sprechen, sich vielmehr auf das beschränken, was heute das Wichtigste sei, — auf die schwere blutende Wunde, die Schulangelegenheit, welche die polnische Gesamtheit schon seit vielen Jahren lebhaft beschäftige. Was Redner in dieser Sache hier vorbringen werde, werde im wesentlichen nur das sein, was er bereits in der großen Posener Schulversammlung vom 17. Dezember d. Js. ausgeführt habe.

Nunmehr ließ sich Referent gemäß seiner Ankündigung über das Thema „Die Schulangelegenheit vom Standpunkt der Kirche und der preussischen Verfassung aus“ — fast wörtlich — in genau der gleichen Weise aus, wie in der von ihm oben erwähnten Versammlung. Da der Bericht über seine damals gehaltene, heute nur wiederholte Rede bereits in Nummer 51 des „Gesamtüberblicks über die polnische Tagesliteratur“ auf der Seite 2133 ff. enthalten ist, glaube ich, an dieser Stelle auf eine Wiederholung seiner Worte verzichten und lediglich auf den erwähnten Bericht verweisen zu sollen.

Propst Labendzki dankte dem Redner für seine Belehrungen, verlas ein Entschuldigungstelegramm des Herrn v. Koscielski und erteilte sodann **Monarzjynski** = Miloslaw das Wort. Dieser führte folgendes aus: Jeder Vater, jede Mutter strebten danach, ihre Kinder

aufs Beste zu erziehen. Nicht alle Eltern vermöchten jedoch der Erziehung der Kinder genügend Zeit zu widmen. Die Schule habe sie darin zu unterstützen, und die Eltern hätten das Recht, zu verlangen, daß dies in der rechten Weise geschehe, denn sie zahlten zu diesem Zwecke Schulabgaben. Der Schule stehe frei, die Kinder in allem Wissenswerten in der Form zu unterrichten, wie es ihr als gut erscheine, auch in deutscher Sprache. Nur der Religionsunterricht sei in der Muttersprache zu erteilen, denn fremdsprachiger Religionsunterricht denerviere die Kinder und bringe keinen Nutzen für Herz und Gemüt. Leider wolle das die Regierung nicht verstehen. Früher habe die Schule praktisch, nicht mechanisch unterrichtet; den Kindern seien polnisch-deutsche Lehrbücher in die Hände gegeben worden. Die Kinder hätten fleißig gelernt, und Eltern und Kinder seien der Schule dankbar gewesen. Die Beseitigung der polnischen Sprache aus dem Schulunterricht und ihre Ersetzung durch die deutsche Sprache laufe dem Wortlaut des Okkupationspatents vom Jahre 1815 zuwider. Seien die damaligen Versprechungen gehalten worden? Nein! Gemein wären die Polen, verlangten sie nicht, daß ihre Muttersprache in der Schule zu ihrem Rechte komme. Edel sei das Verlangen der polnischen Kinder nach muttersprachlichem Religionsunterricht. Habe Bülow doch gesagt, die Polen dürften sprechen, wie ihnen der Schnabel gewachsen sei! Das bloße gedächtnismäßige Aneignen der Religionswahrheiten in deutscher Sprache sei schädlich. Nun erhielten die armen Kinder Arreststrafen und Schläge, auch drohe man ihnen, sie bis zum 16. Jahre in der Schule behalten zu wollen — und das alles, weil sie in der Muttersprache beten wollten. Hier handle die Schule geradezu Gottes Anordnungen zuwider. Warum zwingt man nun den Kindern deutschen Religionsunterricht auf? Um später die Kirche zu nötigen, auch den Beichtunterricht in deutscher Sprache zu erteilen, um sobald als möglich alles Polnische fortzujagen. Was werde die Folge des verkehrten Unterrichts in der Religion sein? Zu Sozialisten und Anarchisten würden die Kinder heranwachsen. In Österreich lebten so viele Nationen, aber jede von ihnen habe ihre eigene muttersprachliche Schule. Sogar in Rußland sei man zu der Überzeugung gekommen, daß der Religionsunterricht den polnischen Kindern in ihrer Muttersprache zu erteilen sei. Darum würden auch hier die polnischen Eltern nicht so bald in ihren Forderungen nachgeben. Zu Gott sollten die polnischen Eltern flehen, daß er ihre Bitten erhöhe. Der Mutter Gottes solle man die Leiden der Nation klagen. Hülfe sie nicht, dann müsse das polnische Volk untergehen. Das Gebet zu Gott sei die einzige Waffe in diesem heiligsten Kampfe. Die Eltern sollten ihre Kinder daheim die polnische Geschichte, das polnische Lied, vor allem aber die Religionswahrheiten in der polnischen Muttersprache lehren. Das polnische Haus, der polnische Bürger, vor allem aber die polnische Mutter müßten ihre Pflichten kennen. Ihre Rechte dürften sich die Polen nicht nehmen lassen, sondern sie müßten dieselben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen und auf legalem Wege ihr Ziel zu erreichen suchen, damit Gott sie als Polen erhalte.

Saremski = Palczyn sprach nunmehr über die Pflichten der christlichen Familie. Redner forderte die Anwesenden auf, die Kinder christlich zu erziehen, und sie das Gebet und die Glaubenswahrheiten in der Muttersprache zu lehren. Die Schule gebe dem polnischen Volke nicht, was diesem zukomme, trotzdem die polnischen Eltern zu deren Unterhalt beisteuerten. Sie müßten daher fordern, daß die Schule ihre Pflicht gemäß dem Willen der Eltern erfülle. Da aber diese

Forderung nicht so leicht werde durchgesetzt werden, müsse das polnische Haus die Schule ersetzen und die Kinder polnisch lesen und schreiben lehren. Das sei bei gutem Willen möglich. Solange die Schule ihre Pflicht nach der erwähnten Richtung hin nicht tue, solle man bei den polnischen Abgeordneten die Klagen anbringen. Diese würden ihrerseits in Berlin an entsprechender Stelle ihre Beschwerden vortragen; denn die Polen hätten ein Recht auf Erfüllung ihrer Forderungen. Sie seien keine Bettler, und sie würden solange ihre Rechte fordern, bis man sie ihnen gewähren werde. Die Pflichten des christlichen Hauses gegenüber dem Staat kennzeichne jenes biblische Gleichnis vom Zinsgroschen. Die Polen wüßten, was sie dem Staate schuldig seien, und sie erfüllen diese Pflichten voll und ganz: sie zahlten ihre Abgaben und stellten Soldaten, wie dies ja zur Sicherung der Landesgrenzen und zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern auch nötig sei. Das gäben sie dem Kaiser, Gott aber die Seele. Zum Schluß ließ sich Redner über die Pflichten gegen die Kirche und über die Pflichten der Jugend aus, — er war aber in seinen breiten, jedoch belanglosen Ausführungen so langweilig, daß von verschiedenen Seiten unausgesetzt Schlußrufe laut wurden.

Propst Labendzfi faßte schließlich das Resultat der Beratungen wie folgt zusammen: Der zahlreiche Besuch der Versammlung beweise, daß die Anwesenden verstünden, was sie schmerze und was nottue. Sie sollten aber in ihrem künftigen Verhalten auch beweisen, daß sie die Reden nicht bloß angehört hätten, sondern von ihnen auch durchdrungen worden seien und daß ihre Begeisterung kein Strohfeuer sei. Diese Begeisterung solle anhalten, auch solle man die schönen Gedanken, die man heute gehört, unter den nichtanwesenden Landesleuten verbreiten. Die kostbarsten Güter, welche Eltern ihren Kindern hinterlassen könnten, seien tief eingeprägte Glaubenswahrheiten und die teure Muttersprache. Erziehen solle man die Kinder zu guten Bürgern und rechten Söhnen der Kirche und der Nation. Grade in armen Familien habe Redner nach dieser Richtung hin die schönsten Früchte reifen sehen. Schwer seien die jetzigen Zeiten; es habe aber im Leben der Nation auch schöne Sommerzeiten gegeben, in denen man die Polen die Vormauer der Christenheit genannt habe, wo die Nation schöne Früchte der Kulturarbeit sammelte und sie anderen mitteilte, wo man Fremde am Tische gastlich aufnahm. Später sei der Winter herein gebrochen, — hoffen soll man aber, daß auch für die Polen einst die Sonne das Eis wieder schmelzen und dem Frühling den Weg bahnen werde.

Schluß der ruhig verlaufenen Versammlung um 6³/₄ Uhr nachmittags.

Günther,
Rgl. Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 74 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 18. Dezember 1906:

An die Vorsitzenden des Kreiswahlkomitees im Großherzogtum Posen.

Am 13. d. M. ist der deutsche Reichstag aufgelöst und die neuen Wahlen sind auf den 25. Januar 1907 angesetzt worden.

Angeichts der Kürze der Zeit fordern wir hiermit die Herren Vorsitzenden der Kreiskomitees auf, unver-

weilt und mit angespannter Energie zur Wahlaktion zu schreiten und rechtzeitig die Kreiswählerversammlungen einzuberufen zwecks Auswahl der Abgeordneten-kandidaten.

Die Hauptversammlung der Delegierten findet in Posen am 14. Januar 1907 statt.

Vor diesem Termin müssen mithin überall in den Kreisen die Hauptwählerversammlungen stattfinden. Wir erinnern daran, daß auf Grund des Wahlreglements alle gegenwärtigen Wahlbehörden im Amte bleiben bis zum Jahre 1908. Wir bitten mithin, gegenwärtig keine Wahlkomitees oder Delegierte zu wählen. Dagegen sind, wo dies nötig ist, die bestehenden Komitees und Subkomitees zu vervollständigen und besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, daß für jede Ortschaft, wo polnische Wähler wohnen, eine hinreichende Zahl wackerer und rühriger Vertrauensmänner gewonnen wird. Schließlich empfehlen wir dringend die Sammlung von Wahlfonds und die Absendung der festgesetzten Quoten an die Kasse des Provinzialkomitees.

Posen, den 17. Dezember 1906.

Das Provinzialwahlkomitee für das Großherzogtum Posen.

Stephan Cegielski, Dr. Kryjiewicz,
Vorsitzender, Schriftführer.

Pfarrer Wamryniaf, M. Wiencowski,
stellv. Vorsitzender, Schatzmeister.

Julian v. Brzeski, Dr. Anton Chlapowski.
Wladislaus v. Grabski, Pfarrer Mojzykiiewicz.
Dr. T. Szuldrzynski.

Aus Nr. 285 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 15. Dezember 1906:

Zur Auflösung des Reichstages

schreibt der Dziennik Poznański:

Für uns ist diese Mitteilung auch aus dem Grunde besonders interessant, weil die **polnischen Stimmen** zu Ungunsten des Antrages der Regierung den Ausschlag gaben, und es hat sich wieder treffend herausgestellt, daß wir nicht une quantité negligible sind, wie es manchen vorkommt. So hat denn auch ein solches Resultat die Regierung und ihre Mamelucken doppelt schmerzhaft getroffen, daß eine so „geringe“ Fraktion es fertig bekommen hat, die Grundlagen des mächtigen Staates zu erschüttern, denn so stellt sich die Sache dar.

Wir bringen noch einmal die Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß sich bei dieser Gelegenheit die Bedeutung der polnischen Fraktion erkennbar gemacht hat und danken unseren Abgeordneten dafür, daß sie sich rechtzeitig in einem so wichtigen Augenblick eingefunden haben.

Schließlich läßt uns die Sache selbst recht kalt, denn für uns können wir keine allzu großen Unterschiede in der Meinung des künftigen Parlaments erwarten, es sei denn, daß endlich die so oft hochtrabend angekündigte Voraussage von dem bedeutenden Anwachsen neuer polnischer Stimmen aus „Alt-Polen“ oder Schlesien in Erfüllung geht. Es wäre fürwahr bereits die höchste Zeit, daß die optimistischen Prophezeiungen in Erfüllung gingen und denjenigen den Mund stopften, die da verkündigten, daß wir die zahlreichen Stimmen des Zentrums verloren und dafür nur zwei ober-schlesische Mandate gewonnen hätten.

Aus Nr. 286 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 16. Dezember 1906:

Ein übler Nachgeschmack

Ist für gewöhnlich die Folge jeden Abenteurers. Und ein Abenteuer ist gewissermaßen die Auflösung des Deutschen Reichstags. Jetzt wimmelt es von gegenseitigen Insinuationen und Rekrinationen, und einer wälzt die Schuld auf den andern.

Wir wundern uns nicht über die Regierung, daß sie sich über das Zentrum ärgert, das ihr einen solchen Pöbel gespielt hat. Das Zentrum hat von vornherein die Verantwortung für seinen Antrag auf sich genommen, d. i. für den Antrag von Leuten, die keine Vorstellungen von militärischen Angelegenheiten haben, daß 2500 Soldaten durchaus ausreichen müssen, um die Hottentotten niederzuwerfen. Indes muß jeder militärische Fachmann zu einem solchen Antrag nur die Achseln zucken. Schuld sind in dieser Sache jedoch nur die, welche die Ursache solcher ungerechten Kriege waren und sind, und nicht die, welche sich ihrer Haut wehren. Und wenn man solche ungerechten Kriege vermeiden will, so muß man von dem ganzen Unternehmen zurücktreten. Man muß nicht fremde Länder fortnehmen, und es unterlassen, die Bevölkerung zu mißhandeln.

Ja, aber das geschieht im Namen der Zivilisation! Wir kennen diese Zivilisation und erkennen natürlich ein solches Motiv nicht an. Und um so weniger auch das Motiv der militärischen Ehre, das angeblich nicht gestattet, aus Afrika zurückzuweichen, denn es würde die ganze Welt lachen, am meisten aber die, welche auf die Fortnahme der schlechtesten von allen afrikanischen Sandwüsten und Einöden lauern.

Möge man lachen, wenn nur den armen und elenden Negern Gerechtigkeit widerfährt. Darum hatte auch das Zentrum gewissermaßen das Recht auf seiner Seite, als es seinen unglücklichen Antrag stellte; nur daß es sich dem Zentrum weniger um die Gerechtigkeit, als darum handelte, die Regierung zu kompromittieren. Mögen daher jetzt die Ringer die Folgen ihres Antagonismus ausessen, welche Deutschland unberechenbaren Folgen aussetzen können!

Was geht das uns an? Augenscheinlich müssen sich alle Fehler unserer Feinde an ihnen selber rächen. Wir werden darüber nicht weinen. Wir müssen das aber als eine Art Rache Gottes erachten, daß gerade zu einer Zeit, wo bekanntlich sowohl die Regierung als auch das Zentrum bemüht sind, uns zuzusetzen, diese sofort wie gerufen jene geschichtliche Nemesis trifft, welche inzwischen weitreichende Verwirrung hervorruft. Mögen sie sich untereinander zanken und beißen, es kommt die Vorsehung und wird nicht ihnen, sondern uns Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Sie hat bereits den entsprechenden Fingerzeig dadurch gegeben, daß sie uns gestattet hat, in der parlamentarischen Abstimmung die Entscheidung herbeizuführen.

In der Verwirrung und im Geischrei des Kampfes kommen auch lächerliche, insbesondere für uns verständliche Episoden vor. Der Hafatismus vor allem wirft sich mit der ganzen Verbissenheit auf das Zentrum und hält ihm vor, daß dessen Hochmut jetzt durch das entschiedene Auftreten der Regierung bestraft worden sei, denn diese **klerikale Nebenregierung**, die das ganze Reich zu erschüttern begann, soll bereits unerträglich geworden sein.

Also es stellt sich heraus, daß wir neben der aktuellen Regierung im Deutschen Reiche noch **zwei Nebenregierungen: eine klerikale und eine hafatistische** haben, von welchen sich jetzt die aktuelle Regierung,

falls sie ihre Aufgabe richtig versteht, vielleicht wird gleichzeitig frei machen wollen.

Wir wünschen, daß dies geschehe, namentlich in bezug auf die für die Regierung sehr unbequemen Hafatisten, und nach den letzten, mit jener „Zentrumsregierung“ gemachten Erfahrungen werden wir ebenfalls keinen Grund haben, sie zu bedauern.

Bei dieser Gelegenheit stehe uns frei zu betonen, daß das Zentrum eine große Engherzigkeit bewiesen hat durch die nach dem Rezept des verstorbenen Dr. Lieber an uns geübte Rache. Rache ist kein christliches Prinzip, und am wenigsten geziemt sie denen, welche Schwachen gegenüber mächtig sind. Uns ziemt es, mit allen geziemenden Mitteln uns zu wehren, nicht aber geziemt es dem Zentrum, uns nur noch zu seinen Sonderzwecken auszunützen zu wollen.

Die unedle Rache hat auch eine baldige Vergeltung gefunden, und jetzt ist nur der verdiente üble Nachgeschmack bei den Engherzigen übrig geblieben aus Anlaß der Rache für die im edlen Kampfe in Schlesien abgenommenen Mandate.

Solange das Zentrum diesen Fehler nicht wieder gut machen wird, wird es sich nicht eine rein christliche Partei nennen können.

Aus Nr. 282 des Lech (Gnesen)
vom 13. Dezember 1906.

Ein Erzbischof durch die Gnade der Deutschen und Juden.

Die hafatistischen jüdischen und lutherischen Blätter nennen verschiedene Kandidaten für den erzbischöflichen Stuhl. Der größten Gnade in ihren Augen scheint sich der Domherr Kłoske in Gnesen zu erfreuen, dessen Bildnis sogar eine dieser Zeitungen schon brachte. Wir zweifeln, daß der Domherr Kłoske diesen Zeitungen für die Gnade dankbar sein wird, mit der sie ihn umgeben, denn wir kennen ihn als einen sehr schätzbaren und gerechten Geistlichen.

In diesen Stimmen der jüdischen und lutherischen Blätter offenbart sich ein gewisses fieberhaftes Suchen nach einem entsprechenden Kandidaten. Man sieht, daß ein verbissener Deutscher auf keinen Fall Erzbischof werden kann, und einen aufrichtigen Polen will man nicht haben. Deshalb sucht man nach einem Mittelwege. Angesichts dessen halten wir's für angebracht, zu betonen, daß der zukünftige Erzbischof ein Mensch sein muß, der da erkennt, daß unsere beiden **Diözesen polnisch sind und daß die deutschen Katholiken nur einen kleinen Bruchteil bilden, deren Rechte wohl zu achten sind, die aber auf den nationalen Charakter beider Diözesen gar keinen Einfluß ausüben können.** Auf diesem Standpunkte stehen nicht allein wir, sondern auch die Allgemeinheit beider Erzdiözesen. Damit muß der künftige Erzbischof rechnen, und wenn er damit nicht rechnen wird, dann können die Folgen gar traurige sein.

Das fühlt auch die preussische Regierung, und sie hat den Kardinal Kopp nach Rom entsandt, damit er die Lage so darstellen sollte, wie ihm das genehm ist. Es scheint jedoch, daß die Sache nicht gelungen ist. Kopp reiste plötzlich von Rom ab — direkt nach Berlin und dann nach Breslau. Er wartete nicht einmal das päpstliche Konsistorium ab. Das „Berliner Tageblatt“ erblickt darin eine Nervosität und Fieberhaftigkeit, was nach unserer Meinung richtig ist. Dasselbe sehen wir bei den Hafatisten.

Aus Nr. 289 des Gonic Wielkopolski (Posen)
vom 20. Dezember 1906:

Auflösung einer Versammlung.

Dornik, 18. Dezember.

Am Sonntag, den 16. d. Mts., sollte eine ordentliche Versammlung des Arbeiter-Vereins stattfinden, und zwar wegen Raum mangels nicht in dem Defanssaale, sondern in einem geräumigen landwirtschaftlichen Gebäude, welches alle Mitglieder in der Zahl über 180 fassen könnte. Als der Patron nach dem Abend-Gottesdienst die Sitzung eröffnen wollte, löste der Vertreter der Polizeibehörde, der hiesige Bürgermeister, in Begleitung des Gendarmen die Versammlung aus dem Grunde auf, weil er sich in diesem ungeheizten Gebäude erkälten, seine Gesundheit schädigen und den Tod davontreiben könnte. Diese Motivierung ist im Gesetz über Versammlungen vom 11. März 1850 nicht vorgesehen!

Trotzdem gingen alle Teilnehmer auf diese Aufforderung der Polizei unverzüglich auseinander. — Einige Mitglieder berief der Patron zu sich in die Propstei, um mit ihnen den Wortlaut der von dem die Versammlung auflösenden Bürgermeister angegebenen Gründe festzustellen — und daraufhin haben sich noch einige Teilnehmer, welche Parochial-Angelegenheiten zu erledigen hatten, mit den auf die Propstei Geladenen dorthin begeben.

Nach einer gewissen Zeit kam der Bürgermeister mit dem Gendarmen. Sie waren durch den Hof hinausgegangen und kehrten von der Straßenseite her zurück und begannen, die im Hausflur stehenden Parochianen zu entfernen. Auf die Frage des Patrons, was er noch wünsche, erklärte der Bürgermeister, daß er gekommen sei, sich zu überzeugen, ob die Versammlung auf der Propstei weiter abgehalten würde. Der Defan bemerkte, daß er (der Bürgermeister) doch die Versammlung aufgelöst habe — und damit Schluß, und daß er keinen Anlaß habe, die Leute aus der Wohnung des Defans zu entfernen.

Die ruhig und ohne jeglichen Lärm auseinandergehenden Teilnehmer wurden, sobald 2 oder 3 stehen blieben, um miteinander zu sprechen, von den Gendarmen, derer es außer dem hiesigen Wachtmeister 4 waren, auseinandergetrieben.

Die nach Ansicht der Gendarmen Widerstand leistenden wurden aufnotiert und zur Strafe gemeldet. Infolgedessen erhielten die Aufnotierten Vorladungen zu Polizeiterminen. Zur Vermeidung von eventuellen Polizeistrafen sollte die Versammlung bei Laternenlicht stattfinden. Auf diese Art wird ein Verein, der sich durchaus mit keiner Politik befaßt, gleich am Anfang seines Bestehens unter so eifrigen Polizeischutz genommen.

Aus Nr. 285 des Dziennik Poznański
vom 15. Dezember 1906:

Das traurige Los der Kinder.

Man schreibt uns:

Auf Grund der Verfügung des Kreisschulinspektors in Samotichin sind für die Schule in Faktorowo — und so viel ich gehört habe auch in anderen Schulen des Samotichiner Inspektorats — nachstehende Strafen für das Nichtantworten im deutschen Religionsunterricht angesetzt worden:

An jedem Montag und Donnerstag vormittags von $1\frac{1}{2}$ —8 und $12\frac{1}{2}$ —1, nachmittags von $2\frac{1}{2}$ —5 — zusammen je $3\frac{1}{2}$ Stunden Arrest.

An jedem Dienstag und Freitag vormittags $1\frac{1}{2}$ —8 bis 8 und $11\frac{1}{2}$ —1, nachmittags von $2\frac{1}{2}$ —5 — zusammen $4\frac{1}{2}$ Stunden Arrest.

An jedem Mittwoch und Sonnabend von $1\frac{1}{2}$ —8 und $12\frac{1}{2}$ —1 — zusammen 1 Stunde.

Die Kinder haben also wöchentlich 18 Stunden Arrest abzusitzen. Das sind für die armen Kinder, von welchen manche etwa $\frac{3}{4}$ Stunden Wegs bis nach Hause zurückzulegen haben, so furchtbare Strafen, daß man wirklich ihr Los bedauern muß — und andererseits muß man sich darüber wundern, wie man auf diese Weise die armen Kinder so quälen kann.

Die Steine würden fast weinen, wenn man sieht, wie manche Kinder bei Schneegestöber und Unwetter 2—3 Kilometer in Schmutz und Schnee nach der Schule waten und dann vor der Schule in Frost abwarten müssen, bis diese geöffnet wird. Im Falle einer Verspätung werden sie zur Strafe notiert. Um $12\frac{1}{2}$ Uhr werden die Kinder erst aus der Schule herausgelassen und um 2 Uhr müssen sie bereits wieder zum Arrest erscheinen. Wie können solche Kinder, welche vorher 5 Stunden in der Schule waren, in dieser kurzen Zeit nach Hause kommen, sich satt essen, etwas ausruhen und wieder zur Schule gehen? Das ist für Kinder, welche $1\frac{1}{2}$ oder $\frac{3}{4}$ Stunden nach Hause gehen müssen, unmöglich. Es sollte doch einmal ein solcher Herr Inspektor geruhen, selber den Weg z. B. von Faktorowo nach Josefowo abzumessen — und er würde sich davon überzeugen, daß es eine unmögliche Sache ist, solche drakonische Befehle ohne Schädigung der Gesundheit auszuführen.

Mittwochs und Sonnabends haben die Kinder von 8 bis 10 Uhr Unterricht. Wenn sie also nach 10 Uhr nach Hause gehen, so müssen sie sofort wieder zurückkehren, denn um 12 Uhr ist einhalbstündiger Arrest bis halb eins.

Ist das nicht eine Quälerei der Kinder?

Aus Nr. 284 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 14. Dezember 1906:

Als Antwort für die Regierung.

In der Nummer 281 brachten wir eine Berichtigung der Posener Regierung in Sachen der Aufschrift über die Züchtigung der Schülerin Marie Sandor durch den Lehrer Hagen in der Lazarusstraße. Auf die Berichtigung der Regierung hat uns unser Informator nachstehende Antwort gesandt:

Der Korrespondent hält seine Behauptungen aufrecht. Sie werden übrigens vor Gericht bewiesen werden, da die Klage schon dem Gericht eingereicht worden ist. Von vornherein war anzunehmen, daß der Lehrer die Schuld auf das Kind abwälzen werde, da man für das schlechte Lösen von Rechenaufgaben ein Kind so übermäßig nicht strafen kann. Jedenfalls wird die Regierung die Wahrheit dessen nicht bestreiten, daß die Spuren der Züchtigung wenige Tage später noch zurückgeblieben sind und daß Dr. Chachamowicz sie durch ärztliches Attest festgestellt hat.

Aus Nr. 76 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 20. Dezember 1906:

Wyjśka, den 16. Dezember 1906.

Bezüglich der Selbstverteidigung in Schulsachen teile ich mit: Mit welcher List die Schulbehörde unsere Kinder vom Widerstande abbringen will, folgt aus nachstehendem Ereignis.

Nach Bysofa kam am Sonnabend der Kreisschulinspektor aus Colmar gefahren und begann die Kinder zu prüfen; so kamen auch die Schullieder an die Reihe und er mischte Kirchenlieder in dieselben. Die Kinder haben sich wie gewöhnlich auf das Verbot der Eltern berufen, doch der Herr Inspektor erklärte ihnen, daß Kirchenlieder nicht zum Religionsunterricht gehörten, und als sich die Kinder weiter weigerten, bat er den Herrn Lehrer um den Hohnstock und prügelte den 12-jährigen Sohn des Fleischermeisters Herrn Domek. Den Lehrern erklärte der Herr Inspektor obendrein, daß, falls die Kinder von nun an Kirchenlieder nicht würden singen wollen, sie die Kinder ebenfalls körperlich strafen sollten.

Die Kinder im benachbarten Dorfe Czajeze müssen täglich eine Stunde Arrest absitzen. Diese Stunde wird ihnen, da in Czajeze eine Simultanschule ist, während des protestantischen Religionsunterrichts erteilt. Die betreffenden Väter beabsichtigen sich bei der Bromberger Regierung zu beschweren.

B.

Aus Nr. 153 des Przyjaciół Ludu (Posen)
vom 22. Dezember 1906:

In Gominice bei Pogorzela streift ein deutsch-katholischer Knabe. Er ging zur lutherischen Schule und betete das lutherische Gebet. Jetzt hat er sich widersetzt und dem Lehrer gesagt, daß er das lutherische Gebet nicht brauche, weshalb er übergelegt wurde und Stockhiebe bekam. Der Knabe drohte dafür dem Lehrer, daß er ihn toteschießen werde. Der Gendarm nahm eine Haussuchung bei den Eltern des Knaben nach dem Revolver vor, doch hat er einen solchen nicht gefunden. Der Knabe wurde vor den Kommissar gebracht und es ist unbekannt, was man später mit ihm gemacht hat. In diesem Dorfe gibt es keinen Polen.

Einer von den Lesern.

Aus Nr. 153 des Przyjaciół Ludu (Posen)
vom 22. Dezember 1906:

Kwieciężewo.

Ich teile mit, daß wir hier gleich nach den Ferien alle, mit 4 Ausnahmen, Widerstand im deutschen Religionsunterricht geleistet haben. Den Lehrer B. begrüßten wir mit dem altpolnischen „Niech będzie“, worauf er uns antwortete „In Ewigkeit, Amen.“ Wir beteten ebenfalls polnisch. Noch an demselben Tage erschien der Kreisschulinspektor und drohte uns, daß man uns nach vollendetem 14. Lebensjahre aus der Schule nicht entlassen werde. Doch hat uns dies nicht erschreckt. Arrest sitzen wir viermal in der Woche ab. Als wir zum ersten Mal zum Arrest kamen, wollten wir nicht lernen; denn nach unserer Ansicht bedeutet der Arrest Gefängnis und dort wird nicht gelernt. Das ärgerte den Herrn Lehrer B., welcher, nachdem er zwei andere Lehrer hatte kommen lassen, meinen Freund S. B. und dann mich zu schlagen anfing. B. bekam auf das Gefäß zehn Schläge; mich schlug dagegen der Lehrer A. nur zweimal und zwar bekam ich dreißig Schläge. Der Vater war gezwungen, einen Arzt zu mir zu rufen, und übergab die Sache dem Gericht. Der Kreisschulinspektor jandte an die Eltern, deren Kinder zu Ostern entlassen werden sollen, Zettel, mit der Mitteilung, daß die Entlassung nicht erfolgen werde. Davor sind drei erschrocken, der Rest verharrt im Widerstande.

Aus Nr. 70 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 13. Dezember 1906:

Die unmöglichen Verhältnisse in Chojno.

Rawitsch, 11. Dezember.

In Chojno bei Rawitsch in der Parochie Golejewko herrschen seit einiger Zeit unmögliche Verhältnisse. Die Regierung übt auf die Chojnoer Väter den größten Druck aus, weil sie als die ersten im Kreise den Kindern die Teilnahme am deutschen Religionsunterricht verboten haben. Dafür haben sie jetzt auf eigene Kosten einen dritten, und zwar einen Straflehrer, Herrn Busse, erhalten, der kaum einige Tage auf seinem Posten ist, und doch schon seine Tüchtigkeit dadurch bewiesen hat, daß er dem Knaben des Landwirtes Jurdecki aus Chojno ein Ohr derart angerissen hat, daß der zum Abwaschen des Blutes an die Wasserpumpe geschickte Knabe weinend nach Hause gelaufen ist. Dr. L. aus Görchen hat an ihm zwei Wunden, eine 7½ cm und die andere 2½ cm breit, konstatiert.

Natürlich haben die betrübten Eltern den Lehrer dem Staatsanwalt übergeben.

Das Blut kocht einem in den Adern wegen der fortwährenden unwürdigen Ausschreitungen in der Schule. Dabei hat der Lehrer Haenelt aus Chojno zu seiner Sicherheit einen Gendarmen aus Brandenburg erhalten, welcher den ganzen Tag und die ganze Nacht über nicht weiß, was er mit seiner Figur anfangen soll; denn er kann trotz der ganzen Erbitterung hier keine Empörer finden.

Er wohnt in der Dachkammer der Schule zusammen mit dem Straflehrer!

Außer diesem Gendarmen verlangte der Landrat aus Rawitsch vorige Woche, daß die Gemeinde wieder auf eigene Kosten einen zweiten Nachtwächter zur speziellen Bewachung der Schule in der Nacht anstelle.

Ich bemerke, daß die ganze Ursache zu diesen interessanten Maßnahmen ein dem Lehrer zugegangener Drohbrief sein soll, jedoch niemand im Dorfe weiß, wer ihn geschrieben hat. Die Chojnoer Gemeinde hat dieser Tage wegen dieser Verfolgung eine Beschwerde an das Berliner Oberverwaltungs-Gericht gesandt, und zwar mit der Anfrage, auf welcher Grundlage die Regierung das Recht habe, die Gemeinde bis 387 Prozent von der Einkommensteuer zu belasten. Gleichzeitig frage sie an, ob die Regierung berechtigt sei, die Gemeinde in dieser Weise zu bedrücken, weil diese nichts anderes als nur ihr Recht auf Grund der Verfügung der Regierung vom 5. Juli 1900 Nr. 5755/00 II Gem. fordere. In dieser Verfügung ist uns ausdrücklich gesagt:

„Den Kreisschulinspektoren und Lehrern ist nicht gestattet, selbständig irgendeine Änderung der im kath. Religionsunterricht anzuwendenden Sprache einzuführen, zu jeder Änderung ist die ausdrückliche Genehmigung der Regierung erforderlich.“

In der Chojnoer Schule wurde die Sprache vollständig eigenmächtig geändert, die Regierung hat mit keinem Worte jemanden aus dem Schulvorstande davon benachrichtigt und bisher ihre ausdrückliche Genehmigung nicht gegeben, daher hat sie kein Recht, in dieser Weise der Gemeinde Straflasten dafür aufzuerlegen, weil diese ihr Recht verteidigt. In allen Schulen der benachbarten Parochie streifen die Kinder ebenfalls, doch ist es dort ruhiger, da die Lehrer sich anständiger zu benehmen wissen; übrigens ist in der Schule in Rubezki bisher kein Grund zum Streik vorhanden, da der Religionsunterricht dort polnisch erteilt wird.

Aus Nr. 285 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 15. Dezember 1906:

Eine neue Exmision von Arbeitern für den Schulstreik.

Wie bereits der Dziennik Poznański in Nr. 270 mitgeteilt hat, hat Herr Grote, der im Kreise Wirſch belegenen, seit einem halben Jahre im Besitz der Ansiedelungskommission befindlichen Wawelnoer Güter, 7 polnische Familien aus Mirucin aus Brot und Lohn mit Gewalt und unrechtmäßig ohne vorheriges gerichtliches Urteil einzig deswegen entfernt, weil sie das ihnen Kindern erteilte Verbot, in der Schule deutsch zu beten und im deutschen Religionsunterricht zu antworten, nicht zurückgezogen haben.

Man erwartete allgemein, daß es bei diesen Exmisionen sein Bewenden behalten und daß Herr Grote seine Begeisterung und seinen Eifer nur auf dies eine Vorwerk beschränken, den Rest der Leute in den übrigen Vorwerken aber in Ruhe lassen werde, wenigstens bis zum 1. April künftigen Jahres. Diese Hoffnung erwies sich jedoch als trügerisch, denn das gleiche Los wie die Miruciner hat jetzt einen Teil weiterer polnischer Familien aus dem zweiten Ansiedelungsvorwerk Jaszkowo getroffen, wo man den Leuten den Losschein am 1. Dezember gab und ihnen befahl, binnen einer Woche auszuziehen. Nachdem die Leute sofort Beschäftigung gefunden hatten, warteten sie nicht, bis man sie wiederum ebenso wie in Mirucin mit Gewalt aus der Wohnung hinauswerfen und ihre Habe fortfahren werde, sondern sie verzogen am 4. und 5. d. M. in die Witoslawer und Strzelewoer Güter.

Auf die Weise hat man bisher 13 polnische Familien der Arbeit und des Daches beraubt oder, mit anderen Worten, die Parochie Wawelno erlitt einen Verlust von 96 Seelen, die Kinder und Dienstleute eingerechnet. Das ist ein sehr großer Verlust für die nicht ganz 1700 Seelen zählende Parochie. Und wird es damit zu Ende sein? Erneuern doch viele andere Familien aus den zu den Wawelnoer Gütern gehörenden Ansiedelungsvorwerken freiwillig die Kontrakte nicht, sondern sie verdingen sich auf andere polnische Güter in der Umgegend, da sie wohl wissen, daß sie nach 2 oder 3 Jahren, wenn die Parzellierung beginnen wird, ihre Wohnsitze verlassen müssen hauptsächlich deswegen, weil sie unter den Verhältnissen, wie sie sich jetzt herausgebildet haben, des Morgen nicht sicher sind. Heut treibt man sie des Schulstreiks halber hinaus, morgen vielleicht wegen der Wahlen oder aus einem Grunde, der nach der Ansicht und den Worten des Ansiedelungsgutsverwalters unter die Kategorie „Auflehnung gegen die Staatsgewalt“ fällt.

Der Vollständigkeit halber füge ich hinzu, daß 6 oder 7 jener gerechten, aus Rußland hergezogenen deutschen Familien, die sich geweigert haben, auf Befehl des Herrn Grote die ruhigen Polen mit Gewalt aus der Stube und Wohnung hinauszuerwerfen, gleichfalls schon aus Mirucin verzogen sind, da man einer jeden 3 Mark wegen jenes Ungehorsams abgezogen hat.

Die Angelegenheit der aus Mirucin entfernten polnischen Leute ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden wegen Hausfriedensbruch und Nötigung. Ob sie angenommen werden wird? Der Justizminister hat infolge des am Tage jener Exmision ihm überlieferten Telegramms ein besonderes Protokoll durch das Amtsgericht eingefordert.

Es wundert mich sehr, warum andere polnische Blätter über die zwangsweise und ungesetzliche

Exmision der Leute aus Mirucin, über welche doch der Dziennik berichtet hat, absolut nichts mitgeteilt haben, sei es auch nur auszugsweise. Ich meine, daß die Sache verdient, erwähnt zu werden.

Pfarrer W.

Aus Nr. 72 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 15. Dezember 1906:

Ein Vorkommnis in Rogasen.

Rogasen, den 13. Dezember.

Heute kam zu mir eine Mutter namens Korybalska mit dem 14jährigen Söhnchen Leonhard, um Klage zu führen über den hiesigen polnischen Rektor Herrn Rakowski. Er ist katholischer Pädagoge. Da jedoch nach Ansicht der Schulbehörden Aussagen von Kindern nicht glaubwürdig sind, rief ich noch zwei Zeugen herbei: Leon Czarnowski und Ladislaus Margonski. Es sind das zwar ebenfalls Schulkinder, sie behaupteten jedoch, alle Kinder seien selbst unter Eid nachstehende Tatsachen zu bestätigen bereit:

Geschehen am 11. d. M. vormittags in der Rogasener Schule während der Schreibstunde. Der Rektor der Schule, Herr Rakowski, hieß — den Rohrstock in der Hand haltend — den Knaben Korybalski seinen Vornamen deutsch „Leonhard“ schreiben, wozu er übrigens das Recht hatte. Die Lehrer sind nämlich gezwungen, die Namen der Kinder gemäß der standesamtlichen Eintragung zu schreiben. Herr Rektor Rakowski hat mithin soweit seine Pflicht erfüllt.

Aber was geschieht? Als der Knabe sich weigerte, seinen Vornamen deutsch zu schreiben, fing der Rektor in einer nicht mehr pädagogischen noch menschlichen Weise an, den Knaben — und zwar auf polnisch — in unparlamentarischer Form auszuschimpfen. Nicht genug damit. Der Vater des Leonhard Korybalski, ein Maler, ein guter, allgemein in der Stadt geachteter, sogar frommer Mensch war von der Kränkung heruntergefallen und gestorben. Das Mitgefühl für ihn und für die hinterbliebene Familie war allgemein. Was tut Herr Rektor Rakowski, ein Pole und Katholik? Demselben Kinde, welches er polnisch „Drachen“ usw. ausgeschimpft hatte, sagt er, ein katholischer Pädagoge (wörtlich nach der Aussage des Korybalski, Leon Czarnowski und Ladislaus Margonski): „Der liebe Gott hat deinen Vater dafür bestraft, weil du dich nicht „Leonhard“ schreiben willst — auch dich wird der Herrgott strafen wie deinen Vater!“

Ich frage angesichts dessen die öffentliche Meinung, die Schulbehörde, die Regierung und sogar den Herrn Minister, ob die aus allem, aus Amt, Schule, Religionsunterricht ausgeschlossene polnische Sprache nur dazu gut genug ist, um in der Schule die polnischen Kinder in einer nicht nur nicht ästhetischen, sondern geradezu nicht ethischen Weise auszuschimpfen? Ist jenem polnischen Herrn Rektor die polnische Sprache so alltäglich geworden, daß er sie lediglich als Mittel ansieht, um über die Kinder zu schimpfen? Können unter dem Regiment so eines geradezu unmenschlichen Verfahrens die Kinder Achtung vor irgendwelcher Obrigkeit haben?

Und wenn sich der Herr Rektor auf das Zeugnis der Schulkinder berufen sollte, soweit es nicht glaubenswürdig ist, dann werde ich mich auf das Zeugnis meines Vikars berufen, demgegenüber er das gleiche gesagt hat, nämlich, daß den Korybalski der Herrgott dafür gestraft habe, weil er dem Kinde verboten habe, die Religion deutsch zu lernen. Sollte auch dieser

Zeuge nicht hinreichen, so habe ich eine für den Herrn Rektor große Autorität: einen angesehenen Deutsch-katholiken, demgegenüber die gleichen Worte gefallen sind.
Pfarrer G a p c z y n s k i.

Aus Nr. 73 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 16. Dezember 1906:

Aus Punitz

schreibt man dem Blatte am 13. d. M. unter der Spitzmarke „Der Geist wird nicht schwächer“ über den dortigen Schultreiß u. a. was folgt:

..... Aus Anlaß des Todes unseres geliebten Erzbischofs, dem Gott hundertfach lohnen möge für sein letztes Rundschreiben in Sachen des Unterrichts in der Religion und im Gebet glaubten auch bei uns in Punitz unsere Bursenfreunde, daß jetzt der Streik in der Schule zurückgehen werde, und daß unsere Kinder wiederum wie früher das Gebet deutsch plappern würden, aber das werdet ihr nicht erleben. Im Gegenteil! Wir polnisch-katholischen Eltern alle sind davon überzeugt, daß unser Erzhirte, dem das Herz vor Leid und Gram gesprungen ist über unsere Jugend, die gemartert wird durch den Unterricht im hl. Glauben in einer unlieben fremden Sprache, sich jetzt dort im Himmel freut beim Anblick unserer wackeren unerschrockenen Kinder und sie im Himmel segnet für diesen beredten Beweis des Gehorsams gegenüber dem Befehl der Eltern und des Haltens des göttlichen Gebots.

In unserer städtischen Schule sowie auch in der Dorfschule in Goszciejewice verhalten sich fast alle Kinder, wie es sich gehört. Die Lehrer müssen allein das deutsche Gebet hersprechen, denn die Kinder bewegen nicht einmal den Mund, sondern sie stehen still da, und zu Hause lachen sie darüber, daß die Lehrer jetzt selbst das Gebet deutsch sprechen müssen.

Auch müssen die Kinder fast täglich Arrest absitzen, — das tun sie auch, sogar gern, — denn dadurch wird die Nation sehr beharrlich und hartnäckig.

Sobald in der Stadt die Leute erfuhren, daß unser Propst Dr. Skrzydlewski infolge des Berichts eines katholischen Lehrers aufs Gericht zum Verhör geladen worden sei wegen des Verlesens des Rundschreibens und wegen dessen Auslegung in der Kirche, hat jetzt unter dem Volke in der ganzen Punitzer Pfarodie eine noch größere Hartnäckigkeit um sich gegriffen.

Das eine noch schützt diesen Herrn, daß der Propst uns ausdrücklich von der Kanzel herab gemahnt hat, wir sollten würdig im Sinne des Rundschreibens des verstorbenen Erzhirten den Glauben durch Gebet und Unterricht verteidigen und uns würdig verhalten. Die Leute halten daher einer den anderen zurück, indem sie sich die Worte des Seelsorgers ins Gedächtnis rufen. Ein solches Kind, das sich einmal im Leben davon überzeugt hat, daß ihm der Lehrer in der Schule für den Gehorsam den Eltern gegenüber den Kopf nicht abreißt, schätzt jetzt den hl. Glauben und die polnische Sprache ganz anders, als wir dies leider in der Jugend getan haben. Wirklich, wir Eltern können uns nicht genug darüber wundern, daß unsere kleinen Kinder soviel Ausdauer und Mut in Verteidigung des polnischen Gebets und der polnischen Sprache zeigen, wir in Punitz besaßen in der Jugend solche Dreistigkeit nicht. Und dafür gebührt unseren „herzlieben“ preussischen Schützern und dem Herrgott Dank unsererseits, daß diese Streifsache

auch uns und den Kindern schon jetzt offenbar zum Guten auszulaufen beginnt.

Jetzt kommt die Zeit des Weihnachtsfestes, die Kinder haben das ihrige getan und es gebührt ihnen Lohn. Aber für die Verteidigung des polnischen Gebets ein polnisches Weihnachtsgeschenk, ein Pfefferkuchen von Markiewicz in Kosişchin und ein polnisches Lesebuch aus einer polnischen Buchhandlung.

Ein polnischer Gewerbetreibender.

Aus Nr. 287 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 18. Dezember 1906:

Man muß protestieren.

In Kosişki im Kreise Krotoschin wohnt ein Gendarm, welchen man aus Neumark kommen ließ, damit er auf die dortigen Kinder, welche sich weigerten deutsch zu beten, „beruhigend wirke“. Das deutsche Gebet wurde von dem dortigen polnischen Lehrer sogar in der untersten Abteilung eingeführt.

Durch den unnötigen Eifer der Lehrer wurde so mancher Streik herbeigeführt; denn tatsächlich ordnet keine Verfügung der Regierung das deutsche Gebet dort an, wo der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt wird, und um so weniger in den untersten Abteilungen. Es gibt überhaupt keine Verfügung der Regierung, in bezug auf das deutsche Gebet in den polnischen Schulen. Man darf also mit Recht annehmen, daß die Inspektoren und Lehrer das deutsche Gebet auf eigene Faust einführen, was gar nicht zu ihrer Kompetenz gehört und wogegen man bei der höheren Behörde protestieren mußte.

Aus Nr. 74 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 18. Dezember 1906:

Der gesprächige Gendarm aus Brandenburg.

Aus der Provinz, 15. Dezember.

In dem nahegelegenen Städtchen P. führte einer von jenen brandenburgischen Gendarmen, die zur Sicherheit der angeblich durch die polnische Bevölkerung bedrohten Lehrer hergeschickt wurden, vor einer Schar Polen, zu denen er Vertrauen schöpfte (unter welchem ich, untertänigst Unterzeichneter, mich befand), sein Leid in folgender Erzählung aus: „Auf die telegraphische Aufforderung meines Landrats in Brandenburg, begab ich mich“, so erzählte er, „mit dem Schnellzuge zu dem für das Städtchen P., in welchem sich die Sache abspielt, zuständigen Landrat in R. Der Herr Landrat wußte leider von nichts, und hätte vielleicht den Herrn Gendarmen nach Hause geschickt, wäre ihm nicht der Schulinspektor, welcher zufällig erschien, zu Hilfe gekommen. Der Herr Inspektor raportierte, daß der Lehrer P. in P. sich in seinem neuesten „Bericht“ darüber beklagt habe, daß ihn die polnische Bevölkerung belästige. Der Herr Landrat erteilte, erfreut darüber, daß er die Würde der Regierung retten werde, welche den Gendarmen aufs Geratewohl hergeschickt hat, den Befehl, daß er (der Gendarm) sich vorläufig für acht Wochen in P. zum Schutze des Lehrers einquartieren solle. Dem heiligen Befehl gehorchend, begab ich mich nach P., und nachdem ich mich im Hotel einquartiert hatte, ging ich zu dem bedrohten Lehrer, um ihn zu befragen, in welcher Weise er von der polnischen Bevölkerung angegriffen werde. Der Herr Lehrer erschrak augenscheinlich über sein Werk, welches ihm sogar einen Gendarmen auf den Hals gebracht hatte, denn er be-

gann zu stottern und wußte nicht, was er sagen sollte. Schließlich erinnerte er sich, daß ihn zwei auf der Straße stehende Frauen ausgelacht hatten, als er aus der Schule kam, und nachdem er Mut geschöpft hatte, erzählte er weiter, daß er sich überhaupt nicht auf der Straße zeigen könne, ohne auf diese oder eine andere Weise angegriffen zu werden.“

Dies war nicht ausreichend und gab dem gewissenhaften Gendarmen keinen Grund zum Einschreiten. Um aber irgendeinen Bericht für den Herrn Landrat schaffen zu können, improvisierte er die nachstehende Komödie, und um sich von dem angeblich aufgeregten Stande der polnischen Gemüter Überzeugung zu verschaffen, ging er so weit, die polnische Bevölkerung herauszufordern. An einem gewissen Abend, um die Zeit, wo er auf den Straßen der Stadt am meisten Publikum erwartete, forderte er den Lehrer auf, in der Stadt herumzuspazieren und befahl ihm, sich zu bemühen, dem polnischen Publikum recht aufzufallen. Der Herr Gendarm ging in einer bestimmten Entfernung hinter dem Lehrer her, um von den erwarteten Angreifern nicht gesehen zu werden, er selber konnte aber alles beobachten.

Sie gingen durch alle am meisten bevölkerten Straßen, der Herr Lehrer machte die größten Bemühungen, er sprach möglichst laut die bekannten Passanten an, er streifte Gruppen ruhig stehender Leute, blieb vor den Laternen stehen, um besser gesehen zu werden usw., leider alles vergeblich.

Außerdem erzählte der Herr Gendarm, daß er seinen Aufenthalt in P. gar nicht bedauere, da es ihm hier sehr gut gefalle, viel besser, als unter den Räubern und Dieben in Brandenburg, mit welchen er viele Sorgen hätte. Auf meine Frage, wie er sich die Polen vorher vorgestellt habe, antwortete er, in seiner Heimat herrsche die Meinung, daß die Polen mit dem Vieh zusammenwohnten. Und auf meine Frage, was er als evangelischer Deutscher machen würde, falls ein Moskowitischer Lehrer sein Kind zwingen würde, evangelische Religion in russischer Sprache zu lernen, antwortete der Herr Gendarm empört, daß er ihn totschlagen würde.

Der Gendarm hat jedenfalls nicht das nötige Verständnis für die tiefe Bedeutung seiner kulturellen Mission.

Ich führe den Namen nicht an, um den beteiligten Personen und insbesondere jenem Gendarmen, welchem man die Rechtshaffenheit nicht absprechen kann, nicht zu schaden. G. Z.

Aus Nr. 50 des Przewodnik Katolicki (Posen)
vom 16. Dezember 1906:

Eine Mutter an die Mütter oder die Schul- sorgen der Theresie.

V.

Ich habe mich derart ins Gespräch mit dem alten Tyfka in Powidz vertieft, daß ich fast vergessen hätte, wonach ich auf den Jahrmarkt gekommen war. Aber ich habe doch das Meinige gemacht. Ich habe mich bei dieser Gelegenheit noch mit einigen Gvatterinnen gesehen, mit denen der Mensch doch nicht anders zusammenkommt, als nur auf einem Jahrmarkt oder Ablaß.

Ich habe mich mit ihnen satt geredet, und selbstredend nicht von etwas anderem, als nur von unseren armen Würmern, welche jetzt für die Religion und das polnische Gebet so viel in der Schule leiden müssen. Es kommt einem unglaublich vor, daß die große und starke preussische Regierung einen derartigen

Krieg mit den armen Kindern führen kann — und zwar weswegen? Deswegen, weil die Kinder, wie ihre Eltern Religion polnisch lernen und polnisch beten wollen. Nein, dazu reicht schon mein Verstand nicht aus, um dies zu begreifen! Ich wundere mich nicht, daß unserem Erzhirten — Herr, gib ihm den Himmel für alles, was er gelitten hat, — das Herz gesprungen ist vor Leid und Schmerz über unsere gepeinigten Kinder. Die Taufpatin des Kubus, welche zum Begräbnis des Erzbischofs gefahren war und die ganze Nacht im Dome durchgesejessen hat, um nur am nächsten Tage das Begräbnis zu sehen, hörte dort in Posen, wie eine Dorffrau ihren Sohn an den Sarg des Erzbischofs führte und auf den Sarg deutend ihm folgendes sagte: „Gedenke, mein Sohn, daß er für Euch, für die polnischen Kinder gestorben ist!“ Ich habe geweint, als ich diese Worte hörte. Armer Erzbischof, dachte ich mir, er gab sich hier Mühe, er schrieb Briefe und Eingaben, er bat selbst den König, daß man unsere Kinder, wie früher, die Religion und das Gebet polnisch lehre; alles in den Wind! Und er ging jetzt zu einem anderen, besseren König, um Erbarmen für die polnischen Kinder zu bitten!

Nachdem ich etwas Gerümpel und Scherben, sowie ein Paar Stiefel für Kubus gekauft hatte, eilte ich nach Hause, denn dort sitzen jetzt zwei Arrest ab: der Kubus und die Ziege. Ich muß ihr doch etwas in den Stall hineinwerfen, bis der Kubus aus der Schule kommt und sie auf einen Augenblick ins Feld führt.

Bereits ein Stück im Walde holte ich Gretchen ein. Ich habe nicht erwartet, daß auch sie auf dem Jahrmarkt war. Natürlich gingen wir von hier ab zusammen. Es wurde über dies und jenes gesprochen, wie gewöhnlich wir Frauen es tun. Jede hat ihres Glends genug. Mit einem Male fragt mich Gretchen: — „Nun und was wird jetzt mit Deinem Kubus sein?“ — „Was soll sein! Der Zettel wurde endlich nach langen Weitläufigkeiten angenommen. Der Lehrer soll ihn einmal auf diese, einmal auf jene Seite umgedreht haben, er lächelte sonderbar schief und warf den Zettel zu anderen Losscheinen. Seit dieser Zeit sitzt der Kubus selbstredend Arrest ab und er wird in Religion gar nicht gefragt.“

— „Und was wird später sein?“

— „Weiß ich denn! Das weiß nur Gott allein! Doch ich denke mir so, Gretchen: Da es schon dazu gekommen ist, daß die Kinder nirgends im Religionsunterricht deutsch antworten, so ist es nicht unsere Schuld. Man jagt uns allerdings den Schreck ein, daß wir große Strafen zahlen werden, daß man uns die Unterstützungen für die Schulen entziehen werde, daß die Kinder länger, wie vorgegeschrieben, werden zur Schule gehen müssen. Aber wir können davor nicht erschrecken, selbst wenn es dazu käme, hierfür zu leiden.

Lieber Gott! Wie viel haben die Katholiken schon in der Welt gelitten! Es genügt, an das Leben unserer Heiligen zu erinnern, die zu Anfang der katholischen Kirche gelebt haben. Nachdem jetzt an uns die Reihe gekommen ist, so möge der Wille Gottes geschehen. Und andererseits denke ich mir, daß es wieder so schlimm nicht sein wird. Beginnen doch jetzt die Beratungen in Berlin. Es soll ja auch der König von den Manövern zurückgekehrt sein, und es sollen sich verschiedene ältere Herren zum Landtag eingefunden haben; man wird dort jedenfalls auch von uns sprechen. Zweifellos wird das erste, worüber man beraten wird, die Steuern sein, denn diese sind immer nötig; sei es zu Schiffen, Kanälen, fürs Militär oder für verschiedene Gebäude. Und sobald man damit in Ordnung kommt, dann kommt gewiß auch unsere Sache auf den Tisch. Die Deutschen werden sich bei dem Kaiser über uns beklagen, die

Unsrigen werden sich über die Deutschen beklagen. Es ist unmöglich, daß sich die Herzen der hohen Herren nicht rühren sollten, sobald eine ganze Nation wie mit einer Stimme sich zu beschweren und zu beklagen beginnt, und daß sie nicht sagen sollten: „Was wollt ihr von diesen Polen?“ Wenn sie polnisch beten, polnisch singen und Gott in polnischer Sprache loben wollen, so laßt sie dies doch tun, was schadet uns denn dies? Wenn sie nur ihre Steuern bezahlen, ihren Dienst gehörig tun, ruhige Staatsbürger sind, sich aufrichtig an die Arbeit machen und ordentlich sind, was soll man von ihnen dann noch mehr verlangen? Wenn ihr ihnen das gebet, was ihnen, als der polnischen Nation, zukommt, dann wird es auch stille werden. Und muß denn dem Staate nicht daran liegen, daß Ruhe im Lande herrscht? Es kann sich noch alles ändern.“

„Oh!“ meldete sich hierauf Gretchen, „wenn in Berlin alles so nach deinem Kopfe gehen würde, dann könnte es ja gut sein. Aber wenn sie sich dagegen sträuben und nicht nur die Sprache, sondern auch den Glauben aus der Schule werfen werden, was wird dann sein? dann werden die Kinder ohne Religion sein und würde denn dies gut sein?“

„Natürlich würde dies nicht gut sein, aber ich behaupte, daß auch dann die Kinder nicht ohne die heilige Religion zu bleiben brauchen. Zunächst haben wir noch Priester, die gewiß ihre Pflichten sorgsam beobachten und die Kinder um so eifriger in der heiligen Religion unterrichten werden. Und in zweiter Reihe — wozu ist denn das Haus und die Familie da? Wozu sind die Eltern da? Weißt du wie ich es jetzt mit dem Kubus machen werde? So wie ich es früher mit den älteren Kindern gemacht habe. Es kamen die längeren Abende heran, wie es jetzt im Advent während der Fastenzeit ist, da setzte ich mich ans Spinnrad, mein Alter nahm den Rechen, die Besen und seine landwirtschaftlichen Geräte vor und die Kinder setzten sich mit ihren Bibeln und Katechismen an den Tisch, da mußten sie wiederholen, lesen, der Reihe nach polnisch schreiben und den Katechismus auswendig herjagen. Und als dies fertig war, da kam hin und wieder einmal jemand aus der Nachbarschaft zu uns, mitunter versammelte sich eine ganze Schar und dann ging das Singen, Erzählen, das Rosenkranzbeten und mitunter auch unschuldiges Späsmachen los und die Zeit floss bei dem Unterricht und der angenehmen Zerstreuung dahin und ehe man sich versah, wurde es späte Nacht. Die Kinder hörten aufmerksam zu, sie freuten sich sogar auf solche Abende, und es war unmöglich sie zu veranlassen, früher schlafen zu gehen. Siehst du Gretchen, jetzt wird bei mir daselbe sein. Und wie es bei mir ist und sein wird, kann es dann nicht auch ebenso in jeder Hütte sein? Und kann denn dann der hl. Glaube gänzlich verloren gehen? Und dann will ich dir Gretchen noch etwas sagen. Wir müssen unbedingt zum Gebet greifen und zwar mit allem Ernst. Ohne Gottes Hilfe gelingen die gewöhnlichsten Sachen in der Welt nicht, und nun gar erst eine Sache, wie wir sie begonnen haben. Das ist kein Spaß, ein derartiger Kampf mit der Regierung und dazu mit was für einer Regierung!

Aber weißt du Gretchen, da sind wir fast im Dorfe — die Kirche ist bereits zu sehen! Ich muß bald auf meinen Fußsteig abbiegen und dich verabschieden. Doch muß ich dir zum Schluß noch eine Sache sagen. Meine Sorgen werden wohl niemals ein Ende haben. Wie du weißt, ist mein Mann aus Westfalen noch nicht zurückgekehrt, er hat gute Arbeit, darum sitzt er noch dort und wird wohl erst zu den Feiertagen erscheinen. Ich mußte ihm also durchaus noch einen Brief schreiben, weil er sehr neugierig war,

welches Ende die Sache mit Kubus genommen hat. Ich schrieb wie gewöhnlich und trage den Brief zur Post. Im Bureau war nur der Briefträger. Ich gebe ihm das Schreiben, er nimmt es, betrachtet es von allen Seiten, wie die Elster den Knochen, schließlich bläht er sich auf — Mojsche mach dich groß — wirft mir das Schreiben an das Fensterchen und sagt, daß es ungültig sei.

— Was, ungültig? Wie? Ich schreibe doch nicht zum ersten Male Briefe an meinen Mann. Stets wurden sie angenommen, warum denn heute nicht?

— Weil man deutsch schreiben muß.

Was! Deutsch? Mein Mann heißt doch polnisch, darum muß ich doch auch seinen Namen polnisch schreiben und was deutsch geschrieben sein soll, ist doch auch geschrieben. Steht denn dort nicht ausdrücklich „Herde-Westfalen“?

Auf diesen Streit tritt der Postbeamte selbst ins Bureau. Dieser nahm den Brief aus meinen Händen zurück, betrachtete ihn eine Weile, sagte dann: „Ist richtig!“ und verwahrte ihn im Schreibtisch. Wenn du gesehen hättest, welches Gesicht jener überkluge Briefträger da gemacht hat. Er hat sich trotzdem an mir gerächt, denn er sagte unter der Nase, doch so, daß ich es gehört habe: „Fauler Was oder Has.“ Was soll das bedeuten: Hase! — Ich weiß nicht recht! Siehst du, Gretchen, da ist mir wieder ein neuer Titel dazugekommen. In Berlin bin ich ein Kaninchen, auf der Post ein Hase, in der Schule nannte mich der Lehrer eine Gans, bei Jedko bin ich ein dummes Weib — nun lieber Gott, was bin ich denn bei dir? Deine ärmste Dienerin — und ich will eine solche gern bis ans Ende nach deinem hl. Willen bleiben!

Therese.

Aus Nr. 268 der Gazeta Polska (Kösten)

vom 24. Dezember 1906:

Die Bombe in Kösten.

Das Posener Tageblatt, dieser Posener Lügner, teilt unter dem 21. d. M. mit, daß in der Nacht von Montag zu Dienstag unter Benutzung eines mit Pulver gefüllten Geschirrs ein Attentat auf die für die streikenden Kinder in Kielezewo im Hause des Herrn Hirsch eingerichtete Schule ausgeführt wurde. Wir haben in dieser Angelegenheit Informationen eingeholt, deren Resultat folgendes ist:

Der Besitzer des Hauses, in welchem sich jene Straßschule befindet, behauptet, daß man auf das Fenster eine mit Pulver und Wolle gefüllte hölzerne Luftflinte, wie man sie in der Regel zum Flaschen verforfen braucht, hingelegt habe, daß aus Anlaß der Explosion sogar (!) die Scheibe im Fenster gesprungen und das Fenster zu brennen (!) begonnen habe, und daß eine große Anzahl angebrannter Streichhölzer und angebrannter Wolle gefunden worden sei. — Zunächst ist es eine Dummheit, zu behaupten, daß man an Ort und Stelle die Patronenwolle vorgefunden haben kann, weil sie im Handel nur sehr schwer zu haben ist, und weil weiter diese Wolle, einmal angesteckt, mit riesiger Geschwindigkeit brennt, sodaß der Verbrecher sie mit Streichhölzern nicht angesteckt haben kann, und weil schließlich, was die Hauptsache ist, die Polizei, darüber befragt, ob sie etwas über das Attentat wisse, antwortete: Die Leute erzählen davon, aber niemand hat jene Büchse gesehen, und uns ist absolut nichts bekannt.

Von den Bewohnern der Stadt weiß über den Vorfall niemand etwas. Zum mindesten müßten doch die Nachbarn etwas wissen, doch haben auch diese, wie unsererseits festgestellt wurde, das schreckliche Attentat erst durch den Posenener Hafatismus erfahren. Wir haben auch festgestellt, daß nicht die geringste Spur jenes Attentats vorhanden, auch nicht mal das Fenster beschädigt ist, daß schließlich die Gendarmen, welche Tag und Nacht die Schule bei Herrn Hirsch bewachen, nichts wissen. Aus alledem ergibt sich, daß entweder alles von A—Z erdacht ist oder, was sogar wahrscheinlicher ist, daß einer von den hiesigen Hafatisten die Komödie eingerichtet hat, um die Situation in Kosten in recht wichtigen Farben zu malen. Bekannt ist die Tatsache des Bestrebens der hiesigen Hafatisten, nach Kosten eine Garnison zu erhalten. Sie suchen nur den Vorwand, welcher ihre diesbezüglichen Forderungen begründen würde.

Weil nun bisher eine „Revolution“ hier nicht stattgefunden hat, haben sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach selbst Tatsachen erdacht, welche dafür zeugen sollen, daß die Situation ernst ist, so daß die Verteidiger in Uniform erforderlich sind. Wir haben stets die Kostener Bürger zur Ruhe und Besonnenheit aufgefordert, kühn und mutig sollen sie ihre Rechte verteidigen, doch dem Gegner nicht Mittel zu Refrimationen in die Hand geben. Wenn ungeachtet dessen der Posenener Hafatist der Gazeta Polska vorwirft, daß sie mit ihrer aufreizenden Arbeit Übergriffe solcher Art veranlaßt hat, so antworten wir ihm, daß nicht wir, sondern er und seine Genossen die Veranlasser der heutigen Verschärfung der Verhältnisse sind, und zwar mit ihren aufreizenden Denunziationen.

Aus Vorstehendem erhellt, daß er wiederum in gewöhnlicher Weise lügt. Kann die Behörde bei der Verbreitung solcher alarmierender, den einen und den anderen im höchsten Grade aufwiegelnden Unwahrheiten ruhig zusehen? Einmal muß man den Schreibern solcher Art doch den Maulkorb anbringen, um ihrer aufwiegelnden Arbeit einen Damm zu setzen.

Aus Nr. 73 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 16. Dezember 1906:

Ein Deutscher wünscht in den Strazverein einzutreten.

Die Politik der Hafatisten hat bei uns eine besondere Art von Leuten gezeitigt, welche bereit sind, für den lieben Groschen, für eine Stellung oder ein Stück Land ihre Nationalität zu verkaufen, d. h. sich aus einem Polen in einen Deutschen, oder umgekehrt zu verwandeln. Der Kauf von Polen kommt augenscheinlich öfter vor, wie dies die freiwilligen oder gezwungenen Namensänderungen der Renegaten beweisen — es ist doch für denjenigen, der Geld zur Verfügung hat, leichter zu kaufen, zumal die Neze gegen Polen schwachen Charakters ausgeworfen sind. Es kommen aber auch Fälle vor, daß auch Deutsche mit den Ostmarkenzulagen, dem Ostmarkencredit und den Schenkungen unzufrieden und bereit sind, zum Posse auf die Seite der verhassten Polen überzutreten. Wir danken jedenfalls verbindlichst für ein solches Geschäft. Wir beneiden die Hafatisten nicht wegen unserer Ausreißer und wünschen nicht, unsere Reihen mit ihren bisherigen „Landsleuten“ zu bereichern.

Interessant sind diese Blüten der hafatistischen Kultur, und ihr Geruch ruft eine derartige Verwirrung der Begriffe hervor, daß die „Interessenten“, welche den deutschen Ostmarkenverein mit einem gleichen Maße wie die polnische „Straz“ behandeln, was ihr

durchaus keine Ehre einbringt, uns z. B. solche Briefe schreiben:

Ł , 25. 11. 1906.

An
den Poln. Verein Straz
Posen.

Habe mich mit Nachfolgendem an Herrn von P in Ł gewandt, bin aber von Demselben an Ihnen verwandt worden. Da es mich schlecht geht und ich schon lange Zeit außer Stellung bin, habe mich an den gewandt mit der Bitte um eine Unterstützung, bin aber glatt abgewiesen worden. Ich habe mich daher fest entschlossen zum Polentum überzutreten, mit der Bedingung 1. wenn mich der Verein dazu verhelfen könnte und möchte, daß ich mir ein kleines Grundstück kaufen könnte, wo ich mir ernähren kann. Möchte es nach so und soviel Jahren gerne abzahlen, am liebsten wäre es mir, wenn möglich in der Ł Gegend, aber auch in einer andern. Bin katholisch, 37 Jahre alt, verheiratet und gelernter Brauer, bekomme aber keine Stellung, weil ich nicht so bemittelt bin, daß ich Kaution stellen kann und ich auch von keinem unterstützt werde. Es ist daher mein fester Wille, zum Polentum überzutreten, wenn mich die Herren von gleich unterstützen möchten.

Sollten jedoch die Herren mir nicht glauben schenken, wie's mich geht und daß es mein fester Wille ist, so mögen die Herren sich persönlich davon überzeugen.

Einer recht baldigen Antwort entgegen sehend!

Zeichne
Hochachtungsvoll
Paul Ł , Brauer.
Ł
M Str. Nr. 8.

Es wurden absichtlich einige grammatische und orthographische Fehler in diesem Briefe gelassen. Ohne nach diesem wertvollen Erwerb zu haschen, wurde dem Herrn Ł. der Rat erteilt, er möge sich als „Landsmann“ bei Herrn Pastor Rosenberg oder beim Oberpräsidenten melden, welcher reichliche Fonds zum Verteilen hat und nicht einmal vor der eigenen Gesamtheit Rechenschaft darüber abzulegen braucht. Die Straz erteilt überhaupt weder Unterstützungen noch Darlehen, sie muß obendrein von jedem Pfennig öffentlich Rechenschaft ablegen. Um aber den Herrn Ł. in seinen Bestrebungen nicht zu behindern, führen wir seinen Namen und die Drtschaft nicht an.

Aus Nr. 285 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 15. Dezember 1906:

Aufhebung einer gerichtlichen Verfügung.

Aus dem Bureau des Strazvereins erhalten wir Nachstehendes:

Zu Anfang November d. J. beschloß die Behörde auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Zwangserziehung, dem Herrn Swietlik aus Schrimm den Sohn zu nehmen. Herr Swietlik übergab die Sache dem Strazverein, und jetzt ist infolge Beschwerde des Vorsitzenden der rechtlich-politischen Sektion des Strazvereins durch Urteil des Landgerichts in Posen die Verfügung des Amtsgerichts aufgehoben. Der Vater kann mithin das natürliche Recht der elterlichen Erziehung weiter ausüben.

Aus Nr. 267 des Dziennik Kujawski (Hohensta) vom 21. November 1906:

Zu der Angelegenheit betreffend die von dem Briefträger Grünmann in Schildberg abgelehnte Unterstützung aus der Postkasse schreibt der Dziennik Kujawski unter Abdruck des diesbezüglichen Artikels der Gazeta Ostrowska:

Das ist ein echter Pole und Kämpfer, der sich für das Vaterland opfert. So möchten wir unsere Bürger sehen, von solchen hat auch unser unvergeßlicher großpolnischer Patriot Dr. Karl Marcinkowski geträumt, der selber ein Bürger war. Nicht im Geschäft und in der Liebe zum Gelde, sondern lediglich in der Arbeit, Hingebung und Opferwilligkeit für das Vaterland liegt das wahre unaufhörliche Verdienst für dieses. Nur niedere und niederträchtige Gesinnungen drücken sich vor der Arbeit der Hingebung und Opferwilligkeit für die allgemeine Sache mit irgendeiner dummen „Abhängigkeit“ und um sich nicht „bloßzustellen“. Unser, unter asiatischer Bedrückung stöhnendes Vaterland verlangt heute von seinen polnischen Söhnen und Töchtern Mut und Tapferkeit. Wer ihm mit diesen Tugenden nicht dient, ist ein widerwärtiger Egoist und ein ungeratenes Kind Polens.

Aus Nr. 50 der Pokraka (Posen) vom 16. Dezember 1906:

In Krone a. d. Brahe gibt es so viele polnische Geschäfte und trotzdem stopft ihr euren schwer verdienten Groschen mit Gewalt in die jüdische Tasche. Vor einigen Wochen waren wir Zeugen eines hübschen Umzuges, der einer photographischen Aufnahme wert war. Ein gewisser Besitzer aus der Umgegend marschierte mit seinen zwei verheirateten Schwestern unter Anführung des Aron zum Abraham nach Waren. — Ein hiesiger Industrieller (in Holz) kauft prinzipiell alle Waren nur bei Juden ein, aber er verlangt seinerseits, daß ihn die „Scinigen“ unterstützen. — Ist das gerecht? . . .

Die Herren Bauunternehmer, Maurer- und Zimmermeister werden auf die polnischen Anwälte aufmerksam gemacht, insbesondere wenn in ihren (d. h. jener Herren Bauunternehmer) Häusern keine Juden wohnen.

Die Hakatisten scheinen uns noch zu wenig zu peitschen, denn eine gewisse Hausfrau aus Lowencin z. B. meidet den Landsmann-Fleischer und unterstützt den Hakatisten.

Die Herren Landwirte aus Mickorzewo und namentlich diejenigen, welche ihre Töchter verheiraten mögen bei Einkauf der Aussteuer der polnischen Geschäfte denken.

Der Posener Sokol hat die Installationsarbeiten, d. h. das Legen der Wasserleitung, Klempnerarbeiten usw., einem Deutschen, welcher kein Wort polnisch versteht, übertragen. Werden auch jetzt noch die Hakatisten sagen, daß der Sokol „feindlich gegenüber dem Deutschtum gesinnt“ ist? Haben wir doch eine ganze Masse polnische Installateure und Handwerker.

Aus Nr. 280 des Lech (Gnesen) vom 11. Dezember 1906:

Ein Paradies für die Lehrer

eröffnete sich in unserem polnischen Landesteil. Sie beziehen klozige Ostmarkenzulagen und außerdem erhalten sie für den Arrest 1 Mk. für die Stunde, in manchen Ortschaften sogar angeblich bis 3 Mk.

Die Regierung schickt den Gemeinden sogenannte Straßlehrer, um sie durch Vergrößerung der Abgaben zu bestrafen. Es fehlt jedoch an solchen Herren, deshalb wurden aus dem Seminar in Paradies 38 Kandidaten, die erst Ostern das Examen ablegen sollten, entlassen. Auch im Seminar zu Rawitsch soll das Examen beschleunigt werden, damit die jungen Helden Vorbeeren auf dem Felde der Ehre sammeln können, wo den Gegenstand des Kampfes die armen polnischen Kinder bilden.

Aus Nr. 280 des Lech (Gnesen) vom 11. Dezember 1906:

Traurig haben sich

die Wirte in einer Ortschaft benommen, die ich nicht gleich nennen will. Ihre Kinder fingen an zu streifen, als aber der Regierungsrat Herr Waschow aus Bromberg kam und ihnen schön zu predigen anfing, unterschrieben alle, was er nur wünschte. Später bejammern sie sich und erklärten, daß sie ihre Unterschriften zurückziehen, aber die Neue kam zu spät.

Aus Nr. 280 des Lech (Gnesen) vom 11. Dezember 1906:

Berichtigung.

Die Königliche Regierung zu Bromberg schickt uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes folgende Berichtigung:

Die Nachricht in Nr. 246 des Lech vom 28. Oktober 1906, daß in Kijzkowo ein Schulkind infolge des Arrestes in der Schule vor Ermüdung ohnmächtig geworden sei, ist unwahr.

Sch e c h e.

Die Regierung fordert, daß wir diese Berichtigung in deutscher Sprache wiedergeben. Diesem Wunsche können wir jedoch nicht folgen. Übrigens gibt das Preßgesetz der Regierung keine Berechtigung zu solcher Forderung. Polnisch haben wir jene Nachricht gebracht, und polnisch berichtigen wir sie auch. Freiwillig werden wir unsere Zeitung nicht germanisieren.

Aus Nr. 283 des Lech (Gnesen) vom 13. Dezember 1906:

Aus Sokolowo, Niepruzewo, Lufowo und Alt-Golembin teilt man uns mit, daß dort der Schulstreik ausgebrochen sei und daß sich die Kinder mutig zeigen.

Aus Nr. 283 des Lech (Gnesen) vom 13. Dezember 1906:

Anstatt dich zu belohnen, hat man dich mit dem Stock geschlagen. — Undank ist der Welt Lohn! Aus Galenzewo teilt man uns mit, daß sich der gewesene

Gemeindevorsteher Psuty, welchen der Landrat wegen der Teilnahme seiner Kinder am Religionsstreife seines Amtes enthoben hat — schon wieder „befehrt“ habe. Er befahl seinen Kindern, im Religionsunterrichte deutsch zu antworten, und ging zum Landrat mit der Bitte, ihm seine Würde als Gemeindevorsteher wieder zu geben. Der Landrat aber erklärte, daß dies nur dann geschehen könne, wenn die Hälfte der Kinder im Religionsunterrichte deutsch antworten werde. Augenscheinlich kann dafür Herr Psuty nicht bürgen, und seine Nachgiebigkeit erwies sich fruchtlos. In der Umgegend war man anfangs über diese Nachgiebigkeit des Herrn Psuty betrübt, aber jetzt lacht man ihn nur aus, daß ihm der Landrat einen solchen Poffen gespielt hat.

Aus Nr. 146 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 13. Dezember 1906:

Adelnan.

Herr Inspektor Gruhn von hier sandte den Schuldiener Jasemski in die armen polnischen Häuser mit der Neuigkeit, daß die Kinder hübsche und kostbare Weihnachtsgeschenke von Herrn G. zugesandt erhalten würden, wenn sie dem deutschen Religionsunterrichte beitreten würden. Es ließ sich jedoch niemand irre führen, und den Boten hat man überall mit gehörigen Worten hinausgeworfen. Die arme Arbeiterin Eufryn hat sogar erklärt, daß, wenn man ihr auch tausend Taler versprechen sollte, sie doch nicht ihren Kindern erlauben würde, am deutschen Religionsunterrichte teilzunehmen.

Aus Nr. 284 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 13. Dezember 1906:

Aus Bromberg schreibt man den deutschen Zeitungen, daß durch die Verordnung des Landrats des Kreises Bromberg — wonach in allen Ortschaften, in welchen die Kinder am Religionsstreif teilnehmen, die Restaurationen schon um 8 Uhr abends geschlossen werden sollten — auch Besitzer der deutschen Lokale betroffen wurden, welche den Herrn Landrat baten, mit ihnen eine Ausnahme zu machen und es bei der bisherigen Polizeistunde zu belassen. Darauf erwiderte der Herr Landrat, daß er gerade deshalb auch für sie das Verbot in Anwendung gebracht habe, weil sie als Deutsche gegenüber den Polen keine genügend feindliche Gesinnung zutage legten. In der am Sonnabend stattgefundenen Versammlung des Vereins der Gastwirte für den Regierungsbezirk Bromberg hat man beschlossen, eine Deputation zu wählen, welche sich nach Berlin begeben soll, um dem Minister eine Beschwerde über den Herrn Landrat mündlich vorzutragen.

Aus Nr. 283 des Lech (Gnesen)
vom 13. Dezember 1906:

Zu Weihnachten

empfehlen wir unseren geehrten Lesern alle diejenigen polnischen Kaufleute zu beachten, welche ihre Waren im Lech annoncieren.

Auf der ganzen Linie wird gegen das polnische Element gekämpft. Unsere armen Kinder leiden bereits von Jugend an unter dem Drucke des preussischen Systems — der polnische Kaufmann und Industrielle werden boykottiert — unsere Arbeiter werden von der Behörde entlassen, weil ihre Kinder die Muttersprache

im Religionsunterrichte verteidigen — Schullasten fallen über uns zur Strafe, weil wir uns gegen den Gebrauch der deutschen Sprache im Religionsunterrichte im Sinne des letzten Hirtenbriefes des verstorbenen Erzbischofs Dr. von Stablewski wehren — mit einem Worte: überall, wo man nur hinblickt, gibts Bedrückung und Betrübnis unter den Polen, während inmitten unserer Gegner Frohsinn und Triumph herrschen.

In einer solchen Lage ist jeder Pole verpflichtet, sein Geld zu einem polnischen Kaufmann und Industriellen hinzutragen, um diesen vor der Vernichtung zu retten, welche ihm das gewaltige preussische System zu bereiten begehrt.

Mögen die polnischen Kaufleute und Industriellen ihre Waren in polnischen Zeitungen annoncieren, damit unser Volk wisse, wo es die Waren suchen und kaufen kann; denn im anderen Falle werden wir unser Lösungswort „Jeder zu den Seinen“ niemals erfolgreich durchsetzen.

Aus Nr. 284 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 14. Dezember 1906:

Kielezewo.

Die Erbitterung unter der polnischen Bevölkerung hat jedenfalls den Höhepunkt erreicht, wenn schon hier und dort Fälle vorkommen, daß sich jemand hinzureißen erlaubt und sich selbst Gerechtigkeit verschaffen will. Von einem solche Vorfalle teilt man uns aus Kielezewo mit. Eine gewisse Mutter, deren Sohn in der Schule körperlich bestraft wurde — und zwar hat er wahrscheinlich die Prügel wegen seines Ungehorsams gegen den Lehrer redlich verdient — stürzte mit ihrem erwachsenen Sohn in die Schule ein und bereitete dort dem Lehrer eine Szene. Als der Schulinspektor, der gerade zufällig auf dem Hofe war, diesen Skandal hörte, kam er in die Klasse, war dort Augenzeuge des Vorganges und stellte deshalb gegen die Mutter und deren Sohn beim Staatsanwalt Strafantrag. In der vergangenen Woche hatten beide beim Distrikts-Kommissar Verhör — und in kurzer Zeit wird ihnen auch wahrscheinlich die Strafanzeige vom Staatsanwalt zugestellt werden, welche wohl für sie höchst traurig enden wird.

Wir brauchen nicht zuzugeben, daß wir ein solches Verfahren am schärfsten verdammen; solche unüberlegten Schritte — obgleich sie mit dem gegenwärtigen Kampfe um die Religion nichts Gemeinsames haben — schaden bloß der Sache.

Deshalb rufen wir auch: **Bewahrt Überlegung und kaltes Blut!**

Aus Nr. 282 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 11. Dezember 1906:

Die Gleichberechtigung in Preußen.

Wir haben schon mitgeteilt, daß der Herr Oberpräsident von Waldow dem hiesigen „Frauen-Verein des heiligen Vinzent a Paulo“ die Erlaubnis zum Einsammeln der zwecks Veranstaltung einer Weihnachtsbescherung für Waisen und für Kinder armer Eltern gespendeten Beiträge verweigert hat. Unterdessen erzählten wir, daß Herr von Waldow dem hiesigen protestantisch-deutschen „Vaterländischen Frauenvereine“ die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Pfand-Lotterie zu demselben Zwecke erteilt hat, und das Kaufen der Lose dieser Lotterie wird sogar in den Schulen empfohlen.

So sieht in Wirklichkeit die Gleichberechtigung der Polen in Preußen aus. Wie wir es einerseits erwarten, daß kein seine Volkswürde ehrender Pole solche Lose kaufen wird, so werden wir andererseits durch eine öffentliche Opferwilligkeit für diese unglücklichen polnischen Kinder zeigen, daß letzteren unsere Gesamttheit ohne jegliche preußische Gnade eine solche reichliche Weihnachtsbescherung veranstalten wird, wie sie sie in anderen Jahren nicht hatten. Mag dies eine passende Antwort auf die preußische Verfolgung sein.

Aus Nr. 283 des Lech (Gnesen)
vom 13. Dezember 1906:

Aus Wronczyn bei Budewitz.

Wie sehr unsere Bursenfreunde über die Polen verbittert sind, mag die nachstehende Tatsache zeigen:

Sogar da, wo es ihnen unmöglich ist, die Oberhand zu gewinnen, wollen sie mit ihrem Einfluß und sogar mit ihrer Übermacht ihre Absichten durchführen.

In Wronczyn, wo sich doch der katholische Schulvorstand und die Schul-Repräsentanten — mit Ausnahme eines Deutschen in der Person des Kreis-Schulinspektors Westphal in Budewitz, welcher doch durch Verfügung der königlichen Regierung in jedem Schulverbande zum Schulvorstande gehört — ausschließlich nur aus Polen zusammensetzen, waren im Herbst d. J. Reparaturen im Schulgebäude nötig, wobei Töpfer und Maler zu tun hatten. (Es wird bemerkt, daß der erwähnte Kreisschulinspektor bemüht war, sich das Recht zum Vergeben dieser Arbeiten anzueignen.)

Weil in Budewitz kein deutscher Töpfermeister vorhanden ist, wurde ohne weiteres die Töpferarbeit einem Polen übergeben; doch bezüglich der Malerarbeit bemühte sich der oben erwähnte Herr anders zu verfahren. In Budewitz wohnen 2 polnische und 2 deutsche Maler. Einer der deutschen Maler ist erst vor kurzer Zeit in Budewitz zugezogen und ebenfalls unlängst erst ein Deutscher geworden; denn früher hatte er den prächtigen Namen „Przepyszny“, und jetzt führt er den mehr kulturellen Namen „Hirt“. Diesem Herrn „Hirt“ wollte nun der Herr Kreis-Schulinspektor durchaus die Arbeit übergeben, aber der Schulvorstand und die Repräsentanten, und besonders Herr Dr. von Jackowski, der Besitzer von Wronczyn, als Vorsitzender des Schulvorstandes — durchkreuzten diese Bemühungen mit folgender Begründung: Es ist eine polnisch-katholische Schule und deshalb hat in ihr ein polnisch-katholischer Handwerker zu arbeiten, um so mehr, als er bedeutend billiger ist wie der Fremde und dabei in Budewitz und in der Umgegend eine mehr denn 20jährige Praxis hinter sich hat und weil ihm nichts vorzuwerfen ist; dagegen ist uns der Maler, den uns der Herr Schulinspektor mit aller Gewalt aufdrängt, näher nicht bekannt. Nach diesem hartnäckigen Kampfe wurden die Malerarbeiten dem hier und in der Umgegend gut bekannten Maler Herrn Kusnierkiewicz aus Budewitz übertragen.

Als der Herr Kreis-Schulinspektor so erbittert gegen den Herrn Kusnierkiewicz auftrat, fragte ihn Herr Dr. von Jackowski: „Herr Kreis-Schulinspektor, was haben Sie denn gegen den Herrn Kusnierkiewicz als Menschen?“ (Man muß es wissen, daß sich im vergangenen Jahre nach der Straz-Verammlung in Budewitz, wo doch unter anderen auch der Name des Herrn Kusnierkiewicz auf den angeklebten Straßenplakaten Aufsehen erregte — auch die Unterschrift des oben erwähnten Herrn Kreis-Schulinspektors befand.) Herr Schulinspektor gab eine ausweichende Antwort,

so daß man den Grund seiner Abneigung gegen den Herrn Kusnierkiewicz sogleich nicht konstatieren konnte. Aber was dabei die größte Beachtung verdient, ist dies:

Als der Herr Kreis-Schulinspektor vorher beinahe schon ganz sicher war, daß er sein Projekt mit jenem Maler Hirt wird durchführen können, sagte er zu dem Ortslehrer: „Lassen Sie den Maler Kusnierkiewicz zwecks Malens unter keiner Bedingung in Ihre Wohnung — überhaupt nicht in die Schule.“ Als jedoch der Schulvorstand mit der Repräsentation zugunsten des Herrn Kusnierkiewicz entschied, wandte sich jener Herr Kreis-Schulinspektor an den Lehrer und sagte bescheiden: „Mein vorheriges, den Maler Kusnierkiewicz betreffendes Verbot hebe ich auf.“

Ein Mitglied des Schulvorstandes
der katholischen Schule zu Wronczyn.

Aus Nr. 285 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 14. Dezember 1906:

Aus dem Gebiete des Schulkampfes.

Aus Szadlowice schreibt man uns:

Eine gewisse Eisenbahn-Beamtenwitwe, deren Kinder mit anderen ebenfalls streifen, stellte bei der Eisenbahn-Direktion einen Antrag um Erteilung einer Unterstützung zu Weihnachten, weil sie mit der empfangenen Pension (sie erhält monatlich 14 M. und hat fünf kleine Kinder zu versorgen) nicht auskommen kann. Auf diesen Antrag kam an den Lehrer Herrn Sch. eine Anfrage, ob die Kinder der erwähnten Witwe ebenfalls am Schulkreis teilnehmen. Herr Sch. rief die Frau zu sich, ermahnte sie in verschiedener Weise, vom Streik abzulassen und versprach ihr unter anderem eine Unterstützung von sogar 30 M. Aber die treffliche Mutter antwortete: „Ich will mich mit meinen Kindern in den Feiertagen lieber ohne alles behelfen, als daß ich für die elenden Silbergroschen meine Kinder verkaufen sollte.“ Als nun der Herr Sch. sah, daß er nichts ausrichten wird, fing er mit Drohungen an, indem er sagte, daß man ihr die Pension abnehmen werde, daß ihre Knaben bis zum 17. Jahre in die Schule werden gehen müssen usw. Aber die Frau antwortete mit einer bestimmten Resignation: „Es geschehe der Wille Gottes; ich kann von meinem Vorsatze nicht abgehen!“ — Ehre sei ihr dafür, und der barmherzige Gott, der ihr bis jetzt geholfen hat, wird ihr auch fernerhin helfen.

Aus Nr. 285 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 15. Dezember 1906:

Aus dem Gebiete des Kampfes.

Der Kampf um den polnischen Religionsunterricht im preußischen Anteile hat aufgehört, eine Lokalfrage zu sein, als welche sie die preußische Regierung ansehen möchte; sie ist vielmehr, wie es sich gehörte, eine große politische Frage geworden.

Die polnischen Abgeordneten brachten im Wiener Landtage in der Budgetkommission der österreichischen Delegation eine Interpellation ein.

Eingebracht wurde sie von dem Abgeordneten Wladimir Rozowski in der Antwort auf das Exposé des neuen Ministers des Auswärtigen Amtes, und in allen zivilisierten Ländern erheben sich die Stimmen der Tagesblätter aus Anlaß des offenen Briefes an Kaiser Wilhelm, welcher von dem Manne verfaßt worden ist, der heute in Polen den größten Namen besitzt.

Das ganze polnische Volk hat mittelbar an diesem Kampfe teilgenommen, und es tat solches in dem Empfinden, daß dies ein entscheidender Kampf sei, ein Kampf ums Leben, in dem man nicht erliegen darf.

Für diesen Kampf interessiert man sich in der Fremde, nach Posen kommen aus dem Westen Korrespondenten, um sich die Episoden des Kampfes näher anzusehen. Dieses Interesse hat insbesondere nur das Verhalten der preussischen Regierung erweckt, nicht der Inhalt des Kampfes selbst: denn ein Fremdling wird niemals instande sein, die Bedeutung zu verstehen, die für einen Polen das polnische Gebet hat.

In keinem Lande ist die Religion so mit der Nationalität verwachsen, **die katholische Religion ist für unser Volk zur polnischen Religion geworden. Das Volk kann und will die Religion von der Nationalität nicht trennen**, und wenn das Band zwischen diesen beiden durch die Übermacht zerrissen wird, dann geht entweder der Katholizismus oder das Polentum verloren, dann wird das eine und das andere in den tiefsten, durch die Tradition gefestigten moralischen Grundfesten erschüttert.

Unsere Landsleute verstehen es, daß der Kampf um das Gebet von allen Kämpfen um das Polentum der wichtigste ist, daß ein Unterliegen in ihm ein Übergeben des nationalen Kapitols in die Hände der Feinde wäre. Und deshalb kämpfen sie mit einem solchen Widerstande. Diesen Kampf nennt man so überaus häufig den Kampf der Kinder — hier kämpft das gereifte Volk, es kämpfen die Eltern, und die Kinder tun vor allem das, was sie tun sollen, d. i. sie gehorchen den Eltern.

Das polnische Volk fühlt es, daß, wenn es seinen Kindern das polnische Gebet nicht so überliefert, wie es dasselbe von seinen Vätern erhalten hat, ihm alles verloren geht, was ihm im Leben am heiligsten ist.

Wenn die Deutschen diesen Kampf angefangen haben, so ist es deshalb geschehen, weil sie in ihrer materialisierten Konzeption des Lebens und der Ethik nicht fähig sind, die Bedeutung zu empfinden, welche diese Sache für die Polen hat, weil sie nicht vorausschauen vermögen, zu welchen Opfern in dem Kampfe diese Sache die Polen zu erwecken instande ist.

Sie werden die Bedeutung dieses Kampfes erst dann verstehen, wenn sie alle Kräfte des polnischen Volkes gegen sich gewappnet sehen werden, wenn die ganze rechtschaffene Meinung der ganzen zivilisierten Welt gegen sie gerichtet sein wird, wenn sie der in dieser Sache unerschütterlichen ihren Absichten feindlichen Stellungnahme des Apostolischen Stuhles begegnen werden.

Und deshalb läßt das polnische Volk in diesem Kampfe auch nicht einen Augenblick nach, niemand läßt von ihm die Hände ab, wer an ihm nur erfolgreichen Anteil nehmen kann.

Aus Nr. 284 des Lech (Gnesen)
vom 15. Dezember 1906:

Die Berichtigung in deutscher Sprache.

Die königlichen Regierungen senden in der letzten Zeit den polnischen Blättern zahlreiche Berichtigungen auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Presse zu und fordern, diese in deutscher Sprache zu veröffentlichen. Dieser Forderung kamen bis jetzt alle polnischen Zeitungen nach. Wir wundern uns sehr darüber, denn der § 11 enthält mit Beziehung auf die Sprache, in welcher die Berichtigung statzufinden hat, nicht ein Wort. Er schreibt nur vor, daß die Zeitung verpflichtet ist, die Tatsachen zu berichtigen „ohne Weglassung und ohne Einschaltungen“....

Weil das Preßgesetz nichts von der Sprache sagt, in welcher die Berichtigung veröffentlicht werden soll, kann man wohl annehmen, daß solches in der Sprache geschehen kann, in der das Blatt erscheint. Der Forderung der Regierung fehlt somit die rechtliche Grundlage und wir werden auch in Zukunft die amtlichen Berichtigungen nur in polnischer Sprache veröffentlichen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 148 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. Dezember 1906:

Petitionen

in der Angelegenheit des polnischen Religionsunterrichts haben ferner folgende Ortschaften abgeschickt:

B. An den Hochwürdigsten Bischof Dr. Rosentreter.

Posen und Marienfeld, Kreis	
Bromberg-Ost	39 Unterschriften,
Kulowa Guta, Kr. Karthaus ..	38 "
Strzezyn, " " ..	54 "
Gorna Brodnica, " " ..	80 "
Szurki, " " ..	24 "
Wonglkowice und Czarlna, Kr.	
Verent	53 "
Lubichowo, Kreis Stargard....	105 "
Zielonka, Kreis Schwetz.....	75 "
Bierzglowo, Kreis Thorn	30 "
Pruszez, Kreis Tuchel	68 "
Aus 604 Ortschaften vorher	30 687 "

Zusammen bisher... 31 253 Unterschriften.

Auf zahlreiche Anfragen in bezug auf die Petitionen aus dem Großherzogtum Posen wiederholen wir, daß dieselben zu Händen des Hochwürdigsten Herrn Bischofs Dr. Sikowski in Posen abzugeben sind. Zugleich möge jede Ortschaft Proteste an den Kultusminister Städt in Berlin gegen die Aufdrängung des deutschen Katechismus, der deutschen Kirchenlieder und des deutschen Gebets richten. Es ist die höchste Zeit, um seine Elternrechte einzukommen.

Mögen also alle polnischen Familienväter die Petitionen möglichst bald anfertigen und sie sofort mit den Unterschriften den Bischöfen überreichen.

Aus Nr. 149 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 13. Dezember 1906:

Petitionen

in der Angelegenheit des polnischen Religionsunterrichts haben ferner folgende Ortschaften abgeschickt:

A. An den Hochwürdigsten Erzbischof Dr. Stabilewski.

Rijzewo, Kreis Dobornik	13 Unterschriften,
Rionzenice, Kreis Schildberg ..	37 "
Aus 513 Ortschaften vorher	26 710 "

Zusammen bisher... 26 760 Unterschriften.

B. An den Hochwürdigsten Bischof Dr. Rosentreter.

Ruda adlig, Kreis Kulm	18 Unterschriften,
Konarzyny, Kreis Schlochau ...	26 "
Microslaw, " " ..	56 "
Dietno, Kreis Löbau	38 "
Ditajzewo, Kreis Löbau	97 "
Kaliska, Kreis Stargard	50 "
Kalko, Kreis Stolp (Pommern).	197 "
Aus 616 Ortschaften vorher	31 253 "

Zusammen bisher... 31 735 Unterschriften.

Man schreibt uns auch von der Absendung einer Petition aus Sannicki (?) Hauand, Kreis Posen-Ost; die Zahl der Unterschriften ist jedoch nicht angegeben. — Es ist die höchste Zeit, daß alle Ortschaften um ihre Rechte vorstellig werden.

Mögen also alle polnischen Väter die Petitionen so schnell als möglich anfertigen und sie den Hochwürdigsten Bischöfen überreichen!

Aus Nr. 153 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 22. Dezember 1906:

In Sachen des polnischen Religionsunterrichts

sind bisher an den Bischof Rosentreter in Pselplin Petitionen aus 673 Ortschaften mit 33 083 Unterschriften abgesandt worden.

Aus Nr. 274 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 29. November 1906:

Wieviel Slaven leben auf der Welt?

Sehr oft finden wir in der Presse Artikel, in welcher sich die Verfasser mit der Frage der Zukunft Europas beschäftigen. Wird Europa in der Zukunft romanisch, germanisch oder gar slavisch sein? Die Antwort kann nur eine zweifache sein: entweder wird Europa germanisch oder slavisch sein, d. h. es werden entweder die Germanen oder die Slaven in Europa vorangehen. Der romanische Stamm (Franzosen, Spanier und Italiener) ist nämlich ziffermäßig der kleinste, nach ihm kommt der germanische. Der größte ist der slavische Volksstamm, welcher in Europa 136 Millionen zählt, und zwar 90 Millionen Russen, 20 Millionen Polen, 9½ Millionen Tschechen, annähernd 9 Millionen Serben und Kroaten, 4 Millionen 850 Tausend Bulgaren, 1 Million 450 Tausend Slowaken und 156 Tausend rumänische Serben. Aus dieser ziffermäßigen Statistik würden sich ergeben, daß die Herrschaft in Europa den Slaven zukomme. Ob dem so sein wird, wird die Zukunft ergeben.

Es wird so sein! Der romanische Stamm wurde mächtig, erklomm den Gipfel, zerfiel, so mächtig geworden, aber wieder und schwindet. Der germanische Stamm ist aus dem Schutte des romanischen Stammes herausgewachsen und hat bis zur heutigen Zeit die höchste Stufe erreicht.

Es blieb also noch der slavische Stamm, welcher sich aus den allseitigen Einschränkungen herausarbeitet, sich in der Welt umzusetzen beginnt und zu der Überzeugung kommt, daß die Zukunft ihm gehört. Ungeachtet der Bedrückung und der ihm in verschiedenster Form durch den germanischen Stamm auferlegten Fesseln drängt er sich zu neuem Leben durch, zerrt an den Fesseln und ebnet sich in jugendlicher Begeisterung selbst den Weg zur Freiheit und Unabhängigkeit.

Aus Nr. 142 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 1. Dezember 1906:

Der verstorbene Erzbischof von Stablewski im Traum.

Das Deutschtum hat uns unseren unvergeßlichen Erzbischof von Stablewski gemordet. Man höre, wie der Verstorbene klagt: Er schreibt in seinem letzten Hirtenbriefe, in welchem er die Eltern auffordert, ihre Kinder das polnische Gebet und die polnische Religion zu lehren, folgendermaßen:

„Inmitten der schweren Leiden der mir durch Gottes unerforschlichen Ratschluß geschickten Krankheit haben mich am meisten eure Tränen und Bitten geschnitten, die ich zu lindern nicht im Stande war. In schlaflosen Nächten habe ich stets nach den Mitteln gesucht zur Linderung und Besserung der seelischen Schäden, die eure Kinder ertragen müssen.“

Der Deputation Kujawischer Bürger, welche der Verstorbene in der Angelegenheit des polnischen Religionsunterrichts empfangen hatte, sagte er:

„Hier handelt es sich nicht um weltliche Rücksichten, sondern allein um die Kirche, um den Glauben und das Seelenheil. Wenn ich die erforderliche Änderung mit meinem Leben erkaufen könnte, würde ich dieses gern vollends opfern, so wie ich die bisherige Verteidigung nur mit Kräften meiner Gesundheit und mit Herzenskummer erkaufen habe.“

Liebe Brüder! Mögen diese Schmerzen und Leiden, welche unseren geliebten Erzbischof an den Tod gebracht haben, möge das Testament, welches er uns hinterlassen hat in der Gestalt seines letzten Hirtenbriefes für uns sein teuerstes Vermächtnis sein! Er ist aus Liebe zu uns gestorben, entgelten wir es ihm, indem wir in gleicher Weise das polnische Gebet und die polnische Religion lieben. Kämpfen wir für diese teuersten Schätze bis zum letzten Atemzuge, wie auch der Verstorbene um sie gekämpft hat.

Es folgt jetzt eine Gegenüberstellung der Äußerungen der Köln. Volkszeitung und der Germania in Bezug auf die Neubesezung des erzbischöflichen Stuhls in Posen.

Dann schreibt die Gazeta Odanska weiter: Das Zentrum wünscht also einen polnischen Erzbischof. Wir können stolz darauf sein, daß wir mit unserer polnischen Macht diese behördlichen Heuchler, die uns ebenfalls am liebsten wie Schaßböcke auf die Schlachtbank des Deutschtums ausliefern würden, zur Einsicht gebracht haben. Sie sehen, daß mit uns nichts zu machen ist, deshalb gönnen sie uns den polnischen Erzbischof; aber nicht aus Liebe zu uns tun sie das, sondern weil wir nach ihrer Auffassung unter der Leitung eines deutschen Erzbischofs noch härtere Polen werden würden.

Die Regierung wird aber höchstwahrscheinlich diesmal den Rat des Zentrums nicht befolgen. Möglicherweise würde sie es gestatten, uns einen polnischen Erzbischof zu geben, weil sie sieht, daß mit uns nicht fertig zu werden ist; aber sie schämt sich, so plötzlich ihre hatatistische Politik zu verwerfen. Der Kanzler und die Minister nagen gewiß an den Fingern in der Verzweiflung, daß die hatatistischen Schaßböcke sie mit ihrer antipolnischen Politik auf den Sumpf getrieben haben, in dem diese ganze Politik ersäuft aber augenblicklich werden sie nicht umkehren und schließlich sind sie schon zu sehr verblendet, als daß sie noch ein verständigen Blick wiedererlangen könnten. Halten wir uns nur wie bisher, so werden wir zusammen mit unseren Kindern uns eine bessere Zukunft erkämpfen.

Aus Nr. 148 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. Dezember 1906.

Aus **Zalafowo**, Kreis Karthaus, teilt uns unser Korrespondent mit:

Vor einigen Tagen fanden die Wahlen zum Kreistage in Gowidlin statt, aber sie fielen traurig aus, da, obwohl 7 polnische und nur 2 deutsche Wahlmänner vorhanden waren, zum Deputierten ein Deutsch-Hatatist gewählt wurde. Jener Deutsche, der die polnischen Sitten genau kennt, gab zwei Faß Bier zum Besten, und für das Bier wurde er Deputierter. — Es ist Zeit, daß das nationale Bewußtsein bei den Wählern erwache.

Aus Nr. 146 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 11. Dezember 1906.

Die Hafatisten beabsichtigen, die Polen zu enteignen.

Das Blatt teilt mit, daß schon nach einer früheren Mitteilung die Regierung beabsichtigte, ein Gesetz vorzulegen, nachdem das Zwangsenteignungsverfahren gegen die Polen gestattet werden soll. Es beruft sich auf eine Mitteilung des Vorwärts, der die Nachricht bestätigt und sich scharf gegen solche Gewaltmaßregeln ausspricht. Das Blatt fährt fort:

So also schreibt der Vorwärts. Im Januar werden die Beratungen im Abgeordnetenhaus beginnen. Wir werden uns dann überzeugen, ob die preußische Regierung wirklich den Mut haben wird, ein Gesetz zur Beratung vorzulegen, nach dem man die Polen gewaltsam enteignen könne, oder ihnen den Kauf von Boden verwehren könne.

Möge sie es tun, wir können es der preußischen Regierung nicht verbieten. Sie hat augenscheinlich vergessen, daß die Welt vom ewigen Geheiß Gottes regiert wird, und „Gottes Mühlen mahlen langsam, aber mahlen trefflich fein.“ Der Finger Gottes hat bereits die preußischen Germanisatoren in dem Streif der polnischen Schulkinder berührt, er wird sie noch schlimmer berühren, und vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, da die ganze gegenwärtige ungerechte Politik gegen die Polen zusammenstürzen wird, wie ein Haus aus Pappe.

Aus Nr. 284 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 12. Dezember 1906:

Was sagte der Jude Cremieux?

Fragen wir zuerst: Wer war Cremieux? Das war ein hervorragender Politiker, Redakteur und französischer Staatsmann; zweimal war er Justizminister. Von Geburt war er Jude und ein eifriger Kämpfer für die jüdische Sache; um das Wohl seiner Glaubensgenossen hatte er unsterbliche Verdienste. Er war nämlich der Begründer der berühmten und für die Juden so wohlthätigen „Alliance israélite“, er war ihr langjähriger Präsident und ihr Förderer.

Dieser große Politiker, Staatsmann und jüdische Kämpfer sagte zu seinen Glaubensgenossen folgende Worte:

Achten wir nicht auf Vermögen, nicht auf Würden; wenn wir die Zeitungen besitzen werden, werden wir alles besitzen.

Die Juden hörten auf die Worte ihres großen Führers und spannten alle ihre Kräfte an, um die Zeitungen in ihre Gewalt zu bringen. So herrschen sie auch in der ganzen Welt. Und was haben sie daraus für einen Nutzen? Sie haben die öffentliche Meinung für sich gewonnen, und wer diese für sich gewinnt, der besitzt alles. Es erfüllten sich die prophetischen Worte des Herrn Cremieux. Als die Juden die Zeitungen besaßen, erwarben sie ungeheure Vermögen, erhielten Würden und, was damit zusammenhängt, die Macht. Ohne Juden geschieht heutzutage fast nichts mehr in der Welt, ohne sie müßte eine ganze Reihe von Staaten den Bankrott erklären. So ist die Macht der Juden, die sie durch die Zeitungen gewonnen haben.

Landsleute! Behaltet die Worte des Herrn Cremieux und vergesst sie niemals!

Achten wir nicht auf Vermögen, nicht auf Würden; wenn wir die Zeitungen besitzen werden, werden wir alles haben.

Deshalb, teure Brüder, geht freudig heran an die Agitation für unsere Zeitungen. Sie nämlich

führen den Kampf des Geistes, an dem auch ihr euch beteiligt. Sie sollen euch ein besseres Los erkämpfen. Deshalb breitet sie aus, forget für immer größere Reihen von Lesern, und die Zukunft wird uns gesichert sein.

Aus Nr. 285 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 13. Dezember 1906:

Politischer Verstand oder politische Schablone.

Der Professor an der Universität Krakau, Dr. Chotkowski, ein ehemaliges Mitglied des Wiener Parlaments, von Geburt ein Großpöle, berührte in der Lebensbeschreibung des verstorbenen Erzbischofs Stabilewski auch eine sehr wichtige Angelegenheit, indem er so nebenbei die Behauptung aufstellte, daß die gegenwärtige polnische Fraktion in Berlin durch Schuld der Jungen das Einvernehmen mit der Zentrumsfraktion zerstört habe. Gegen diese Behauptung wandte sich der greise Vorsitzende der polnischen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus, Herr Heinrich Szuman, indem er darauf hinwies, daß nicht die polnischen Abgeordneten die Bande mit dem Zentrum zerrissen haben, sondern die Zentrumsleute, und zwar aus kleinlichen und persönlichen Gründen.

Als Antwort auf diese Bemerkungen veröffentlicht Professor Chotkowski ein Schreiben, in dem er seine Ansicht verteidigt. Er führt darin aus, daß ihm der Zentrumsführer Dr. Lieber, den er persönlich kannte, bei einer Zusammenkunft in Wien im Jahre 1896 ungefähr folgendes gesagt habe: Wir in Berlin werden zu euch halten und euch verteidigen; wenn ihr aber in Schlesien die großpolnische Agitation treiben werdet, dann muß eine vollständige Trennung erfolgen.

Professor Chotkowski führt weiter aus, daß er in der Angelegenheit nicht ganz untätig geblieben sei; er ist der Ansicht, daß die Aufnahme der Abgeordneten Korsanty und Napieralski in die polnische Fraktion die Brücke zwischen dieser und dem Zentrum abgebrochen habe. Dadurch hätten die Polen in Schlesien 2 Mandate gewonnen, dafür aber die Unterstützung einer Fraktion, die über 100 Abgeordnete hat, verloren. Nach Ansicht des Professors Chotkowski hätten die Polen keine Eroberungspolitik in Schlesien treiben sollen, sondern sie hätten sich darauf beschränken müssen, pro aris et focis zu kämpfen.

An die Ausführungen des Professors Chotkowski knüpft das Blatt folgende Bemerkungen:

Es will dem Leser aus dem preußischen Gebiete nicht in den Kopf hinein, wie ein Pole die Verteidigung der nationalen Selbständigkeit des polnischen Volkes in Oberschlesien „Eroberungspolitik“ nennen kann. Herr Chotkowski kann das politische Interesse oder vielmehr die parlamentarische Bequemlichkeit unserer Abgeordneten in Berlin von den Interessen des polnischen Volkes nicht unterscheiden. Er vergißt, daß die Geschichte des polnischen Volkes nicht im Parlamente in Berlin entschieden werden, sondern in den Hütten und Herzen des polnischen Volkes, ob dieses bei Posen, in Thorn, in Oberschlesien, im Ermland oder in Westfalen wohnt. Deshalb können wir politische Verträge nicht aus Rücksicht auf die Bequemlichkeit der Abgeordneten schließen, sondern es kann hier lediglich die Rücksicht auf die Erhaltung der dem polnischen Volke eigentümlichen nationalen Eigenheiten, namentlich aber in bezug auf die Sprache maßgebend sein. Hierher gehören folgende historische Wahrheiten:

Erstens: Zur Zeit der engsten Freundschaft zwischen den Polen und dem Zentrum wurden alle

Polen in Schlesien, sobald sie eine bessere Bildung und Vermögen erlangten, Deutsche. In Westfalen heirateten die Polen häufig deutsche Mädchen und erzogen ihre Kinder zu Deutschen.

Zweitens: Die Führer des Zentrums, das heißt die Deutschen oder deutsch gewordenen Geistlichen, arbeiteten offen an der Entnationalisierung des polnischen Volkes, indem sie alle Bestrebungen, welche auf die Erhaltung der polnischen Sprache hinielen, bekämpften, da sie die Bestrebungen für unangebracht hielten. Es genügt, daran zu erinnern, daß man den Katolik von der Kanzel herab verdammt lediglich deshalb, weil er forderte, daß die Zentrumsabgeordneten in Oberschlesien die polnische Sprache beherrschen müßten; dem Geistlichen Dr. Liß hat man aber befohlen, den Wiarus polski zu kassieren, da schon die Existenz dieser Zeitung der Regierung ein Dorn im Auge war, obwohl der Geistliche Dr. Liß bis ans Ende dafür eintrat, daß die Polen in der Fremde für die Kandidaten des Zentrums stimmen sollten.

Drittens: Zur Zeit der größten Eintracht zwischen den Polen und dem Zentrum wurde die polnische Sprache aus den Schulen und den Behörden entfernt, man errichtete die Ansiedelungskommission und beschloß eine Reihe von Ausnahmebestimmungen gegen die Polen. Das Zentrum sprach und stimmte gegen diese Bestimmungen, sei es aus Gründen der Gerechtigkeit, sei es der Regierung zum Pöffen, die es dafür für staatsfeindlich hielt.

Man könnte also von uns sagen, wie es in einer Fabel heißt: „Mitten unter den herzlichsten Freunden fraßen die Hunde den Hasen auf“, wenn die Geschehnisse der Völker von den parlamentarischen Erfolgen oder Mißerfolgen abhängen würden.

Als die Regierung vom Zentrum den Stempel des Staatsfeindes abnahm und anfang, es an die reichbesetzte Staatskassette zuzulassen, und die Polen von derselben immer eifriger hinwegtrieb, wurde dem Zentrum die Freundschaft mit den Polen unbequem, denn sie kompromittierte es in den Augen der Regierung. Deshalb waren auch die polnischen Kandidaturen in Schlesien und in Westfalen und die Personen der Herren Korfanty und Rapieralski für die Führer der Zentrumsfraktion ein willkommenes Vorwand zum offenen Bruch mit den Vertretern der Polen im Abgeordnetenhaus und im Parlamente. Es kann auch nicht die Rede davon sein, daß die Zentrumsfraktion ehrlich gegen die Germanisierung der Polen gekämpft hätte; denn die Zentrumsleute rechneten doch darauf, daß die germanisierten Polen ihre Reihen verstärken.

Daraus geht hervor, daß die Interessen der Zentrumsfraktion sich mit den Interessen der Polen als eines Volkes, das seine Sprache und seine Sitten zu erhalten trachtet, schwer vereinigen lassen. Wenn gegenüber diesen Tatsachen der Geistliche Chotkowski noch bedauert, daß die Polen Schlesien nicht aufgegeben haben, um die Freundschaft des Zentrums und die Ruhe im Herzogtum zu erhalten, beweist nur, daß der geehrte Krakauer Professor in der Politik nicht den politischen Verstand, sondern die politische Schablone zu seiner Richtschnur macht.

Die polnische Fraktion in Berlin aber zeigte, als sie den Erwählten des oberschlesischen Volkes in ihre Mitte aufnahm, wirklich politischen Verstand; denn die Stellung der Abgeordneten in den gesetzgebenden Körperschaften in Berlin wurde zwar nach gewissen Richtungen hin schwierig, dafür aber verschwand die jahrhundertlange Grenzscheide, die Schlesien von der polnischen Mutter trennte, und das polnische Leben in dem Gebiete der alten Pfaffen fließt seither wie ein reißender Strom, und es gibt keine Macht in der Welt, die diesen Strom aufhalten könnte.

Aus Nr. 150 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 15. Dezember 1906:

Ein neues Gesetz gegen die Polen

soll im preußischen Landtage eingebracht werden. Es ist in der hakatistischen Schmiede schon geschmiedet worden, und es soll dem Landtage vorgelegt werden. So berichten wenigstens wiederum das zweite und das zehnte Mal die polenfresserischen Blätter.

Wie es scheint, handelt es sich diesmal um das schon früher angekündigte Enteignungsgesetz.

Na, die Polenfreßer haben uns bisher nicht tot bekommen, so wird es ihnen auch diesmal nicht gelingen. Und ein solches Gesetz, auf Grund dessen es erlaubt wäre, die Polen zu erschießen, zu vergiften und zu ertränken, werden sie wohl nicht schmieden. Also trocknet nur euer Hirn aus, ihr Herren Polenfreßer, wir sehen ruhig in die Zukunft!

Aus Nr. 153 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 22. Dezember 1906:

Die polenfresserischen Blätter sind böse auf die polnischen Blätter,

weil einige die Nachricht gebracht haben, daß der verstorbene Erzbischof drei Tage vor seinem Tode von der preußischen Regierung einen Brief erhalten hätte, in dem ihm mit Gefängnis gedroht worden wäre, wenn er den Kindern den Schulstreik nicht verbieten sollte.

Die polenfresserischen Blätter haben keinen Grund böse zu sein, denn es bleibt immer wahr, daß die preußische Regierung unseren hochwürdigsten Herrn Erzbischof zum Märtyrer gemacht und ihn vorzeitig ins Grab getrieben hat.

Unser hochwürdigster Erzhirte ist nämlich in der Zeit des erbittertsten Kampfes der preußischen Regierung gegen den polnischen Religionsunterricht gefallen. Die dem Gewissen der Kinder und Eltern zugefügte Gewalt, die schrecklichen Qualen unserer Kinder, haben sein empfindliches Herz gebrochen.

Und wer ist der Urheber alles dessen? Ist es nicht die preußische Regierung? Kämpft nicht die preußische Regierung erbittert gegen den polnischen Religionsunterricht? Sind nicht die preußische Regierung und ihre Beamten die Urheber der Qualen unserer Kinder?

Und schließlich hat der hochwürdigste Herr Erzbischof gewissermaßen erwartet, daß die Preußen ihn ins Gefängnis setzen werden; denn das beweist nachstehender Vorgang, den wir von sehr beachtenswerter Seite erfahren.

Es war dies am Todestage des Erzbischofs. Da sein Magen nicht alle Speisen vertrug, fragte man ihn oft, was er wohl zu Mittag essen wollte. Und das war berechtigt, weil er einen sehr schlechten Appetit hatte. Als er am Todestage gefragt wurde, was er wohl essen wollte, antwortete er: Gebt mir dies und dies (hier nannte er die Speisen), **denn das werden sie mir in Ostrowo gewiß nicht geben.**

In Ostrowo bedeutet im Ostrowoer Gefängnis, wo die Preußen den Erzbischof von Ledochowski eingesperrt hatten. So war also der verstorbene Erzbischof von Stabilewski noch am Todestage für das Gefängnis in Ostrowo vorbereitet gewesen. Offenbar rechnete er damit, daß die Preußen mit ihm ebenso verfahren würden, wie mit dem verstorbenen Erzbischof von Ledochowski.

Daraus geht hervor, daß irgend welche, sei es nun mündliche, schriftliche oder durch die Blume gesprochene Drohungen vorangegangen sein müssen.

Doch wenn man dies alles auch außer Betracht läßt, so darf nicht vergessen werden, daß die Antwort des Kaisers auf die Eingabe der beiden Kapitel in Sachen des polnischen Religionsunterrichts — durch Herrn Studt ausgefertigt — den hochwürdigsten Herrn Erzbischof am meisten gekränkt hat. Und sie war auch der letzte Nagel zu seinem Sarge, sie hat ihm den letzten Schlag versetzt, und dieser Schlag war tödlich. Die polenfreierischen Blätter werden also mit ihren leeren Redensarten die preußische Regierung von der Schuld nicht rein waschen.

Aus Nr. 142 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 1. Dezember 1906:

Eltern und Kinder in der Verteidigung des polnischen Gebets.

Wer angenommen hat, daß infolge des Ablebens unseres geliebten Erzbischofs von Stablewski der Schulstreik nachlassen oder aufhören würde, hat sich arg getäuscht. Das polnische Volk wird das Rundschreiben des Erzbischofs von Stablewski, als teuerstes Vermächtnis betrachten und wissen, wie es den Schatz des polnischen Religionsunterrichts und des polnischen Gebets zu verteidigen hat.

Die Schulkinder haben weiter zu streiken begonnen: in Kosach bei Senentowen, Kreis Karthaus, in Pobloc, Szymwalde, Weglikowic und Lebin, Kreis Neustadt, in Gardy und Rinkowce, Kreis Marienwerder, in Gr. Łaskie, Kreis Schwetz, in Otowic und Wabiez, Kreis Kulm, in Przecznie, Kreis Thorn, in Gr. Mendromierz, Kreis Tuchel, in Bratyan, Kreis Liebau, in Gr. Watzkowiz, Kreis Stuhm, in Pomierow, Kreis Goldap, in Gostomk, Skorzew, Borzyszkow und in Luboczyn. In Lubni hat der Streik vor 4 Wochen begonnen, **alle** Kinder streiken aber jetzt seit ungefähr einer Woche, ebenso streiken sämtliche Kinder in Gijie.

Lebno, Kreis Neustadt, 10. November 1906.

Wie uns mitgeteilt wird, haben in der ersten Klasse unserer Schule 24 Kinder zu streiken begonnen, in den anderen Klassen zirka 15. Durch die Drohung des Schulinspektors indessen, daß die Kinder bis zum 15. und 16. Lebensjahre werden zur Schule gehen müssen, erschreckt, hat der größte Teil der Schulkinder das **deutsche** Gebet wieder nachgesprochen. Nur drei streikende Jungen sind übrig geblieben. Diese wollte der Schulinspektor ebenfalls umkrempeln, was ihm aber nicht gelang, vielmehr begann der Streik von neuem an Umfang zuzunehmen. Der Schulinspektor belegte die Kinder mit Arrest. Der Gemeindevorsteher fährt im Dorje umher und droht den Eltern, daß die Regierung einen dritten Lehrer herschicken werde, für welchen die Unterhaltungskosten in Höhe von 2000 Mark von den Hausvätern werden aufgebracht werden müssen, außerdem werden die Kinder bis zum 16. Lebensjahre zur Schule gehen müssen. Auf diese Drohungen hat ihm einer unserer Kämpfer geantwortet, daß die Kinder ruhig bis zum 20. Jahre zur Schule gehen können.

Weiter gehen uns folgende Nachrichten zu:

Podstolin, 27. November 1906.

Auch die Kinder in unserer Schule haben heute das Gebet polnisch gesprochen.

Pierwojzyn, 26. November 1906.

Wir haben gestern mit 36 Unterschriften verschiedene Petitionen abgeschickt an den Bischof, den Minister, die Regierung und den Kreisschulinspektor. Der Gemeindevorsteher Wilma, Gastwirt Kriepie und Bauer Elwinski haben die Petitionen nicht unterschrieben.

Kosakowo, 26. November 1906.

Wir haben 4 von 32 Vätern unterschriebene Petitionen abgeschickt. Der Gemeindevorsteher Nowe, der Schöffe Nieczak und die Gastwirte Głosa und Zalewski haben die Petitionen nicht unterschrieben.

Lijniowo bei Sierakowic, 27. November 1906.

Wir haben **alle** 5 Petitionen mit 69 Unterschriften abgeschickt. Keiner hat bei den Unterschriften gefehlt. Am 12. d. Mts. haben die Kinder den Lehrer beim Betreten des Schulzimmers mit: „Niech będzie pochwalony Jezus Chrystus“ begrüßt. Der Lehrer erblaßte wie ein Taschentuch und konnte im ersten Augenblick nur die Worte hervorbringen: „Ach, mein Gott, Kinder, was macht ihr nur?“ Später schreckte er die Kinder mit der Hölle und drohte ihnen, daß sie bis zum 16. Lebensjahre werden zur Schule gehen müssen. Infolgedessen antworteten die Kinder deutsch. Am 30. d. Mts. brach der Streik von neuem aus; der Lehrer unterjagte das **polnische** Herfagen des Gebets. Von den 40 zur 1. und 2. Abteilung gehörigen Kindern lernen nur zehn die Religion in deutscher Sprache. Auch in der 3. und 4. Abteilung lernen die Kinder im Religionsunterricht deutsch, weil sie sich vor dem Lehrer fürchten. — Später schreibe ich mehr.

Gowidlino.

Die Schulkinder haben hier am 5. d. Mts. den Streik begonnen und bis heute ausgehalten. Doch beginnt der mit so großer Begeisterung angefangene Streik abzuflauen, weil verschiedene Eltern durch die Drohung, daß ihre Kinder bis zum 16. Lebensjahre werden zur Schule gehen müssen, erschreckt, den Mut verlieren und zurücktreten. Der Augenschein lehrt, daß die Kinder ungeachtet dessen, daß sie wöchentlich 4 Stunden absitzen müssen, von dem Streik nicht zurücktreten würden, wenn nur die Eltern in der Verteidigung der so heiligen Sache, wie es die Religion ist, aushalten wollten.

Wie anderwärts, so wollen auch hier Rücksichten auf irdische Vorteile siegen. — Weil die Kinder in der Schule nicht deutsch beten und grüßen wollten, hat der Lehrer angeordnet, daß sie seinen Gruß mit „Guten Morgen“ beantworten sollen.

Eine mit 166 Stimmen Unterschriften — angenommen die Nowals, von denen nicht bekannt ist, ob sie die entsprechenden Petitionen selbst abgesandt haben —, ist am 15. d. M. an die entsprechenden Behörden abgeschickt worden. Die Petitionen haben nicht alle unterschrieben, so z. B. der Gastwirt Maszke, Gemeindevorsteher Wanta und der Chauffeurvorarbeiter, alle drei Polen. Es könnte ihnen dies doch kein Mensch verbieten, also wiederum jene unglücklichen Rücksichten. Es ist wirklich zu beklagen, daß der Gastwirt Maszke die Petitionen nicht unterschrieben hat, da er doch nur von seinen Landsleuten lebt. Weil nun die Eltern der streikenden Kinder durch die Lehrer aufgefordert werden, entweder schriftlich oder mündlich von ihrem Verbot Mitteilung zu machen, empfiehlt es sich, daß die geehrte Redaktion ihrerseits, damit die

zur Abfassung der erforderlichen Mitteilung unfähigen Väter sowohl hier, wie auch an anderen Orten sich den Kopf nicht zu zerbrechen brauchten, das nachstehende Formular in der Zeitung abdrucken wollte:

„Euer Wohlgeboren teile ich hierdurch gefälligst mit, daß ich meinem (meinen) Kinde (Kindern) ausdrücklich verboten habe, in der Religionsstunde deutsch zu beten, antworten und lernen.“

Unterschrift.

An
Herrn Lehrer.
in.

(Wir genügen dem Wunsche des verehrten Korrespondenten und machen darauf aufmerksam, daß die Eltern sich auf diese beste Weise an die Lehrer wenden mögen, wenn sie ihren Kindern das Lernen der Religion in deutscher Sprache untersagen wollen. Anm. der Redaktion.)

Pruszc, Kreis Tuchel.

Ein Schulmädchen schreibt uns: „Gelobt sei Jesus Christus! Geehrte Redaktion. Ich teile der geehrten Redaktion mit, daß wir auch bei uns in Pruszc den Streik begonnen haben. In der Religion antworteten wir nicht deutsch, und jetzt haben wir keine Religion und kein Gebet. Eine Stunde Strafe fügen wir ab. Daraufhin gehen wir in die Kirche, um zu beten, zu singen und Gott um Hilfe zum Sieg zu bitten. Jetzt beginne ich für eine heilige Messe für unsere Intention zu sammeln.“

(Schön hast Du geschrieben! Bleibe so schön in Deinem Herzen, wie Du schön polnisch schreiben gelernt hast und Gott, die Eltern und die Gesellschaft wird Freude an Dir haben. Redaktion.)

Aus Nr. 147 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 8. Dezember 1906:

Aus dem Kreise Schweg.

Wie der Pielgrzym und andere Zeitungen mitgeteilt haben, wurde auf der Versammlung in Schweg am 21. November beschlossen, in der Schulangelegenheit eine Petition an das Abgeordnetenhaus und den Minister abzusenden. Man hatte zu diesem Zwecke beschlossen, für jede Pfarrie einen Kommissar zu wählen, der wiederum das Recht haben sollte, in jeder Ortschaft der Pfarrie einen Vertrauensmann zu wählen, und um in möglichst kurzer Zeit das Einsammeln der Unterschriften unter die Petition zu bewirken und sie durch den Kreisstarosten oder das Kreisomitee an einen unserer geehrten Abgeordneten und an das Ministerium abzuschicken. Die Parochialkommissare, welche die Vertrauensmänner für die einzelnen Ortschaften wählen, haben die Pflicht, die entsprechende Anzahl gedruckter Formulare von den Zeitungen einzufordern und sie den Vertrauensmännern zu übergeben. Diese wieder haben für die Unterschriften zu sorgen und die Petitionen ihrem Kommissar zu überreichen, und dieser, wie oben gesagt, dem Starosten oder dem Kreisomitee. Die Starosten für den Kreis Schweg sind: Propst Cyra in Dritschmin, Herr Wostnowski, Konischütz per Neuenburg (Westpreußen), Herr P. Parezewski, Belno bei Laskowitz (Westpreußen). Das Kreisomitee wird gegenwärtig durch den Herrn Propst Cyra in Dritschmin vertreten.

Die Vertrauensmänner haben zugleich freiwillige Beiträge zu den Kosten einzusammeln; der Überschuß wird zu Wahlzwecken verwandt werden.

Da die Zeitungen die Parochial-Kommissare bisher nicht genannt haben und auch alle Gewählten nicht anwesend waren, so daß sie sich nicht erklären konnten, ob sie die Wahl annehmen, deshalb erlaube ich mir die Namen zu nennen mit der ergebenen Bitte, daß diejenigen, die das Amt eines Kommissars nicht annehmen wollen, einen anderen zur Übernahme dieses Amtes bewegen und den Namen desselben dem Komitee mitteilen.

Kommissare sind: für die Parochien

1. Dritschmin: Herr Konrad Kruczkowski, Dritschmin;
2. Nowe: Herr Wojnowski aus Konischütz;
3. Jezewo: Herr Parezewski, Belno bei Laskowitz (Westpreußen);
4. Gruczno: Herr Zakrzewski;
5. Heinrichsdorf: Herr Domaradzki;
6. Rasmushausen bei Prust: Geistlicher Nawacki;
7. Schirokfen: Herr Wejna;
8. Schwefatowo: Herr Bociek;
9. Topolno: Geistlicher Kiedrowski;
10. Lubiewo: Geistlicher Dr. Wlojczewski;
11. Osie: Herr Dr. Drzymiski;
12. Swiecie: Herr Kurowski;
13. Plochocin: Herr Propst Pokorski;
14. Komorz: Herr Jagla in Warlubien;
15. Bzowo: Herr Organist Lorkowski;
16. Elwice (Teil des Kreises Schweg): Herr Wojnowski in Wirsch per Mlanger.

Andere Zeitungen bitte ich um Wiederholung dieser Bekanntmachung und um Benachrichtigung.

Geistlicher Ignaz Cyra, Propst.

Aus Nr. 148 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 11. Dezember 1906:

Geistliche vor Gericht.

Wir erhalten in dieser Angelegenheit folgende Zuschrift:

Löbau, am Tage des hl. Ambrosius, Bischofs und Bekenners. Heute standen diejenigen Geistlichen des Dekanats Löbau, die jenen bekannten Aufruf in der Angelegenheit des Religionsunterrichts in der Kirche vorgelesen haben, vor dem Untersuchungsrichter, denn der Staatsanwalt will gegen sie wegen Übertretung des sogenannten Kanzelparagraphen vorgehen.

Jener berühmte Kanzelparagraph lautet nämlich in der Übersetzung folgendermaßen:

§ 130 a. „Der Geistliche oder ein anderer Religionsdiener, der in Ausübung oder aus Anlaß der Ausübung seines Berufes vor versammeltem Volke, oder der in der Kirche oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor mehreren die Staatsangelegenheiten in einer den öffentlichen Frieden störenden Weise zum Gegenstande von Bekanntmachungen oder Erklärungen macht, wird mit Gefängnis oder Festung bis zu zwei Jahren bestraft.“

Es liegt nun die Frage vor, ob die katholische Religion und deren Lehre eine Angelegenheit des Staates ist!

Nein, niemals, nie!

Die lutherische Religion, das ist ein Werk Luthers — „ein Menschenwerk“ — aber die katholische Religion ist ein Werk Christi und eine göttliche Angelegenheit.

Was, um Gotteswillen, kümmert sich die preußische Regierung um unsere heilige Religion? Die Falks, Gopplers, Bosses und Studts sind weder Apostel noch Bischöfe. Die katholische Religion und ihre Lehre gehört zum Papst als dem Nachfolger Christi, sie gehört zu den Bischöfen als den Nachfolgern der Apostel, sie

gehört zu unseren Geistlichen als zu den Nachfolgern der Gehilfen der heiligen Apostel.

Ehre sei unseren Seelsorgern, die nicht schweigen und sich nicht verstecken, sondern offen und öffentlich in der Verteidigung der bedrängten polnischen Kinder auftreten und der preussischen Regierung, die sich den katholischen Religionsunterricht aneignen will, gleichsam sagen: „**Preussische Regierung, der katholische Religionsunterricht ist keine Staatsangehörigkeit sondern eine Angelegenheit der Kirche! Es ziemt sich nicht so zu handeln, wie du handelst!**“

Solche Priester sind uns nötig, und nicht solche, die zwar fromm seufzen können, aber mit den größten Feinden unseres Glaubens verkehren und Karten spielen.

Es können ja die preussischen Gerichte und der preussische Staatsanwalt unsere Priester 2 Jahre ins Gefängnis stecken oder auf Festung schicken, **aber das wird für sie ein größerer Ruhm sein, als wenn sie, wie der Kardinal Kopp, mit dem preussischen Schwarzen Adler-Orden ausgezeichnet würden.**

Schon heute haben wir zur heiligen Messe zusammengelegt, damit unseren Geistlichen kein Unrecht geschehe.

Wo es solche Geistliche gibt, dort sind auch wir, das katholische Volk, in unserem Herzen mit ihnen, und wo wir, das katholische Volk, sind, dort werden gewiß auch solche Geistliche mit uns sein.

Solche Einigkeit wird nicht einmal die allmächtige preussische Regierung überwinden. Der moralische Sieg ist auf unserer Seite, denn wir kämpfen für unsere Heiligtümer: für den Glauben, die Religion, die Sprache, die Wahrheit und Gerechtigkeit.

Die Apostel freuten sich, als sie von den Juden ausgepeitscht wurden, über ihr Leiden; auch unsere Priester werden sich freuen, wenn sie das Leid des Gefängnisses oder der preussischen Festung treffen wird.

In den Zeiten des schlimmsten Kulturkampfes lasen wir in den Zeitungen, daß der Bischof von Paderborn Martin gesagt haben soll: „Die bedrängte Kirche ist die siegreiche Kirche!“

Mögen sie auch unsere Geistlichen, wenn sie durchaus wollen, mit Gefängnis strafen, dann wird der Sieg desto eher eintreten.

Die Löbauer.

Aus Nr. 146 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 11. Dezember 1906:

Die polnischen Abgeordneten in der Verteidigung der polnischen Kinder.

Das Blatt gibt einen Teil der Beratungen über die Interpellation der Polen bezüglich des Schulstreiks wieder und hebt besonders die Ausführungen des Abgeordneten Gothein und des Dänen Hansen hervor. Alsdann fährt das Blatt fort:

Mancher von den Landsleuten wird jetzt fragen, was wir durch die Interpellation erreicht haben. Mancher wird sagen, daß die Verteidigung unserer Abgeordneten nicht viel nütze; denn die preussische Regierung hat wieder gezeigt, daß nicht einmal ein Engel vom Himmel sie überzeugen könnte. Dies ist zwar wahr, aber es handelt sich auch gar nicht darum, die preussische Regierung im Guten zur Einführung des polnischen Religionsunterrichts zu bewegen. Im Guten ist mit den Preußen nichts auszurichten. Man muß sie zur Einführung des polnischen Gebetes zwingen. Und wir haben schon so oft geschrieben, daß die polnischen Kinder die Regierung zum Nachgeben

zwingen werden. Sie haben es schon erreicht, daß die verständigeren Deutschen bereits Alarm schlagen und durch ihre Abgeordneten im Parlamente bei den Beratungen über das polnische Gebet erklärt haben, daß es die höchste Zeit sei, daß die preussische Regierung das polnische Gebet einführe, da sonst die preussische Schule ihr Ansehen vollständig verlieren würde.

Es geschehen direkt Wunder, denn sogar das jüdische „Berliner Tageblatt“, das erst vor zwei Wochen dafür eintrat, daß die polnischen Kinder in Besserungsanstalten gebracht werden, gibt jetzt der Regierung den Rat, daß sie mit der weiteren Drangsalierung der polnischen Volksgenossenschaft aufhören möchte; denn anstatt besser, wird es immer schlimmer für den preussischen Staat.

Die Juden haben eine gute Nase. Wenn ihr Blatt plötzlich aufgehört hat, in das Horn der Regierung zu blasen, dann ist das der beste Beweis dafür, daß es mit dieser Politik schlecht bestellt sein müsse. In der Angelegenheit des Schulstreiks schreibt aber das Berliner Tageblatt folgendes:

„Es war nicht nur ein politischer, sondern auch ein pädagogischer Fehler, so zu verfahren. Was fängt jetzt die Regierung mit den streikenden Kindern und deren Eltern an? Man kann doch nicht Tausende und Abertausende von Strafmandaten erlassen und eine ungezählte Menge von Prozessen hervorrufen. Man kann jetzt nicht anders helfen, als eine möglichst weitgehende Milde in der Ausführung der bestehenden Vorschriften walten zu lassen.“

So also schreibt der bisherige größte Polenfeind. Er gibt der preussischen Regierung direkt den Rat, das polnische Gebet einzuführen. Polnische Eltern und polnische Kinder! Seht, so viel habt Ihr schon durch Eure Tapferkeit, Ausdauer und Geduld erreicht. Wartet noch geduldig einige Zeit, und die ganze antipolnische Politik muß zusammenstürzen, und Eure Kinder werden mit Eurer und mit Gottes Hilfe die Einführung des polnischen Religionsunterrichtes sicher erleben.

Aus Nr. 146 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 11. Dezember 1906:

Hymne polnischer Kinder,

die in der Angelegenheit des Religionsunterrichts in den preussischen Schulen leiden.

(Nach der Melodie: „Serdeczna matko“ [Herzliebste Mutter]).
Herzliebste Mutter, Beschützerin der Menschen,
Erbarme Dich, erbarme Dich der polnischen Kinder!
Möge ihr Leiden Dein Mitleid erwecken;
Nimm uns Elende in Deinen Schutz!
Mit Arresten und Schlägen gestraft rufen wir Dir zu:
Erbarme Dich unser, Mutter, erbarme Dich!
An wen sollen wir uns wenden, wir elenden Kinder?
Bei wem sollen wir eine Erleichterung dem trauernden Herzen sichern,
Wenn nicht bei Dir, geliebte Mutter,
Die ein offenes Herz für alle hat?
Mit weinender Stimme rufen wir zu Dir:
Erbarme Dich unser, Mutter, erbarme Dich!

Es hat doch die Mutter zu Haus uns gelehrt,
In der Sprache der Väter Deinen Namen zu loben,
Standhaft im Glauben zu bleiben, hat sie uns befohlen.
Richte Deine Augen auf die elende Erde:
Vor Deinem Bilde knien wir Erschöpften,
Habe Mitleid mit Deinen Kindern!
Unter heuchlerischem Vorwande straft heute
Das preussische System grausam die armen Kinder,
Daß wir aus Achtung vor dem Glauben

Den Befehl der geliebten Mutter erfüllen.
Wir, die wir für den Glauben die Martern ertragen,
Bitten Dich, Mutter, um Deine Fürsprache.
Hat Gott doch geboten: Gehorche Deinem Vater,
Und Deiner Mutter, Dir von Gott gegeben;
Aber der Lehrer des preussischen Systems
Straft für das Gebet vom frühen Morgen an.
Gequält mit Arresten und Schlägen rufen wir:
Erbarme Dich unser, Mutter, erbarme Dich.

Du, die Du den Tod Deines Sohnes gesehen,
Siehe, blutange schwollen sind Hände und Körper;
Wir bitten Dich, Du unsere Zuflucht,
Hilf uns, o Mutter, in der **ungeheuren Marter!**
Vertrauend stehen wir Dich mit Tränen in den
Augen an:

Bitte Deinen Sohn für uns Kinder.
O Jesus Christus, durch Deine heiligen Wunden,
Die Du ertragen hast für uns irdische Menschen,
Sieh auf die Striemen, vom Rohrstock durchschlagen;
Möge das Jammern Deiner Kinder Dein Mitleid
erwecken:

Erbarme Dich unser, Jesu, erbarme Dich unser.

Heilige Barbara, und Ihr alle Heiligen,
Die Ihr für den Glauben in Martern gestorben seid:
Heute quälen auch uns erbitterte Feinde;
Bittet, daß wir im Glauben ausharren.
Für diesen Glauben bedrängt rufen wir,
Eure Fürsprache erflehen wir mit Tränen
Allmächtiger Gott! Ewiger Gott!
Du siehst, was wir nach Deinem Willen leiden.
Wir haben schon Ströme und Meere von Tränen
vergoßen;

Erlöse uns, erlöse **aus dem schrecklichen Glend!**
Gib, daß wir auf Erden und ewig
In der Sprache der Väter ungestört Dich loben.
Amen. F. S.

Aus Nr. 283 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 11. Dezember 1906:

Warum sich der Schulstreik ausbreitet?

Nach Berechnungen von Zeitungen beträgt die
Zahl der Kinder, die auf die deutschen Fragen im
Religionsunterricht nicht antworten, ungefähr 100 000.
Die Regierung und die Katakisten können nicht begreifen,
warum der Schulstreik sich so schnell ausgebreitet und
so riesige Dimensionen angenommen hat. Da die
Gegner den Einfluß der Geistlichkeit auf das polnische
Volk kennen, schieben sie alle Schuld am Schulstreik
den Geistlichen zu. Deshalb beobachten sie dieselben in
den Versammlungen, passen auf ihre Predigten auf
und versuchen sogar das Beichtgeheimnis zu durchbrechen,
um Beweise dafür zu erlangen, daß die Geistlichen die
Kinder zum Streik auffordern. **Es ist aber unwahr,**
daß die Geistlichen die Kinder zum Streik drängen
sondern sie bekämpfen vielfach den Schulstreik. Der
Streik hat sich überall ausgebreitet, wo ihn die Geistlichen
durch Warnungen der Eltern und Kinder nicht
verhinderten; er fing an, sich mit elementarer Macht
auszubreiten, ohne daß er künstlich geschürt worden
wäre, in dem Augenblick, als das Volk bemerkte, daß
sehr achtbare und einflußreiche Führer den Streik nicht
verwerfen und vor allem, daß ihn die polnischen Zeitungen
nicht tadeln. Die Agitation für den Streik war, ist
und wird solange überflüssig sein, solange das gegen-
wärtige Schulsystem dauern und der Religionsunterricht
in der bisherigen verkehrten und unpädagogischen Weise
— sogar ohne Rücksicht auf die Sprache — erteilt
wird.

Wir bitten nur die Kinder zu fragen, welcher
Unterrichtsgegenstand in der Schule die meiste Zeit zuhause
erfordert und für den sie trotzdem die meisten Tadel,
Arreste und Schläge bekommen. Die Antwort wird
einstimmig lauten: für den Religionsunterricht.

Fragen wir die Eltern, warum die Kinder sich
am häufigsten weigern, in die Schule zu gehen, und sie
werden uns antworten: am häufigsten deshalb, weil es
ihnen nicht gelungen ist, den Katechismus und die
biblische Geschichte zu lernen und sie deshalb Strafe
fürchten.

Und wie wird dieser Religionsunterricht in der
Schule erteilt?

Der Lehrer sagt den Kindern einfach, daß sie so
und so viel Fragen und Antworten aus dem Katechismus,
so und so viel Zeilen aus der biblischen Geschichte
wörtlich auswendig lernen sollen. Wer in den hebräischen
Unterrichtsstunden die Psalmen Davids auswendig
gelernt hat, wird ungefähr eine Vorstellung haben, wie
lange die armen polnischen Kinder gezwungen sind,
über dem Buche zu sitzen, wie sie ihr junges Gedächtnis
drangsalieren, um die Worte des Katechismus und der
biblischen Geschichte sich einzuprägen. Das wäre schon
in der Muttersprache, die sie verstehen, keine leichte
Aufgabe, und was soll man erst von den polnischen
Kindern sagen, die gewöhnlich nicht mehr deutsch
verstehen wie der Schüler der Sekunda eines Gymnasiums
hebräisch, und trotzdem lernen sie die Religion deutsch.

Das sind für das Kind solche Qualen, daß es
nach dem Schulstreik greift als nach einem Mittel, sich
von der größten Drangsalierung zu befreien; es will
lieber Schläge empfangen oder für den Streik im
Arrest sitzen, wenn die Eltern den Streik gut heißen,
als sich mit dem deutschen Katechismus und der deutschen
biblischen Geschichte zu quälen und obendrein noch für
nicht genügende Geläufigkeit Schläge zu empfangen
oder im Arrest zu sitzen und außerdem noch einen
Tadel von den Eltern zu erhalten.

Darin liegt die Lösung des Rätsels, warum der
Streik sich so ausgebreitet hat und warum er solange
anhält. Wie man das Kind nicht anzutreiben braucht,
daß es vor eifrigem Winde sich in der warmen Stube
schütze, so suchen auch die Kinder vor dem deutschen
Religionsunterricht, der für sie schlimmer ist als Frost
und Unwetter, von selbst Schutz im Streike, und wie
niemand den Kindern den Widerwillen gegen die
Kälte mit dem Stocke austreiben kann, so werden auch
die Polizeimittel den Schulstreik nicht besiegen. Möge
die Regierung den Kindern zuerkennen, was ihnen nach
dem Naturgesetze gebührt, möge sie in der Schule den
Religionsunterricht in polnischer Sprache einführen, so
werden diese im Streik trostigen und widerstehlichen
Kinder sonst werden wie die Tauben.

Aus Nr. 149 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 13. Dezember 1906:

Eine wackere, mutige und entschiedene Antwort.

Nach einer Mitteilung des Vech wurden vom
Landrat in Wittowo einige Schulvorstandsmitglieder
wegen ihrer Haltung in der Schulstreikangelegenheit
ihres Amtes entsetzt. Darauf richtete der Wirt Mathias
Szymczak aus Cielimowo einen Brief an den Landrat,
den das Blatt in polnischer Übersetzung wiedergibt.
An diesen Brief knüpft das Blatt folgende Bemerkung:

Es sind dies heilige Worte des wackeren Land-
wirtes. Er denkt nicht daran, für ein Unseinergericht
seinen Elternrechten in bezug auf die Erziehung der
Kinder zu entsagen und sein Polentum zu verleugnen.

Ehre sei ihm und allen denjenigen, die ähnlich gehandelt und sich durch keine Drohungen, keine Amtsentsetzungen haben einschüchtern lassen, sondern in ihren gerechten Forderungen ausharren!

Nur durch Mannhaftigkeit und ruhige Ausdauer erreicht man, liebe Brüder, das Ziel und den Sieg!

Aus der Beilage Kinderfreund
zu Nr. 149 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 13. Dezember 1906:

Geliebte polnische Kinder!

In Euren Herzen, geliebte Kinder, ist die Trauer, die Euch und das ganze polnische Volk durch den Tod des teuren Erzbischofs von Gnesen und Posen, Dr. Florian von Stablewski, erfüllt hat, noch nicht erloschen. Daß Ihr ihn, geliebte Kinder, geliebt habt, daß Ihr diesen Euren Vater geehrt und verehrt habt, das habt Ihr durch Niederlegung des Dornenkranzes an seinem Sarge bewiesen. Er ist bereits vor den Richterstuhl Gottes getreten, er hinterläßt seine Diözesen in Verwaisung und Euch ließ er allein in dem schweren Kampfe um unseren teuersten Schatz, um den polnischen Religionsunterricht. Aber verzweifelt nicht!

Denn, obwohl Euer Erzbischof und Vater nicht mehr da ist, so hat sich doch ein hoher Würdenträger der Kirche gefunden, der zeigte, daß auch er Euch, liebe Kinder, liebt, und daß er mit Euch leidet und Euer unglückseliges Geschick bedauert.

Dieser Würdenträger ist der hochwürdigste Herr Erzbischof Teodorowicz aus Lemberg in Galizien. Dieser hohe Würdenträger kam nach Posen zum Begräbnis des Erzbischofs von Stablewski, nahm Wohnung im Hause des Fürsten Czartoryski und weilte dort einige Tage. (Nun folgt die Schilderung der Verabschiedung.)

Ihr werdet zugeben, geliebte Kinder, daß der Augenblick der Verabschiedung des kirchlichen Würdenträgers ein erhebender gewesen sein mußte. Deshalb erhob sich ein Weinen unter den Kindern, es weinten Frauen, ja es flossen sogar Tränen aus den Augen der dabeistehenden Männer. Auch der hochwürdigste Herr Erzbischof Teodorowicz war sichtlich gerührt, als er die polnische Jugend segnete und zu Gott betete, daß er ihr Mut und Ausdauer im weiteren Kampfe und endlich Stillung des Schmerzes und die Erlösung geben möge.

Also verzweifelt nicht, liebe Kinder, wenn auch Euer bisheriger Verteidiger, der Erzbischof Herr von Stablewski, sein Märtyrerverleben beschlossen hat, so wird Euch doch Gott von wo anders her Hilfe in der Not senden.

Jetzt aber grüßt Euch, liebe Kinder, herzlich
ein aufrichtiger
Freund.

Aus Nr. 150 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 15. Dezember 1906:

Was fangen wir angesichts der Vorgänge in der Löbauer Gegend an?

Eine mit „Bix“ unterzeichnete längere Korrespondenz im Pielgrzym, die das Rundschreiben der Geistlichen des Löbauer Dekanats bespricht, gegen die Anklage erhoben ist, schließt wie folgt:

Der Kampf tobt, die Geistlichen werden vor das Gericht gezerrt. Von ähnlichen Vorgängen hört man bisher im Großherzogtum Posen nichts, denn dort hat sich fast die gesamte Geistlichkeit zur Verteidigung des Volkes gestellt, dort hat der verstorbene Erzbischof offen und unzweideutig seinen Standpunkt klargelegt, indem er zu verstehen gab, daß er das preussische Gefängnis nicht fürchte, und dies alles wird die Regierung jedenfalls davon abhalten, z. B. gegen die Geistlichen des Biber Dekanats Strafantrag zu stellen. Oder vergleichen wir unsere Versammlungen mit den Versammlungen im Großherzogtum. Dort stellt sich die Geistlichkeit fast vollzählig ein, während sich hier die Geistlichen nur hier und da an den Versammlungen beteiligen. **Wenn wir alle so auftreten, wie es einige Priester aus der Löbauer Gegend getan haben, dann wird sich die Regierung nicht erdreisten, gegen uns vorzugehen!** Wenn auch unsere Behörde auf Seiten der Eltern stände — wollte die Regierung dann unseren Erzbischof ins Gefängnis schicken? Das möchten wir sehr bezweifeln.

Vorläufig müßten wir aber angesichts der Vorgänge in der Löbauer Gegend eine Versammlung der Geistlichen der ganzen Diözese einberufen, aber nicht nur der polnischen, sondern auch der deutschen Geistlichen, denn auch sie müßten auf unserer Seite stehen. Vielleicht denkt ein älterer Geistlicher darüber nach. Dann müßten aus allen Gegenden der Diözese Deputationen zu unserem Erzhirten geschickt werden, und gegebenenfalls zum Generalvikar. Ferner müßten sich die Geistlichen aller Dekanate direkt an den Herrn Bischof mit der Bitte wenden, sich für uns und unser Volk zu verwenden. Wir müssen zu diesem Mittel greifen, denn die Petitionen selbst reichen nicht aus. **Übrigens laßt uns daran denken, daß dies erst der Anfang des Kampfes ist.** Bix.

Aus Nr. 154 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 25. Dezember 1906:

Aus Stonzek, Kreis Karthaus, wird der Gazeta Grudziadzka folgendes mitgeteilt: Die Herren Propste des Dekanats Mirachowo hatten einen gemeinsamen Brief oder Aufruf an die polnischen Eltern in Sachen des polnischen Religionsunterrichts ausgefertigt. Dieser Brief sollte am Tage der unbefleckten Empfängnis der allerheiligsten Jungfrau Maria von allen Kanzeln unseres Dekanats verlesen werden, was leider nicht geschehen ist, weil an diesem Feiertage uns unser ehrwürdige Herr Propst mitteilte, daß der Herr Bischof Rosentreter es verboten hätte, diesen Brief bekannt zu machen.

Aus Nr. 282 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 8. Dezember 1906:

Die Kinder im Kampf um den Glauben.

Nach Berechnung von Zeitungen streifen gegenwärtig 120000 polnische Kinder.

Aus Rubinkowo bei Thorn teilt man uns mit: Der Streik begann bei uns am 15. November. Es fingen 11 Mädchen an zu streiken. Da der hiesige Lehrer wegen Krankheit gezwungen war, Urlaub zu nehmen, vertrat ihn der Lehrer Radziszewski aus Kaszepref. Am folgenden Tage wuchs die Zahl der Streikenden bis auf 16. Als an demselben Tage der Schulinspektor in die Schule kam, begrüßten ihn die

Kinder polnisch. Der Lehrer suchte später die Kinder zu bewegen, deutsch zu antworten und zu grüßen, jedoch vergeblich. Anstatt „Guten Tag“ lautete der Gruß: „Niech będzie pochwalony“.

Später waren es schon mehr als 20 Kinder, die Widerstand leisteten, jedoch plötzlich gaben sie denselben auf und antworten gegenwärtig deutsch, so wie vor dem Streik. Es streifen nur die drei Schwestern: Martha, Helene und Sophie Meyerholt, wofür sie im Arrest sitzen müssen. Der Streik war also bei uns nur ein Strohflecken.

„Ein schreckliches Verbrechen“ begingen in Rubinkowo einige Kinder, die sich miteinander unterhielten „wie ihnen der Schnabel gewachsen ist“ — polnisch. Der vorbeikommende Gendarm befahl den Kindern deutsch zu sprechen, — nun, und das „Vaterland“ ist gerettet!

Aus Bierzglowo schreibt man uns: Der Schulstreik wächst, obwohl ihm viele Schwierigkeiten bereitet werden, sogar von solchen Personen, von denen man dies am wenigstens angenommen hätte. Man hielt sie bisher für gute Polen, man hat sich jedoch getäuscht.

Aus Lubichowo wurde, wie wir erfahren, in der Angelegenheit des polnischen Religionsunterrichts eine Petition an die bischöfliche Behörde und an den Minister abgeschickt, die mit 105 Unterschriften versehen war. Unter den streikenden Kindern zeichnen sich die Kinder des Herrn Bernhard Polakowski durch Eifer aus.

In Neu-Grab dauert der Streik ungeschwächt fort; die Kinder sprechen das Gebet und antworten polnisch, wofür sie Arreststrafen erhalten.

In Gulbin haben nach einer Mitteilung der Dt.-Eylauer Zeitung die polnischen Kinder aufgehört, im Religionsunterricht deutsch zu antworten. Außerdem ist der Streik ausgebrochen in Slomowo, Gowidlin, Podstolno, Malachin, Komierowo, Borzestowo und Pierzeczewo.

In Gardei, wo es nur lutherische Lehrer gibt, streifen 23 Kinder. Am mutigsten sind die Mädchen Josefa Zuchowska und Veronika Klein aus Budy.

In Rynkowek ist der Streik fast allgemein. In Otowice streifen seit den Michaelistagen 27 Kinder, wofür sie täglich in Arrest sitzen; dasselbe geschieht in Woluninek.

In Dombrowo hat der Streik aufgehört, dafür streifen in Wabecz alle Kinder ohne Ausnahme.

Aus Nr. 148 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 11. Dezember 1906:

Labischin, den 1. Dezember 1906.

Die Herren Lehrer Kühn und Grubich aus Dirzanowo waren als Zeugen in der Angelegenheit des Herrn Wiatrowski, eines Wirts aus Dirzanowo, vorgeladen, der wegen Ausschreitungen in der Schule sich zu verantworten hatte. (Von dieser Angelegenheit haben wir schon seinerzeit geschrieben. — Red.)

Nach dem Prozesse kamen die Herren Kühn und Grubich in das Gasthaus und setzten sich an einen Tisch, an dem viele Herren saßen. Während der

Unterhaltung fing Herr Grubich an die Deutschen wegen ihrer fortgeschrittenen Aufklärung zu rühmen; er selbst sei so klug, daß er wisse, es gäbe keinen Gott. Er meinte weiter, daß man die Kinder nur künstlich unterrichte, und fügte die Worte hinzu: „Wenn ich die Glaubensgeschichte lehre, dann wird mir ganz eklig, denn was da drin steht, ist alles nur reiner Betrug und Lüge.“ Ich bemerke, daß diese Herren Lehrer zu den erstklassigen Bedrückern unserer Kinder gehören.

Johann Siodmiak, Starost der Straz. (Die Korrespondenz veröffentlichen wir auf Wunsch und unter Verantwortung des Herrn Siodmiak. — Red.)

Aus Nr. 148 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 11. Dezember 1906:

Der Kampf um den polnischen Religionsunterricht in der Diözese Kulm.

In Koźle, Kreis Stargard, streikten 60 polnische Kinder, infolge der verschiedenen Drohungen des Lehrers jedoch gab der größte Teil derselben den Widerstand auf. Gegenwärtig antworten im deutschen Religionsunterricht 20 Kinder nicht, die auch die Absicht haben, in ihrem Vorsatz auszuharren.

In Sumin, Kreis Löbau, antworten die Kinder auf Befehl der Eltern schon seit vier Wochen im deutschen Religionsunterrichte nicht und sprechen das Gebet polnisch. Den Religionsunterricht erteilt in Vertretung des erkrankten Lehrers Herrn Ruhn der Sohn desselben, Lehrer in Rynwaldzik. Es ist dies ein interessanter Religionsunterricht. Worte wie: Donnerwetter! verfluchte Polacken! und ähnliche treffen sehr oft die Ohren der Kinder. Muß das nicht die Eltern erbittern? Die polnischen Eltern bereiten angeblich eine Beschwerde gegen das Verhalten des Lehrers vor. Aber ob das helfen wird? Es muß auch bemerkt werden, daß der Religionsunterricht hier schon früher auch auf der untersten Stufe deutsch erteilt wurde, obwohl alle Kinder ganz polnisch sind.

In Warzawice zeigte sich auch der Widerstand gegen den deutschen Religionsunterricht. Zuerst fingen 40 Kinder an zu streiken, später aber ging der Streik zurück, und es streifen gegenwärtig nur 20 Kinder. Zur Strafe wurden sie in eine untere Abteilung veretzt.

In Loncin streifen die polnischen Kinder schon seit sechs Wochen. Der Streik geht aber langsam zurück; gegenwärtig streifen nur einige Kinder.

In Lipinki bei Biskupitz sprach der Sohn des Herrn Joseph Bukowski auf Befehl der Eltern in der vorigen Woche das Gebet vor dem Religionsunterrichte polnisch. Der Lehrer, Herr Karas, der den Knaben strafen wollte, ließ alle Kinder aus der Klasse hinausgehen und schlug bei verschlossenen Türen denselben mit dem Stock und mit den Händen, wo er ihn nur traf. Der mit Striemen bedeckte Knabe konnte kaum nach Hause gehen, und die erschrockenen Eltern mußten die Hilfe des Arztes in Anspruch nehmen. Herr Bukowski hat angeblich die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben, denn der Knabe ist jetzt noch

krank und wird häufig ohnmächtig. Ob den Lehrer irgend eine Strafe treffen wird?

Um den Streik zu verhindern, erzwang Herr Karas von den Kindern in der Schule die Erklärung, daß sie die Religion deutsch lernen wollen. Er weiß es gewiß noch nicht, daß die Eltern an den Bischof und an den Herrn Minister Petitionen um Wiedereinführung des polnischen Religionsunterrichts abgeschickt haben.

Schon früher hat Herr Karas durch verschiedene Sachen den Unwillen nicht nur der polnischen, sondern auch der deutschen Bevölkerung erregt. Die letzte Tat wird gewiß zu desto größerem Unwillen gegen ihn beitragen.

Aus Nr. 148 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 11. Dezember 1906:

Aus Pinczyn, Kreis Stargard,

schreibt man uns: Bei uns streift ein großer Teil der Kinder und beabsichtigt, in seinem Voratz auszuharren. Nach Absitzen des zweistündigen Arrestes begeben sich die Kinder unter das Kreuzifix und bitten den Herrn Jesus, daß er ihnen die Gnade der Ausdauer verleihen möchte. Der Streik nimmt an Umfang zu, und wir hoffen, daß beide Schulen in allen Abteilungen in den Streik eintreten werden.

Aus Nr. 148 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 11. Dezember 1906:

Aus Stajkowo, Kreis Czarnikau,

teilt man uns mit, daß dort nach den Michaelisferien alle Kinder zu streifen anfangen, unter anderem auch die Kindern des Schulzen Herrn Katakczak. Dafür verlor Herr K. sein Amt, welches nun dem Herrn Furman zufiel. Dieser befahl aus Dankbarkeit (?) seinen Kindern, die Religion deutsch zu lernen. — (Ob dem Herrn Furman das Schulzenamt mehr Glück bringen wird, als das Bewußtsein, eine heilige Pflicht gegen sein Volk und gegen die hl. Kirche erfüllt zu haben, daran zweifeln wir! Die Redaktion.)

Aus Nr. 148 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 11. Dezember 1906:

Von weiteren Schulstreiks in Westpreußen
sendet man Nachrichten aus folgenden Ortschaften:

Adlig Bochlin, Kreis Marienwerder,
Stararzeka, Kreis Schwetz,
Lonzki piec, Kreis Schwetz,
Jazdrosc, Kreis Schwetz,
Karlsbagen, Kreis Stargard,
Kruszyna, Kreis Konitz,
Lufowo, Kreis Konitz.

In Trzebin streifen nur 4 Kinder der I. Klasse während die Kinder der II. und III. Klasse, die doch wirklich den polnischen Religionsunterricht sehr nötig hätten, und denen sogar die Regierungsverfügung das Recht zuerkennt, lernen auch fernerhin die Religion deutsch, ja sie verspotten sogar die ersteren, statt sich an ihnen ein Beispiel zu nehmen. Die Namen der Kinder, die im deutschen Religionsunterricht Widerstand leisten, sind Dominika Sutrzonka, Franziska Leman,

Martha Grzemia und Georg Kujaszewski. Diese Kinder müssen von 3—4 Uhr nachmittags im Arrest sitzen. (Wenn sie nur ausharren und andere ihrem Beispiel folgen möchten. Red.)

In Juszk streifen alle Kinder; der Lehrer ist darüber böse, aber er schlägt die Kinder nicht. — In der Schule in Kortowo, zu der auch Orla gehört, und in der den Religionsunterricht der Lehrer aus Garcin erteilt, gab als erster den Zettel mit dem Verbot des Lernens der Religion in deutscher Sprache der achtjährige Knabe Leon Kruszyński aus Orla, dann taten es alle Kinder. Der Lehrer hielt gar keinen Unterricht mit den Kindern ab, sondern begab sich mit den Zetteln zu dem lutherischen Lehrer, der die Kinder ausfragte, warum sie die Religion nicht deutsch lernen wollen, die Kinder antworteten, daß die Eltern es ihnen verboten hätten, übrigens seien sie polnische Kinder und wollen, daß man ihnen den Religionsunterricht in polnischer Sprache erteile. Nach zwei Tagen kam der Schulinspektor und drohte den Kindern an, daß sie bis zum 16. Jahre würden in die Schule gehen müssen, und daß sie drei Stunden Arrest bekommen würden, außerdem würden ihre Eltern dem Lehrer für jeden Fall, in dem er die Kinder länger unterrichten wird, zwei Mark zahlen. Dadurch ließen sich die Kinder einschüchtern und lernen jetzt wieder die Religion deutsch. (Traurig! Red.)

Anderes verhalten sich die Kinder in Garcin, denn dort streifen sie auch seit einiger Zeit, und trotzdem sie dafür im Arrest sitzen müssen, beharren sie bei ihrem Voratz. Die Kinder aus Orla und Kortowo könnten sich daran ein Beispiel nehmen.

Aus Nr. 146 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 11. Dezember 1906:

Aus Domatowek, Kreis Puzig,

schreibt man uns:

Aus unserer Ortschaft und den Abbauten haben wir eine Petition an den hochwürdigsten Bischof und eine an den Minister mit je 40 Unterschriften abgesandt. Alle haben es gern getan; nur einer hat es nicht getan, nämlich Johann Ceynowa. Er erklärte, daß wir deutsche Religion nötig haben; polnisch lernen sie die Kinder noch, wenn sie in den Vorbereitungsunterricht zu den Sakramenten gehen werden. Wie sich das alles von selbst findet, hat sich an dem Knaben seiner Schwester gezeigt, der das Lied sang: „Der Kaiser ist ein lieber Mann, er wohnt in Berlin“; als aber die Mutter den Knaben fragte, wo der König wohne, antwortete er, daß er es nicht wisse, da der Lehrer es in der Schule nicht gesagt habe.

Aus Nr. 146 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 11. Dezember 1906:

Eltern und Kinder in der Verteidigung des polnischen Gebets.

Schulstreiks sind ferner ausgebrochen in Borzechtowo und Pierzeczewo im Kreise Karthaus, in Slomowo, Rajczorek und Zlotoryi im Kreise Thorn, in Skorzemno und Dombrowo, Kreis Stargard, in Malachin, Kreis Konitz, in Komierowo, Kreis Konitz, in Garbei, in Groß-Lonz, in Rytkowek, in Drowice, in Klein-Balumin, in Gierkowo, in Dembowo, in Deutsch-Krone, in Pacaltowo bei Neustadt, in Pierwoszyn, in Kulm.

In Starzewo antworten die polnischen Kinder schon seit einigen Wochen im Religionsunterrichte nicht und beten nur polnisch, wofür sie täglich im Arrest sitzen. Der Lehrer wendet die verschiedensten Mittel an, um die Kinder zum Aufgeben des Widerstandes zu bewegen; aber die Kinder wollen davon nichts hören. Der Kreisschulinspektor ist schrecklich böse über diejenigen Eltern, die den polnischen Religionsunterricht fordern und die Petition abgeschickt haben. Als er hörte, wer die Petition von Haus zu Haus wegen des Einsammelns der Unterschriften getragen, machte er den betreffenden Personen Vorstellungen, daß sie Unrecht tun, daß sie gegen die staatlichen Behörden auftreten u.

Aus Nr. 149 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 13. Dezember 1906:

Sezewo, Kreis Schwes, den 5. 12. 06.

Schon vor drei Wochen fingen die Kinder bei uns an zu streiken; als aber die Lehrer anfangen, ihnen verschiedene Strafen anzudrohen, wurden sie schwach an Geist und fingen wieder an, deutsch zu antworten. Jetzt wieder, da sie sehen, daß die Kinder in anderen Ortschaften mutig im Widerstande verharren, tut es ihnen leid, und sie möchten wieder anfangen zu streiken — nur daß sie Angst haben, den Anfang zu machen. Man sieht, daß es in Sezewo feige Menschen gibt; denn wenn über 100 000 Kinder streiken und nichts fürchten, so dürften auch dort die Kinder nichts fürchten.

Aus Nr. 149 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 13. Dezember 1906:

Aus Althütte, Kreis Bütow,

teilt uns Herr Martin Silbat mit, daß am Montag, den 3. d. M., der Schulze, der Gendarm und der Exekutor in sein Haus kamen, und, trotzdem seine Frau krank war, mit großem Geräusch in das Zimmer eindrangen und seinen Sohn Basilus, der an diesem Tage gerade 14 Jahre alt geworden ist, gewaltsam mitnahmen. Der Exekutor brachte ihn dann nach Stolz in das sogenannte Rettungshaus, weil er im Religionsunterrichte nicht deutsch antworten wollte. Man sagte nur, daß er „auf höheren Befehl“ arretiert werde. — Den besorgten Eltern senden wir den Ausdruck der aufrichtigsten Teilnahme. Den Brief haben wir an den Abgeordneten Herrn Kulerski in Berlin abgeschickt. Red.

Aus Nr. 149 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 13. Dezember 1906:

Von weiteren Schulstreiks

sendet man uns ferner Nachrichten aus folgenden Ortschaften:

Kozłowo, Kreis Graudenz,
Lipowa, Kreis Tuchel,
Zembrze, Kreis Strassburg,
Studzinnie, Kreis Stargard,
Bedzmirowie, Kreis Konitz,
Chelm, Kreis Konitz,
Kurza, Kreis Konitz,
Mierostowo, Kreis Schlochau,
Przepalkowo, Kreis Soldau.

In Slomowa streift leider kaum die Hälfte der Kinder. Da sie die Schule in Przewno besuchen, wohin sie 2 km zurückzulegen haben, bereitet ihnen das Abjagen des Arrestes viel Schwierigkeiten.

In Naszeczorek streikten anfangs alle Kinder; als aber der Kreisschulinspektor und der Regierungsrat aus Marienwerder kamen, ließen sich 15 Kinder einschüchtern und beten und lernen die Religion jetzt deutsch. 49 Kinder streiken weiter, wofür sie im Arrest sitzen müssen. Diese Kinder singen, wenn sie aus dem Arrest entlassen werden, polnische Lieder und haben schon zu drei Messen zusammengelegt, die der Ortsgeistliche mit Supplikationen abhielt. — In Plotory streiken alle Kinder, wofür sie täglich zwei Stunden im Arrest sitzen müssen. Nach dem ersten Arreste sangen die Kinder fromme Lieder, begaben sich auf den Kirchhof unter das Kreuzifix, fielen auf die Knie und beteten den Rosenkranz, indem sie Gott um Ausdauer anflehten. Es war dies ein rührender Anblick, und selbst Andersgläubige wunderten sich, daß ein solcher Geist in die Kindern eingeblasen ist.

(Ehre sei den wackeren Kindern und ihren Eltern. Red.)

Aus der Beilage Kinderfreund
zu Nr. 149 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 13. Dezember 1906:

Brief eines Kindes.

Von Agnes M., Gelsenkirchen in Westfalen:

Ich bitte aus weiter Ferne die folgenden Worte anzunehmen:

Liebe junge Brüder und Schwestern in der Schule, die Ihr dort im Vaterlande so schwer in der Verteidigung des polnischen Religionsunterrichts leiden müßt, wir hier in fremden Gegenden halten Euch für kleine Helden. Wir fühlen mit Euch zugleich das schwere Schicksal und so mancher schwere Seufzer geht von hier an den Thron des Allerhöchsten, damit er Euch Kraft, Mut und Ausdauer verleihe und endlich die Erfüllung Eurer Wünsche geben möge.

Ich bin hier in der Fremde im Jahre 1895 in Lückendorf geboren, aber ich liebe heiß alles was polnisch ist, und was dem polnischen Herzen teuer ist; Euch aber wünsche ich ein fröhliches Weihnachten und rufe zum Schluß laut: „**Hoch leben die wackeren polnischen Kinder in heimatlichen Gegenden.**“

Aus Nr. 149 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 13. Dezember 1906:

Der Kampf um den polnischen Religionsunterricht in der Diözese Kulm.

In Profowo antworten die polnischen Kinder schon seit über vier Wochen im deutschen Religionsunterrichte nicht und beten polnisch. Dafür erhalten sie täglich 1½ Stunden Arrest. Die Kinder sind guten Mutes und haben die Absicht so lange zu streiken, bis ihnen der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt werden wird. Nur die Kinder des Arbeiters W. hörten auf zu streiken, da der Landrat dem Vater erklärt hatte, er würde ihn aus der Arbeit entfernen, wenn seine Kinder die Religion nicht deutsch lernen werden.

In **Grzyb**, Kreis Karthaus, zeigte sich der Widerstand gegen den deutschen Religionsunterricht; als aber der Lehrer anfang, die Kinder zu schlagen und sie mit den verschiedensten Drohungen einzuschüchtern, gaben die Kinder schnell den Widerstand auf und lernen die Religion wieder deutsch.

In **Lisniewo**, Kreis Karthaus, streifen die polnischen Kinder der ersten und zweiten Klasse auch fernerhin und haben die Absicht, in ihrem Vorhaben auszuharren.

In **Zimnedroje** antworten die polnischen Kinder schon seit drei Wochen im deutschen Religionsunterricht nicht und beten polnisch.

In **Smatowo**, Kreis Karthaus, antworten auf Befehl der Eltern die Kinder im deutschen Religionsunterrichte nicht und sprechen das Gebet polnisch. Der Lehrer und der Schulinspektor bemühen sich auf die verschiedenste Weise, die Kinder zum Aufgeben des Widerstandes zu bewegen, jedoch der größte Teil derselben läßt sich nicht einschüchtern, sondern handelt so, wie es die Eltern befohlen haben. Einige Kinder lernen die Religion wieder deutsch.

Aus **Jelen** bei Piaseczno teilt man uns mit, daß die dortigen Familienväter, 76 an der Zahl, Petitionen an die geistliche und weltliche Behörde abgeschickt haben, in denen sie polnischen Religionsunterricht fordern. Einige Väter wollten aus verschiedenen Gründen nicht unterschreiben. Die polnischen Kinder streifen hier schon seit einigen Wochen und wollen auf keinen Fall die Religion deutsch lernen.

Aus **Rojschattki** schreibt man uns, daß die dortigen Familienväter, 42 an der Zahl, Petitionen in der Angelegenheit des polnischen Religionsunterrichts abgeschickt haben. Nur vier Landleute haben nicht unterschrieben.

In **Wycinki** ist auch der Schulstreik ausgebrochen. Fast alle polnischen Kinder antworten auf Befehl der Eltern im deutschen Religionsunterricht nicht und beten das Vaterunser polnisch.

In **Pomiczynska Huta** dauert der Schulstreik schon einige Wochen. Die polnischen Kinder treten mutig in der Verteidigung des polnischen Religionsunterrichts auf, wofür sie täglich eine Stunde im Arrest sitzen müssen.

Aus **Danzig** telegraphiert man an die Berliner Neuesten Nachrichten:

Im Regierungsbezirk Danzig läßt der Streik der polnischen Kinder nach. Die Regierung wendet strenge Mittel an. Sie entsetzt die Mitglieder der Ortsbehörden des Amtes, kündigt den Waldarbeitern die Arbeit, entzieht ihnen die Erlaubnis, Holz aus dem Walde zu holen; die Domänenpächter kündigen den Chausseearbeitern (?) die Arbeit. Das alles geschieht im Staate der Kultur, der Freiheit und der Gerechtigkeit.

Aus Nr. 46 des Mazur (Ortelsburg, Ostpr.)

vom 9. Dezember 1906:

Um die Muttersprache.

Am Mittwoch begannen die Beratungen über die beiden Interpellationen (das ist eine an die Regierung gerichtete Forderung um Aufklärung) in der Angelegenheit des Streiks polnischer Kinder im Posenischen, in Westpreußen und Oberschlesien. Wir müssen an dieser Stelle unsere lieben Leser darüber aufklären, was jene Interpellation hervorgerufen hat.

Es gibt ein Gesetz, nach dem der Religionsunterricht in den Schulen in der Muttersprache erteilt werden soll, denn so müßte es auch sein. Wenn etwas, dann muß man vor allem das Gebet und den Katechismus, dieses Gespräch mit dem allmächtigen Schöpfer der Welt, in der Sprache lernen, die man genau kennt; denn nur dann kann man wirklich den höchsten Herrn loben und ehren. Ist denn aber die einzige Sprache, in der es dem Menschen möglich ist, sich zu Gott zu erheben, nicht die Sprache, die uns die Mutter gelehrt, also bei uns Polen die polnische Sprache?

Es ist ja wahr, daß es gut ist, auch andere Sprachen zu kennen; wir im preussischen Staate Lebenden müßten die deutsche Sprache kennen und sie erlernen. Aber begreift denn jeder alles auf einmal, als wenn man den Verstand mit dem Löffel schöpfen könnte? Doch wohl nicht! Deshalb verstehen auch unsere sechsjährigen Kleinen, wenn sie die Schulschwelle kaum betreten haben, den Lehrer nicht, der ihnen sofort in der ihnen bisher fremden unverständlichen Sprache entgegentritt.

Aber jetzt lehrt man in den Schulen nur deutsch, und sogar im Religionsunterrichte will man, daß die Kinder deutsch antworten. Deshalb versteht der sechsjährige Kleine nichts und dazu soll er noch sogleich die Glaubenswahrheiten begreifen, Wahrheiten, die ihm in fremder Sprache dargeboten werden.

Dagegen sind die polnischen Kinder in den oben genannten Provinzen von selbst aufgetreten und haben aufgehört, im Religionsunterrichte deutsch zu antworten und verlangen, daß man sie in der Religion polnisch unterrichte. Gegenwärtig streifen über 120 000 Kinder im Religionsunterricht, das heißt, sie antworten nicht deutsch. Die Eltern verbieten ihnen in ihrer Sorge um das Seelenheil ihrer Kleinen, Religion deutsch zu lernen.

Dafür jedoch, daß die Kinder dem Befehl der Eltern gehorham sind, daß sie nach dem vierten Gebot handeln, treffen sie in der Schule viele empfindliche Strafen. Infolge dieser Strafen und aus Anlaß des Religionsunterrichts in der fremden Sprache hat man diese Interpellationen eingebracht. Von den Verhandlungen werden wir unseren lieben Lesern in der nächsten Nummer berichten.

Aus Nr. 47 des Mazur (Ortelsburg Ostpr.)

vom 12. Dezember 1906:

Schamlos sind sie!

Ihr werdet Euch vielleicht wundern, geliebte Leser, daß wir jemanden mit so scharfen Worten bezeichnen; aber wartet nur, und Ihr werdet erfahren, daß wir recht haben. Wer ist hier schamlos? Das sind die katholischen Zentrumsleute im deutschen Parlament.

Die Sache verhielt sich so. Es ist Euch bekannt, daß die Polen im deutschen Parlamente eine Interpellation in der Angelegenheit des Religionsunterrichts in der fremden Sprache in den Volksschulen eingebracht

haben. Dafür nämlich, daß die Kinder dem Befehle der Eltern folgten und in der Schule die Religion nur polnisch lernen wollten, wurden sie von den Lehrern andauernd durch einen mehrstündigen Arrest in der Woche bestraft; ferner schickte man solchen Schulen neue Lehrer, welche die Gemeinde aus eigener Tasche bezahlen mußte, und was am schlimmsten ist, man fing an, diejenigen Kinder, die deutsch nicht antworten wollen, den Eltern abzunehmen und sie in Zwangserziehung zu übergeben. Das geschah in mehreren Fällen. Und wofür? Weil sie das vierte Gebot erfüllten, sagte man, daß es ihnen an moralischer Reife fehle.

Sage, lieber Leser, was Du zum Beispiel in einem ähnlichen Falle tun würdest. Du sagst also Deinem Jungen, daß er im Religionsunterrichte so antworten solle, wie er es bei der Mutter gelernt hat, das heißt in unserer polnischen Sprache; der Rektor will aber, daß er im Religionsunterrichte deutsch antworte. Wenn der Junge Dir gehorcht, erfüllt er das vierte Gebot, aber wenn er das vierte Gebot erfüllt, dann sagt ihm der Rektor, daß er die moralische Reife nicht beäße, da er ihm, dem Rektor, nicht gehorche. Hat der Rektor recht? Wahrscheinlich nicht, denn das Recht der Eltern geht dem Recht des Rektors vor; deshalb würde Dich ein solches Verhalten des Rektors empören, nicht wahr?

Deshalb ist auch die Interpellation mit Recht eingebracht worden. Und es schien, daß jene katholische Zentrumsparthei sich wird auf die Seite der Polen stellen müssen; denn jene Zentrumsleute schreiben fortwährend, daß sie für Wahrheit und Gerechtigkeit eintreten. Aber das ist ihrerseits nur ein Hintergehen des Volkes; denn jetzt, als es zur Beratung über die Interpellation kam, richteten sie sich folgendermaßen ein. Die Interpellation wurde von Polen eingebracht und begründet. Die Zentrumsleute brachten in derselben Angelegenheit auch eine Interpellation ein, angeblich um die polnische zu unterstützen, dabei aber bewarß der Zentrumsmann, der katholische Geistliche Glowatsky, in seiner Rede die polnischen Eltern mit Rot, die ihre Elternrechte verteidigen. Zu Hilfe kamen ihm die Konservativen und andere Regierungsmänner. Jetzt sollten die Hauptverhandlungen kommen, in welchen die Polen die nichtswürdigen und schamlosen Lügen der katholischen Zentrumsleute widerlegen sollten.

Aber das katholische Zentrum ist eine hinterlistige Partei. Es hat im Parlamente viele Stimmen, deshalb veranlaßte es, daß über die Interpellation nicht weiter beraten wurde; sie sagten, daß das Zentrum viel andere wichtigere Sachen zu besprechen hat, wie z. B. Heringe, Gerste und Eisen, und einer von den bedeutendsten Zentrumsabgeordneten verstand es, zwei Stunden über die Gerste zu quasseln. So haben sie den Polen das Wort abgeschnitten und haben gezeigt, daß ihnen der Schmerz der Eltern von 130 000 polnischen Kindern, daß ihnen die Gerechtigkeit nichts bedeutet. Deshalb ewige Schande den katholischen Zentrumsleuten.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 150 des Polak (Posen)
vom 15. Dezember 1906:

Aufruf.

Die Zeit der Reichstagswahlen ist nahe. In Anbetracht dessen, daß der Kampf heftig sein wird, ist es unsere heilige Pflicht, alle Kräfte aufzubieten, auf daß wir das einmal eroberte Mandat auch fernerhin behaupten.

Daher wird das unterzeichnete Komitee in kürzester Zeit für die Einberufung einer Versammlung von Vertrauensmännern sorgen, in welcher wir die Einteilung der Wahlarbeit vornehmen werden. Dieses Mal ermuntern und bitten wir dringend alle gut gesinnten Männer, sich mit der Sammlung von freiwilligen Beiträgen zu befassen, die wir den am nächsten wohnenden Komiteemitgliedern zu übersenden bitten.

Eine praktische Art, den Fonds zu Wahlzwecken zu vermehren, werden wir in der abzuhaltenden Versammlung vorlegen.

Das polnische Wahl-Komitee für den Wahlkreis Kattowitz-Zabrze.

W. Szyperski-Kattowitz, Dr. Hager-Zabrze,
Vorsitzender. zweiter Vorsitzender.

Jr. Neumann-Siemianowitz, A. Ligon-Kattowitz,
Schriftführer. Kassierer.

K. Piecha-Zabrze A. J. Manka-Poremba.
A. Szymkowiak-Kattowitz, W. Zajonc-Kattowitz,
Delegierte.

Aus Nr. 292 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 22. Dezember 1906:

Aufruf an die polnischen Wähler in Schlesien. Wähler!

Der deutsche Reichstag wurde aufgelöst, weil die Mehrheit der Abgeordneten über 29 Millionen Mark nicht bewilligte, welche die Regierung zu Kriegszwecken in der deutschen Kolonie Südwest-Afrika forderte, und weil sie damit einverstanden sein wollte, daß 8000 Soldaten des deutschen Heeres nach dem 1. April 1907 in dieser Kolonie zurückgelassen würden. Die Unterhaltskosten für einen Soldaten in Afrika belaufen sich jährlich auf rund 10 000 Mark, mithin verursacht jedes Tausend Soldaten eine Jahresausgabe von 10 Millionen Mark.

Die Regierung selbst gab wiederholt zu, daß der eigentliche Krieg in den Kolonien beendet sei, und daß gegenwärtig nur noch 300 Hottentotten mit dem deutschen Heere kämpfen.

Hört! Dreihundert schlecht bewaffnete und zum Kriegsdienst nicht abgerichtete Hottentotten stehen unter Waffen, und die Regierung hält dafür, daß sie zu ihrer Niederwerfung ein mehrere Tausend Mann zählendes reguläres gewandtes Heer brauche?!

Hat der Krieg in jener Kolonie nicht schon genug Geld verschlungen? 400 Millionen wurden bis jetzt für sie verausgabt; jetzt verlangt die Regierung 29 Millionen und im Etat für das Jahr 1907 noch weitere 65½ Millionen Mark. Das sind zusammen rund 500 Millionen oder eine halbe Milliarde Mark!

Du aber, Bürger im Lande, schränke Deine Bedürfnisse ein, entziehe Dir und Deiner Familie vom Mundvorrat, und zahle, zahle, zahle fortwährend, von Jahr zu Jahr größere Steuern, damit die Regierung Mittel hätte, bodenlose Löcher in den Kolonien zu verstopfen!

Von den Reichstagsabgeordneten stimmten zugunsten der Regierung: die Konservativen, Liberalen, Regierungsparteiler, Freisinnigen, Antisemiten und — Graf Balles-Item. Gegen die Regierung: die Polen, das Zentrum und die Sozialdemokraten. Das Zentrum wollte jedoch 20 Millionen bewilligen; das war aber der Regierung zu wenig. Die polnischen Abgeordneten dagegen erklärten, daß sie für Kolonialzwecke nicht einen Groschen bewilligen werden.

Wähler!

Wir sind überzeugt, daß ihr die polnischen Abgeordneten dafür belobigen werdet. Sie handelten so, wie es euer Bedürfnis und euer Wohl verlangen. Sie lehnten eine Ausgabe ab, die ihr aus euren Taschen hätten bezahlen müssen.

Bei der Abstimmung für Kolonialzwecke handelt es sich nicht nur um das Geld. Damit war noch eine andere wichtige Angelegenheit verbunden.

Die Vertreter der Regierung äußerten in der letzten Reichstagsitzung die Ansicht, daß die Abgeordneten das Recht der Verantwortung für das, was geschieht, nicht hätten. Sie könnten das, was ihnen die Regierung vorlege, nur bewilligen oder ablehnen.

Mit Recht kann man darauf antworten, daß die Regierung in früheren Zeiten, in denen die Bürger im Staate keine Bedeutung hatten, machen konnte, was ihr beliebte. Gegenwärtig aber, wo das Volk auf Grund der verfassungsmäßigen Rechte durch seine Abgeordneten zur Mitwirkung mit der Regierung berufen ist, ist das Recht der Verantwortung für die Abgeordneten nicht geringer als für die Regierung. Das Volk soll durch seine Abgeordneten bei allem das Wort haben, wenn es sich um seine Rechte und seine Tasche handelt.

Dadurch, daß die polnischen Abgeordneten die Forderung der Regierung ablehnten, ließen sie erkennen, daß sie die Pflicht der Verantwortung fühlen, daß sie gegen die Beschränkung der parlamentarischen Rechte protestieren und die Wortfreiheit der Bürger beim Regieren mannhaft in Schutz nehmen. Dafür sei ihnen Lob! Sie haben sich als wahre Verteidiger der Freiheiten, Rechte und der Tasche des Volkes erwiesen.

Die Abstimmung der polnischen Abgeordneten war nicht nur ein Protest gegen die Ausgaben zu Kolonialzwecken und gegen die Verkürzung der parlamentarischen Rechte. In nicht geringerem Maße war sie auch ein lebhafter und nachdrücklicher Protest gegen das ganze Verhalten der Regierung gegenüber den Polen im Deutschen Reiche.

Mit Recht sagte auch im Namen der polnischen Abgeordneten der Abgeordnete Herr Leo von Czarlinski, daß wir nicht eine Regierung unterstützen können, die uns Polen das Dasein in der Schule, vor Gericht, bei den Behörden und im öffentlichen Leben erschwert, die uns die Rechte auf unsere Nationalität und Sprache nicht zuerkennen will, sowie uns in der natürlichen Entwicklung auf Grund der uns von Gott verliehenen Nationalität in den Grenzen der Verfassung hinderlich ist.

Ist es notwendig, Wähler, euch an unsere Lage zu erinnern, alle Bedrückungen, Bedrängnisse, Sorgen aufzuzählen, die wir einzig deshalb ertragen müssen, weil wir bleiben wollen, was Gott aus uns geschaffen hat?! Ihr alle kennt und fühlt sie.

Lehnen wir uns doch gegen den Staat nicht auf! Erfüllen wir doch streng unsere Pflichten. Vergießen doch unsere Söhne ihr Blut für den Staat, wenn es nützt, und auch jetzt in den afrikanischen Kolonien. Wenn wir unsere Pflichten gegen den Staat erfüllen, warum gibt er uns nicht das, was uns auf Grund der natürlichen Rechte Gottes und auf Grund der bürgerlichen Gleichberechtigung gebührt?!

Unsere Abgeordneten haben, daß sie gegen die Regierung stimmen, nachdrücklich Ausdruck verliehen der Unzufriedenheit, von welcher die ganze polnische Nation in Deutschland gegen die Regierung erfüllt ist.

Insbesondere wir in Oberschlesien haben außer in dem preußischen politischen System noch in den schlesischen Zentrumsleuten einen Gegner.

Wähler! Ist die Blindheit von euren Augen noch nicht gewichen? Habt ihr euch noch nicht genügend

davon überzeugt, was die Freundschaft des Zentrums wert ist? Erst vor kaum einigen Wochen, als ein Kreis braver polnischer Geistlicher nach Kattowitz eine Versammlung einzuberufen beabsichtigte, um über unsere Lose gemeinsam beraten zu können, vereitelte ein Befehl der Zentrumsleute diese edlen Absichten, und ein Schrei der Entrüstung entwand sich den polnischen Herzen. In den Schulen streifen die tapferen polnischen Kinder, um nicht das Seelenheil durch den Religionsunterricht in der unverständlichen deutschen Sprache zu gefährden. Die Zentrumsfreundschaft lehnt der polnischen Fraktion ihre Unterschriften unter die Interpellation in dieser Angelegenheit ab, sie macht ihre weitere Besprechung unmöglich. Unser Arbeiter stöhnt unter dem Druck der Fleishteuerung, indes erklärt der einzige Zentrumsredner, der Abgeordnete Gerstenberger, der diese Angelegenheit im Reichstage besprach, daß es eine Fleishteuerung nicht gäbe.

Wähler!

Die Neuwahlen werden Freitag, den 25. Januar stattfinden.

Sie werden nicht leicht sein. In ganz Schlesien, soweit es polnisch ist, wird ein Wahlkampf entbrennen wie er noch nie war. In ihm soll sich zeigen, ob das polnische Volk aufrichtig wünscht, daß es Abgeordnete nicht nur dem Namen nach, sondern aus Überzeugung aus ihrem ganzen Herzen hätte, solche, die Blut von seinem Blut und Fleisch von seinem Fleisch sind.

Wähler! Rüstet euch schon jetzt zu diesem Kampfe in allen Kreisen, denn es handelt sich um große Dinge.

Sofort nach den Feiertagen, während welcher ihr euch besprechen, besichtigen und rüstet möget, werden wir die polnischen Kandidaten bekannt machen, die im Falle ihrer Wahl der polnischen Fraktion beitreten werden, um gemeinsam mit den Abgeordneten der ganzen polnischen Nation im deutschen Kaiserreich für die Freiheiten und Rechte des katholischen und polnischen Volkes zu kämpfen.

Das polnische Wahlkomitee für Schlesien.

M. Hanke, J. N. Stenslicki, Dr. P. Hylla, Vorsitzender. Stellvertr. Vorsitzender. Schriftführer.

Ligon,

Kassierer.

Dr. Stefan Adamczewski. Johann Eckert. A. A. Koczynski. M. Kandziora. Dr. J. Miecznikiewicz. J. Neumann. Dr. B. Parczewski. J. Lazar. M. Kasiek. J. Nowak. Dr. M. Rozanski. Dr. M. Hager. M. Sierón. Dr. J. Biach. Dr. J. Seyda. J. Kaczmarek.

Aus Nr. 296 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 28. Dezember 1906:

Die Wahlen im Kreise Oppeln.

Donnerstag um 6 Uhr nachmittags fand eine Sitzung des polnischen Komitees für den Kreis Oppeln statt. In der Sitzung waren zugegen Pfarrer Janowski aus Kotorz, Pfarrer Kufka aus Chrzymcyce, Pfarrer Pogrzeba aus Lugmiany. Pfarrer Adamczewski aus Bogelau konnte nicht erscheinen, er trat aber dem Komitee bei. Pfarrer Pogrzeba versicherte, daß viele andere Geistlichen im Kreise mit uns seien, wenn sie auch aus diesen oder jenen Gründen nicht erschienen seien. Zum Komiteevorsitzenden wurde Pfarrer Janowski gewählt, und der bisherige Vorsitzende Herr T. Baron nahm die Stellvertretung an. Es folgten dann ausführliche Erörterungen darüber, wie sich die heutigen Verhältnisse in Oberschlesien gestaltet hätten,

wie notwendig es sei, daß neben weltlichen Kandidaten auch Geistliche kandidierten, daß auch in Oberschlesien die Losung lautete: Das Volk mit den Geistlichen und die Geistlichen mit dem Volke. In diesem Geiste sprachen alle anwesenden Geistlichen, außerdem der Redakteur der Gazeta Opolska Herr B. Korajewski, ferner die Wirte Baron und Mulezko aus Richtersdorf, Czecz aus Goslawitz, Fr. Paszkowski, T. Korajewski und andere. Pfarrer Kalka widersetzte sich anfänglich der Aufstellung einer geistlichen Kandidatur wegen der Abhängigkeit der Geistlichen, später aber anerkannte er es als recht, daß neben den weltlichen Kandidaten auch einige Geistliche kandidierten.

Nach dieser lebhaften und für die gute Sache begeisterungsvollen Diskussion wurde beschlossen, die **Kandidatur des Pfarrers Brandys** aus Dzierzgowitz (Kreis Kosel) aufzustellen, und, falls er sie nicht annehmen sollte, sich noch an andere Pfarrer zu wenden.

Am Freitag traf vom Pfarrer Brandys die Antwort ein, daß er aus Dankbarkeit für das ihm geschenkte Vertrauen die Kandidatur annehme, und daß er am Sonntag, den 23. d. M., wenigstens auf kurze Zeit in der Komiteesitzung erscheinen werde, um wenigstens einen kleinen Kreis seiner Wähler kennen zu lernen. Pfarrer Brandys erschien tatsächlich in der Komiteesitzung und sprach über Wahlangelegenheiten.

Es muß hinzugefügt werden, daß Erzpriester Gabryel aus Bralin (gebürtig aus Groß-Döbern) ein herzliches Dankschreiben für das Komitee und für einige Wähler, die ihn baten, die Kandidatur im Kreise Oppeln anzunehmen, übersandte. Er hätte die Kandidatur gern angenommen, aber sein zweifelhafter Gesundheitszustand erlaube es ihm nicht.

Herr Major Szmulka teilte der Gazeta Opolska mit, daß er unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr kandidieren könne.

Aus Nr. 148 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 18. Dezember 1906:

Wahlversammlung für Ratibor.

Da bis jetzt alle Bemühungen, in Ratibor einen Saal zu einer Wahlversammlung zu erlangen, erfolglos waren, wurde von der Gastfreundschaft der Landsleute jenseits der Oder Gebrauch gemacht, und gestern nachmittags um 5 Uhr in Oderberg-Stadt eine Versammlung zwecks Gründung eines Wahlkomitees für den Stadt- und Landkreis Ratibor veranstaltet. Mehr als 100 Teilnehmer aus Ratibor und Umgegend erschienen in der Wahlversammlung, welche Herr Dr. Kostek aus Ratibor leitete.

Auf dem ersten Punkt der Tagesordnung stand die Konstituierung des Bureaus. Auf Antrag des Rechtsanwalts Natajski wurden folgende Herren einstimmig gewählt: Dr. Kostek als Vorsitzender, Rechtsanwalt Natajski als Schriftführer und Delegierter, Ludwig Maczek als Kassierer, Redakteur Josef Palendzki, Paul Gayka, sämtlich aus Ratibor; Theophil Pardygol aus Altdorf, Johann Piota aus Plonia, Franz Szczyrba aus Uchylsko, Karl Krolebac aus Kraskowice, Johann Passinger aus Wojnowitz und Robert Ligacz aus Ratibor-Hammer. Zugleich wurde dem Komitee das Recht verliehen, im Bedarfsfalle mehr Mitglieder zu kooperieren.

Alsdann erteilte der Vorsitzende dem Redakteur der Nowiny Raciborskie Josef Palendzki das Wort, der die Angelegenheit der polnischen Interpellation in Sachen des Schulstreiks im Reichstage beleuchtete und das Verhalten des Zentrums gegenüber der polnischen

Fraktion, sowie die Gründe der Reichstagsauflösung verurteilte.

Hierauf sprach Herr Dr. Kostek und empfahl den Direktor der Volksbank in Ratibor Herrn Paul Gayka als Kandidaten zum Abgeordneten. Redner führte u. a. aus, daß das oberschlesische Volk, namentlich in der landwirtschaftlichen Gegend, zu wenig seine persönliche Würde fühle, zu wenig die polnische Geschichte kenne und, hart angelassen, sich zu sehr erniedrige. Das polnische Volk gleiche einem Schützen, der zwar eine Büchse und Kugeln hat, dem es aber an Pulver, d. i. an genügender nationaler Aufklärung fehlt. Ebenso wie die Juden überall alles Ihrige verteidigten, ebenso müßten alle Polen zusammen die Losung befolgen: Einer für alle, alle für einen. — Dem polnischen Volke fehle noch der Bürgermut, es müßte stolz darauf sein, daß es Gott polnisch erschaffen habe. Wenn sie sich nicht verteidigen würden, dann würden sie die Gegner bestimmt aufessen, denn daß diese ihnen schon start auf der Nase herumtanzten, das wüßten sie alle wohl. Redner schloß seine Ansprache mit dem warmen Appell: Weder einen Regierungsparteiler, noch einen Zentrumsmann brauchen wir zum Abgeordneten, sondern der Seine wähle den Seinen!

Alsdann stellte sich unser Kandidat, Bankdirektor Herr Paul Gayka, vor. Seine mit Überzeugungskraft gehaltene Rede nahmen die Versammelten mit dommerndem Beifall auf, indem sie dadurch bezeugten, daß sie mit seinen Ausführungen völlig einverstanden sind. Herr Gayka erklärte, er nehme die ihm auferlegte Bürde im Namen der nationalen Pflicht auf sich und er verspreche, daß er, wenn er gewählt werden werde, die Rechte des polnischen Volkes verteidigen werde, soweit seine Kräfte ausreichen würden. Bei der Besprechung der politischen Lage in Oberschlesien zeigte Redner, welche Veränderung im Laufe der Jahre mit der Zentrumsparlei eingetreten sei, und weshalb die Polen zu ihr kein Vertrauen haben könnten. Anders war das Zentrum zur Zeit Windhorsts, Schorlemers usw.; damals hätten die Polen mit dem Zentrum Hand in Hand gehen können, weil es damals durch und durch und ausgesprochen katholisch gewesen sei. — Nach dem Tode seiner großen Führer habe sich jedoch das Zentrum zur Regierungspartei umgestaltet, bis es so weit gekommen sei, daß heute Zentrumsredner, wie der Abgeordnete Erzberger in Rattowitz und andere, frei und offen bekennen, daß das Zentrum nicht ausschließlich eine katholische, sondern eine durch und durch deutsch-nationale Partei sei, welcher auch Andersgläubige angehören könnten. Mit diesem Augenblick änderte sich auch die Lage für die Polen. Sobald nämlich das Zentrum freiwillig dem katholischen Charakter entsagt habe, habe es auch das letzte Band durchschnitten, welches es mit den Polen vereinigt habe. Von einer nichtkatholischen Partei könnten nämlich die Polen nichts erwarten. Was hat übrigens die Zentrumsparlei seit 30 Jahren für die Polen getan? ... Für die Hunderttausende polnischer Stimmen, die sie bei den Wahlen zu erhalten pflegte, habe sie zwar die Notwendigkeit des polnischen Religionsunterrichts in der Muttersprache anerkannt, aber auch in dieser Frage sei sie so schwach und lau aufgetreten, daß sie nicht imstande war, von der Regierung etwas für uns herauszubekommen. So habe sich auch die Geduld der Polen erschöpfen müssen, und es sei zum offenen Bruch gekommen. Wie das Zentrum mit den Polen umgegangen sei, sei geradezu ein Hohn, denn sie hätten nicht nur ein Recht auf das bishen Muttersprache, sondern auch auf ein nationales Leben im vollen Sinne des Wortes. Ihre Liebe zu den Polen sei so groß, daß sie diese am liebsten verschlängen, um das germanische Blut in ihren Adern aufzufrischen. Die Gegner

nennten die Polen minderwertig. Warum wollten sie sie also mit Gewalt germanisieren? ... Um ein „minderwertiges“ Element würde sich wohl niemand kümmern; augenscheinlich seien mithin die Polen nicht eine so schlechte Nation, wie dies ihre Gegner vor der Welt dartun möchten. — Da man jedoch gesehen habe, daß es nicht gelinge, das obererschlesische Volk zu ver-deutschen, habe das Zentrum zu schmollen begonnen. Die Polen könnten ruhig sein und sie dürften nur auf ihre eigenen Kräfte vertrauen. Er, Redner, sei als Kandidat unter der Losung der polnischen Fraktion aufgestellt, denn sie allein könne die Rechte des polnischen Volkes gebührend verteidigen. Wenn sie sich unter den Schutz des Zentrums begäben, hätten sie nichts zu gewinnen und alles zu verlieren. Daher müßten sie sich auch unbedingt auf ihre eigene Kraft stützen und nicht auf Fremde rechnen.

Hierauf erwähnte Redner noch verschiedene An-gelegenheiten, um deren Durchführung er sich im Falle seiner Wahl bemühen würde, u. a., daß die Arbeiter das volle Recht der Bildung von Verbänden erhielten, daß die Invalidenrente schon nach dem 60. Lebensjahre gewährt würde, und daß auch die Landwirte bei Krank-heiten oder Unfällen eine Beihilfe aus Krankenkassen sofort und nicht erst nach 13 Wochen erhielten.

Redner wandte keine hochtrabenden Phrasen an, er versprach nicht goldene Berge, wie dies die Zentrums-kandidaten zu tun pflegten, sondern er sprach sachlich und klar, und jedem Worte wohnte die Kraft jugend-licher Begeisterung, die Lust zur Arbeit an der Ver-besserung und Befestigung der Existenz unserer Volks-gesamtheit inne. — Daher empfanden auch die Ver-sammelten, daß ein rechter Sohn des obererschlesischen Landes, ein Landsmann von ihrem Blut zu ihnen spreche und heilig halten werde, was er verspreche. Die Programmrede des Kandidaten wurde darum auch mit donnerndem Beifall aufgenommen.

Schön und erschöpfend sprach auch der letzte Redner, Redakteur des Katolik, Herr Dombek, indem er mit seiner Beredsamkeit alle Hörer mit sich fortriß. Auch er ist ein Sohn des obererschlesischen Landes, der die uns widerfahrenden Unbilden fühlt und alles vor-trefflich zu schildern vermag, was uns schmerzt. Bei der Besprechung der politischen Lage empfahl er warm die Kandidatur des Herrn Gąska und wünschte aus ganzem Herzen, daß der Wahlkampf im Kreise Ratibor gleichfalls mit einem polnischen Siege besiegelt würde. Es komme nämlich nicht nur auf den Industriebezirk an, sondern auch darauf, daß die landwirtschaftlichen Gegenden für die polnische Sache gewonnen würden; dem Kreise Ratibor werden sicherlich auch andere landwirtschaftliche Kreise folgen. Redner schilderte in schönen Worten die Geschichte der früheren slawischen Länder an der Elbe, die heute einen großen slawischen Friedhof bildeten. Dann berührte Redner die Kolonial-wirtschaft in Afrika, wo die europäische Kultur nicht mit dem Kreuz in der Hand, sondern mit Hilfe des Schwertes verbreitet werde. Auf die gegenwärtigen Wahlen übergehend, erörterte Redner Fehltritte der Zentrumsleute und erteilte Weisungen, wie man sich bei den Wahlen verhalten solle. Er wandte sich auch ermunternd an die Brüder Mähren, daß auch sie für ihren Stammesgenossen stimmen möchten, und er warnte sie, sie sollten sich nicht einreden lassen, daß durch die Wahl des Herrn Gąskas eine katholische Stimme in Berlin verloren gehen werde. Das sei nicht wahr, denn Herr Gąska sei ein guter Katholik, mithin werde eine katholische Stimme nicht verloren gehen. übrigen werden sie alle die katholische Kirche bis zum letzten Blutstropfen verteidigen, dazu möge ihnen Gott seine Hilfe leihen! — Es werde auch solche geben, die sagen werden, die polnische Fraktion

sei schwach, es lohne also nicht, für sie zu wählen. Solchen müsse man sagen, daß sie mit der großen Zentrumsparthei schlimme Erfahrungen gemacht hätten, jetzt wollten sie lieber für die polnische Fraktion wählen, denn in ihr säßen wenigstens ihre Brüder, die mit dem Volke alles fühlten, was sie schmerze. Auch diese mit Begeisterung gesprochenen Worte riefen einen Beifalls-sturm hervor.

Zu Wahlzwecken wurden an Ort und Stelle 28,73 Mk. gesammelt. Den Landsleuten für die Gast-freundschaft bestens dankend, schloß der Vorsitzende mit dem altpolnischen katholischen Grusse die Ver-sammlung, deren Verlauf bei den Teilnehmern eine unerhörte Begeisterung wachrief. Gebe Gott, daß auch die Wahlen mit dem Siege der polnischen Sache enden wollten.

Welche Begeisterung unter unserem Volke herrscht, dafür ist ein Beweis, daß trotz des Regenwetters und Schneesturmes in der Versammlung ein 70jähriger Greis aus der Gegend von Ratibor erschien. Ehre diesem Volke, das sich durch nichts abbrechen läßt, wenn es sich um die Erfüllung seiner Pflicht handelt.

Aus Nr. 150 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 22. Dezember 1906:

Aufruf.

Unser Kandidat für den Stadt- und Landkreis Ratibor ist

Herr Paul Gąska,

Direktor der Volksbank in Ratibor.

Das polnische Wahlkomitee für Schlesiens.

Dr. Hauke.

Volksgenossen!

Wie ihr aus dem voranstehenden Aufruf ersieht, hat unsere Wahlbehörde, das polnische Wahlkomitee für Schlesiens, die Kandidatur des Herrn Paul Gąska für den Kreis Ratibor bereits bestätigt.

Landsleute! Wir haben also unseren eigenen Kandidaten; von unserer eifrigen Arbeit und Agitation hängt also jetzt der Sieg der polnischen Sache im Kreise Ratibor ab.

Wer nur ein polnisches Herz in sich fühlt, wenn es um die Verteidigung nicht allein des heiligen Glaubens, sondern auch der Rationalität zu tun ist, der wird seine Stimme am Wahltag nur dem polnischen Kandidaten Herrn Paul Gąska geben.

Genug schon der Dienstleistungen den Zentrums-leuten gegenüber, die das polnische Volk nur für die Größe ihrer Partei ausbeuteten, ohne ihm einen Gegen-dienst erwiesen zu haben. Brüder, ihr würdet auch vergeblich Dankbarkeit von der Seite des Zentrums für Eure langjährigen Dienste erwarten, denn die Dankbarkeit des Zentrums ist — wie das Sprichwort sagt — schon längst in den Himmel gestiegen und hat die Leiter mit sich hinaufgezogen, so daß sie jetzt zur Erde nicht mehr herabsteigen kann.

Es ist die höchste Zeit, daß durch Aufstellung eines polnischen und katholischen Kandidaten im Kreise Ratibor gezeigt wird, daß hier polnisches Volk lebt und als Vertreter im Reichstage einen Landsmann von seinem Fleische und Blut haben will.

Jeder Wahlkampf ist unangenehm, er macht böses Blut; schlimmer noch aber ist es bei uns, wo der Kampf zwischen dem polnischen und dem Zentrums-lager tobt. Für die Behauptung unserer nationalen

Sonderstellung ist aber dieser Kampf notwendig, und wir müssen ihn durchsetzen. Man könnte sich ohne diesen Kampf begeben, wenigstens könnte man ihn mildern, wenn die unter uns wohnenden Deutsch-katholiken gerechter wären, wenn sie uns die Rechte zuerkennen wollten, die der polnischen Bevölkerung gebühren, leider ist dem nicht so.

Landsleute! Wem der heilige Glaube und seine Nationalität teuer sind, der agitiere mit allen Kräften namentlich während der bevorstehenden Feiertage zugunsten unseres Kandidaten Herrn Paul Gafka.

Höret keine Warnungen und bösen Einflüsterungen, laßt Euch von niemandem verleiten, selbst wenn er Euch im Glauben gleich wäre, stoßet alle Verführer und Judasse von Euch, die an Euch nur Verrat üben.

Märet auf und erwärmet, Brüder, die lauen und unerfahrenen Landsleute, daß dieser Kampf ein Kampf um unsere heiligsten Rechte sei, die einzig ein Landsmann von eigenen Fleisch und Blut zu verteidigen vermag, und ein solcher ist unser Kandidat Herr Paul Gafka.

Wenn wir alle unsere Pflicht gewissenhaft erfüllen werden, dann wird, liebe Landsleute, mit Gottes Hilfe unser Kandidat Herr Paul Gafka und mit ihm unsere heilige polnische Sache den Sieg davontragen.

Uns Werk also, Landsleute, an die Agitation zugunsten unseres Kandidaten!

Das polnische Wahlkomitee für den Land- und Stadtkreis Ratibor.

Aus Nr. 150 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 22. Dezember 1906:

An die Landsleute im Kreise Rybnik.

Ihr laßt den an die polnischen Wähler in Oberschlesien gerichteten Aufruf des Provinzialkomitees und ihr wißt, warum wir nur einen polnischen Abgeordneten wählen können und müssen. Das verlangt unsere nationale Ehre.

Wird das polnische Volk auch weiterhin die Verteidigung seiner heiligsten Rechte deutschen Händen übertragen? Werden wir uns von unseren Brüdern aus der Gegend von Kattowitz und Beuthen beschämen lassen?

Wir erschrecken vor dem bloßen Gedanken, daß so etwas am 25. Januar geschehen könnte. Dieser Schimpf darf sich nie mehr wiederholen.

Um jedoch zu siegen, müssen wir stark organisiert sein, eine starke Klasse haben und bis zum letzten Mann in den Kampf treten.

In jedem Dorfe müssen wir wenigstens 2 Vertrauensmänner haben. Wählt sie aus Eurer Mitte und teilt ihre Namen einem der Unterzeichneten unmittelbar nach den Feiertagen mit. Möge sich nicht der eine auf den anderen verlassen. Je mehr wir sind, desto besser.

Sammelt in jedem Dorfe Beiträge, jeder gebe wenigstens einen Groschen als Weihnachtsgabe in die Hände der Vertrauensmänner, und diese mögen das Geld an die Adresse: Paul Musiol in Nieder-Marklowitz, übersenden.

Vom 28. Dezember ab werden die Wählerlisten in den städtischen und Gemeindeämtern ausliegen. Jeder, welcher 25 Jahre alt ist, überzeuge sich persönlich, ob er in der Liste eingetragen ist. Wer nicht eingetragen ist, kann nicht wählen. Die Eintragung darf nur bis zum 4. Januar gefordert werden, man darf aber die ganze Liste durchsehen, sogar abschreiben.

Ermuntert die Bekannten, die Listen durchzusehen. Arbeitet, und wir werden siegen!

Das polnische Wahlkomitee für den Kreis Rybnik.

Dr. Bialy, Paul Musiol, Alois Prus,
Vorsitzender. Kassierer. Schriftführer.

Johann Piecha (Ligocka Kuznia).

Johann Mura. Johann Piecha (Kusieniz).

Josef Dsizlof. Adam Bednorz.

Aus Nr. 292 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 22. Dezember 1906:

Aufruf.

Pomoc Naukowa (Unterrichtshilfe).

Der in der Generalversammlung des Vereins „Pomoc Naukowa“ (Unterrichtshilfe) zu Breslau neu gewählte Vorstand setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Pfarrer Skowronski, Vorsitzender, Cybulski, Stellvertreter, Dombek, Schriftführer, Dr. Kostek, Stellvertreter, Dr. Seyda, Kassierer, Pfarrer Brandys, Stellvertreter, Koraszewski, Malinowski und Pfarrer Labislaus Robota, Beisitzer.

Indem wir dies zur Kenntnis bringen, bemerken wir, daß der neue Vorstand der „Unterrichtshilfe in Breslau“ seine Tätigkeit begonnen hat, und er bittet die Volksgemeinschaft angelegentlichst um Unterstützung bei Erfüllung seiner schwierigen und wichtigen Aufgabe.

Adresse des Vorsitzenden des Vorstands: Pfarrer Skowronski in Ellguth bei Jäz D.-S.

Adresse des Schriftführers: Redakteur Dombek in Beuthen, Bäckerstraße 29.

Adresse des Kassierers: Rechtsanwalt Dr. jur. Seyda in Kattowitz.

Alle Mitgliedsanmeldungen und Anträge auf Beihilfen (Stipendien) sind an den Schriftführer, Beiträge und freiwillige Spenden an den Kassierer zu richten.

Wir bitten herzlich um Beiträge. Wer nicht Mitglied werden kann, der möge freiwillige einmalige oder regelmäßige Spenden geben.

Die früheren Stipendiaten der Breslauer, Beuthener, Ratiborer oder Oppelner „Unterrichtshilfe“ bitten wir besonders darum, aus Ehrenpflicht Beiträge zu entrichten und als Ehrenschuld die erhaltenen Stipendien abzuführen.

Angesichts der großen Zahl der studierenden Jugend sind bedeutende Fonds nötig, welche die „Unterrichtshilfe“ nur dann aufzubringen vermag, wenn sich ihre Organisation über alle Ortshäfen unseres Schlesiens ausbreiten wird.

Wir bitten, sich als Vertrauensmänner unter der Adresse irgendeines Vorstandsmitgliedes zu melden.

Jeden Fingerzeig und jede Gabe nehmen wir gern an, und namentlich bitten wir, der „Unterrichtshilfe“ bei den verschiedenen Gelegenheiten, bei denen sich freiwillige Beiträge sammeln lassen, und bei freiwilligen Vermächtnissen zu Zwecken der Volksgemeinschaft usw. zu gedenken.

**Der Vorstand
der Unterrichtshilfe in Breslau.**

Aus Nr. 99 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 11. Dezember 1906:

Groschowitz.

Wenn man den Bericht über den Verlauf des Prozesses wegen Beleidigung eines Lehrers in Groschowitz liest, so kann man der Verwunderung nicht widerstehen, wenn man einerseits das Zeugnis des Lehrers, daß der größte Teil der Einwohner nicht imstande sei die Zählarten auszufüllen, andererseits aber in Betracht zieht, daß der überwiegende Teil die deutsche Sprache so gut beherrscht, daß er sie als Hauptsprache ansieht. Wenn man diese beiden so verschiedenen, aber nach einem Ziel strebenden Meinungen vergleicht, weiß ich wirklich nicht, ob ich darüber lachen oder ob ich eine solche Behauptung bemitleiden soll. Denn meines Erachtens sieht die Bevölkerung diejenige Sprache als Hauptsprache an, in welcher sie sich nicht nur gut verständigen, sondern welche sie auch vorzüglich lesen und schreiben kann; und in dem vorliegenden Falle ist diese „erzdeutsche“ Bevölkerung mittelst ihrer „Hauptsprache“ nicht fähig, einfache Zählformulare auszufüllen, wie unsere Herren Lehrer vor Gericht ausgesagt haben. Wahrhaftig, mein „deutsches“ Herzchen springt vor Entrüstung. Ach, liebe Herren Lehrer, wie schlecht sind die Erfolge dieser eurer Arbeiten und Mühen, die ihr mit jedem polnischen Kinde 8 Jahre ertragen müßt. Die beste Antwort darauf, welche Sprache wir für die Hauptsprache halten, waren die letzten Reichstagswahlen, und gebe Gott, daß die nächsten Wahlen dies noch besser zum Ausdruck bringen werden.

Ein Zweisprachiger.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 285 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 12. Dezember 1906:

Die neuen Wahlen und die Polen in der Fremde.

Es versteht sich von selbst, daß wir hier in der Fremde, d. h. wir Polen, die wir auf nationalem Boden stehen, bei den kommenden Wahlen nur für einen polnischen Kandidaten stimmen werden. Die Reichstagswahlen sind die beste Gelegenheit, um unter den Landsleuten eine gute Agitation durchzuführen und zu zeigen, daß wir ein lebendes Glied unserer Gesamtheit sind.

Aus Nr. 285 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 15. Dezember 1906:

Zu der Auflösung des Reichstages schreibt der Dziennik Berliński:

Wir werden bei den kommenden Wahlen nicht unterliegen, wenn unsere Wahlmaschinerie ordentlich funktionieren wird. Wenn der erforderliche Eifer für die Sache vorhanden sein wird und wenn die Agitation auch in die entlegensten Hütten der Bauern und Arbeiter hingetragen werden wird, dann werden wir nicht nur feins der gegenwärtigen (16) Mandate verlieren, sondern wir werden auch den vor kurzem verlorenen Wahlkreis Thorn-Briesen und Graudenz-Strasburg Westpr. wieder erobern und auch in Oberschlesien ein oder zwei Mandate gewinnen.

Der Zeitpunkt für die Wahlen ist für das polnische Volk äußerst günstig, denn sie finden Ende Januar, spätestens am 15. Februar statt, also in einer Zeit, in der sich der polnische Saisonarbeiter in seiner Heimat befindet und in der es fast gar keine Feldarbeiten gibt.

An Lösungsworten mangelt es uns auch nicht. Es ist gut, daß einen Tag vor der Auflösung des Reichstages der Redner der Fraktion im Interesse des armen polnischen Volkes für die Öffnung der Grenze zwecks Einfuhr des Fleisches sprach, es ist gut, daß wir in den Versammlungen die erhabene „preußische Kultur in Afrika“ werden besprechen können. Den Rest werden die Tränen der für das polnische Gebet geplagten und mit Arrest bestraften polnischen Kinder und die Geldstrafen der Eltern und die Wegnahme der polnischen Kinder in die Zwangserziehung ausmachen.

Kann es für uns Polen noch bessere Lösungsworte für die Wahlen geben?

An eins müssen wir bei dem bevorstehenden Wahlkampfe erinnern. Zunächst werden mit und gegen uns alle deutschen Parteien kämpfen, und zwar mit Hilfe des Regierungsapparates. Wir müssen uns dementsprechend einrichten, **keinerlei Kompromisse schließen** und nur auf die eigene Kraft, auf eine eigene, gute Agitation uns verlassen.

Ferner müssen wir nur um solche Kandidaten bemüht sein, die allgemein beliebt und bewährt sind, welche die polnische Nation in dem neuen Reichstage gut vertreten werden; wir müssen Männer edlen Gemüts und rechten Herzens wählen, die dabei ein ansehnliches Kapital politischen Verstandes besitzen.

Wir warnen vor Pseudodiplomaten, die auf dem parlamentarischen Parquetboden allzuoft ausgeglitten sind, also vor Leuten, die weder über Herz, noch Geist verfügen, wir warnen vor solchen Leuten, welche auf der parlamentarischen Arena eine politische Null sind, welche den gesunden Fortschritt des politischen Gedankens hemmen und das Abgeordnetenmandat als ein Mittel zum angenehmen Verbringen der Zeit auf dem Großstadtpflaster Berlins betrachten. Bringen wir in den neuen Reichstag ausschließlich Männer von Tat, Männer warmen Herzens, mit einem Worte: die besten Leute.

Das polnische Fühlein im Deutschen Reichstage ist nicht zahlreich, deshalb sollte es sich aus den tüchtigsten und hervorragendsten Kräften zusammensetzen!

Aus Nr. 282 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 12. Dezember 1906:

In der am 9. Dezember 1906 im Saale des Herrn Zurkiewicz in Berlin stattgefundenen Versammlung der Polen aus der St. Pius-Parochie wurde nachstehende

Resolution

einstimmig angenommen:

Die am 9. Dezember 1906 im Saale des Herrn Zurkiewicz in einer Anzahl von über 500 versammelten Polen der St. Pius-Parochie erklären:

1. Mit Entrüstung weisen wir die dem Vorsitzenden unseres Kirchenkomitees Herrn Hr. Krysiak durch den Propst Frank gemachten Vorwürfe zurück, nach welchen Herr Krysiak derjenige wäre, welcher in der Parochie Unfrieden hervorruft und die Parochianen gegen die Geistlichkeit aufwiegele. Wahr ist es, daß er nur den Willen aller polnischen Parochianen erfüllte, wofür wir ihm Anerkennung und Dank darbringen;
2. Wir verlangen — und werden nicht aufhören zu verlangen — unsere vollständige Gleichberechtigung in der Kirche, ganz besonders verlangen wir, daß der zum Empfang der ersten heiligen Sakramente vorbereitende Unterricht den polnischen und polnisch erzogenen Kindern durch

die Geistlichen in polnischer Sprache erteilt werde, ebenso wie dieser Unterricht den deutsch-katholischen Kindern im Herzogtum Posen durch die polnischen Geistlichen in deutscher Sprache erteilt wird. Im Falle der Nichtberücksichtigung unseres angeborenen und göttlichen Rechtes an diesem Erbgute, werden wir gezwungen sein, dieses unser Recht auf einem anderen Wege zu erlangen, wobei wir nicht dafür garantieren, daß die hiesigen Geistlichen, weil sie uns ungleich traktieren, ihre Achtung einbüßen werden.

3. Wir protestieren ganz entschieden gegen die Versuche, die Lasten des privaten Unternehmens „Leohospiz“ den Schultern unserer Parochie aufzubürden.

Die obige Resolution hat man einstimmig angenommen. Bei der Gegenprobe hat niemand die Hand erhoben. Es ließen sich bloß ironische Stimmen hören. Es kann sein, daß vielleicht Herr Froelich protestieren wird.

Man hat auch einstimmig beschlossen, daß sich diejenigen Bürger, welche als Beisitzer in der Versammlung fungierten, besonders die Herren Kulczynski, Lorkiewicz, Maczynski und Nadecki zum Dekan Franke begeben und diesem den Verlauf der Versammlung und die Resolution derselben vorstellen sollen, damit er genau den Willen der Polen seiner Parochie erfahre.

Mit einem polnisch-christlichen Gruß schloß der Vorsitzende die Versammlung um 5½ Uhr abends.

Aus Nr. 286 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 14. Dezember 1906:

Ein neuer polnischer Verein in Dortmund.

Am 4. November ist in Dortmund ein polnischer Arbeiterverein unter dem Schutze Johannes des Täufers gegründet worden. In der folgenden Sitzung, am 18. November, wurden die nachstehenden Herren in den Vorstand gewählt:

Wladislaus Schmiedt, Vorf.,
Teodor Pieczka, Stellv.,
Anton Gajdzinski, Schriftf.,
Bronisl. Podgorski, Stellv.,
Jof. Tuszynski, Kass.,
Ign. Lewandowski, Stellv.

Viel Glück dem neuen Verein in Dortmund!

Die Sitzungen werden bei Herrn Trotte, Osterholzstraße Nr. 60, abgehalten werden. Die Mitglieder werden erjucht, pünktlich zu den Sitzungen zu erscheinen. Gäste sind gern gesehen.

Anton Gajdzinski, Schriftf.

Aus Nr. 280 des Lech (Gnesen)

vom 11. Dezember 1906:

Die Deutschen wollen die Polen nach Kanada versetzen.

Die Kreuzzeitung macht den Vorschlag, die Polen, die sogar im Herzen Deutschlands Kolonien bilden, nach Kanada in Nordamerika zu versetzen.

Darauf erwidern wir folgendes: Die Überfahrt nach Kanada wäre sehr kostspielig, und wenn die polnischen Arbeiter die deutschen Provinzen verlassen würden, dann würden die dortigen Junker, Fabrikanten und Bergwerksbesitzer infolge Mangels an Arbeitern bankrott machen. Aber es gibt ein anderes Mittel, die Polen aus deutschen Gegenden zu entfernen, und zwar auf billige Weise. Möge die preußische Regierung den

polnischen Arbeitern, die in dem Gebiete zwischen Kreuz und Köhl arbeiten, den Erwerb von Boden in Ostgalizien erleichtern, und an die Stelle der in jene Gegenden auswandernden Polen galizische Ruthenen heranziehen. Der berühmte H. Hanicki, der den Preußen ruthenische Arbeiter liefert, um die Polen zu entfernen, wird seine Landsleute aus der „polnischen Sklaverei“ in Galizien in das „gelobte Land“ Preußen gern führen.

Man wird ihn zur Belohnung zum ruthenischen Bischof für den ganzen preußischen Staat ernennen können und der Kardinal Kopp wird einen ebenbürtigen Gefährten haben.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 563 des Slowo Polskie (Lemberg)

vom 11. Dezember 1906:

Für die Gindigkeit

der preußischen Regierung in der Herausforderung des polnischen Volkes sogar bei den kleinsten Dingen spricht auch die Tatsache, daß bereits jetzt bei manchen Truppenteilen bekanntgemacht wurde, die Soldaten würden in diesem Jahre keinen Urlaub zu den Feiertagen erhalten, weil in den Ostmarken Unruhen herrschten. Es ist dies ein bewußtes und tendenziöses Bestreben zur Hervorrufung der größten Erbitterung, die die Polen zu unbesonnenen Handlungen verleiten und der preußischen Regierung einen Vorwand zur Verhängung des so erwünschten Belagerungszustandes in den polnischen Provinzen geben soll.

Aus Nr. 557 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 6. Dezember 1906:

Polnische Volksversammlung in Przemyśl.

Przemyśl, den 2. Dezember 1906.

Heute fand hier eine von dem hiesigen Bürgermeister Dr. Dolinski einberufene polnische Volksversammlung statt, in welcher der Kampf der polnischen Kinder mit der preußischen Regierung besprochen wurde. Nach erfolgter Eröffnung der Versammlung durch den Bürgermeister hielt Dr. Bronislaus Potocki-Sambor eine Rede, in welcher er die Gründe und den Verlauf des Kampfes unserer kleinen Märtyrer mit der brutalen Übermacht der preußischen Regierung schilderte und eine Resolution zur Annahme vorlegte. Die wohl-durchdachte und sorgfältig ausgearbeitete Rede wurde beifällig aufgenommen. Im Laufe der Diskussion erklärte der Vertreter der Sozialdemokratie, daß die Arbeiter sich dem Proteste anschließen und für die vorgelegte Resolution stimmen würden. Es wurde gleichzeitig hervorgehoben, daß die polnische Fraktion, als die heute einzige polnische Vertretung, in dieser Sache das Wort ergreifen müßte, auch wurden Heinrich Sienkiewicz Worte der Anerkennung für seinen offenen Brief an Kaiser Wilhelm ausgedrückt. Der Rathausaal war überfüllt, viele Personen mußten wegen Platzmangels fortgehen, der Verlauf der Verhandlungen war ein sehr ernster. Die von dem Redner vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen; sie hatte folgenden Wortlaut:

„In dem ersten Augenblicke, wo in dem uralten Großpolen eine hunderttausendköpfige polnische Kinderchar zum Schutze der Muttersprache und der religiösen Gefühle auftritt, wo die grausame preußische Regierung diese ideale Anwendung der

Kinder in einer der Zivilisation unwürdigen Weise unterdrückt, indem sie die Schulen zu Gefängnissen und Folterkammern umwandelt, drücken die am 2. Dezember 1906 in Przemyśl versammelten Landleute den jungen Helden ihre Hochachtung aus und wünschen ihnen Ausdauer und Sieg in der heiligen Angelegenheit. Es wird die Zeit kommen, Ihr kleinen Märtyrer, in welcher Eure Leiden Früchte tragen und die Gerechtigkeit siegen wird."

Nach der Versammlung wurde eine Sammlung für die Opfer der preussischen Bedrückung veranstaltet.

Aus Nr. 281 des Czas (Kraſau)

vom 1. Dezember 1906:

Gegen die hafatistischen Intriguen.

Wir erhalten das nachstehende Schreiben:

Die im Solde der Hafatisten stehenden deutschen Blätter fangen, um das Schaudern und die Entrüstung, welche sich aller zivilisierten Völker der Welt anlässlich des Schulzwanges bemächtigte, abzuschwächen, geradezu an, die Polen revolutionärer Absichten und der Vorbereitung eines Nationalaufstandes anzuklagen.

Zu diesem Zwecke verbreiten sie die Nachricht von einer geheimen Organisation, von einer Teilung des Landes in nationale Starosteien, die einem irgendwo in Kraſau oder Lemberg wohnenden Präsidenten unterstehen und denunzieren endlich zu Recht bestehende polnische Vereine, daß diese im Grunde genommen nur Organe jener geheimen Organisation seien.

Auf diese Sammlung von Unsinn und Märchen, an welche die preussische Regierung selbst nicht glaubt, könnte man gar nicht antworten, wenn nicht der Umstand wäre, daß sie auf Irreführung des Auslandes und Rechtfertigung der das Unrecht und Märtyrertum der polnischen Nation vermehrenden Ausnahmegeetze berechnet wären. Angesichts dessen ist eine deutliche Antwort erforderlich, die aber, der Wahrheit entsprechend, keine andere sein kann, als die folgende:

- I. Die Polen sind nicht beschränkt genug, um einen Aufstand vorzubereiten, der an einem Tage unterdrückt werden und die Tore aller Gewalttaten gegen das polnische Volk öffnen würde.
- II. Es besteht keine geheime Organisation, es gibt keine Teilung des Landes in Starosteien, keinen an deren Spitze stehenden Präsidenten, überhaupt besteht nichts derartiges weder innerhalb, noch außerhalb der Grenzen Deutschlands.
- III. Die in Deutschland rechtmäßig bestehenden polnischen Vereine befassen sich mit sozialen Angelegenheiten, welche lediglich im Bereiche ihrer Satzungen liegen.
- IV. Der Widerstand gegen den Schulzwang ist nicht die Folge einer Agitation, sondern er entstand aus sich selbst auf Grund der dem menschlichen Gewissen zugefügten Vergewaltigung.

Dieses ist die Wahrheit. Die, welche von einem Aufstande und von Agitationen schreiben — lügen und sie wissen es, daß sie lügen. Die aufgeklärten und ehrlichen Deutschen müßten sich das verbitten, daß jene Skribler sie für dumm genug halten, um an derartiges Gewäsch glauben zu können. Wir gebildeten und ehrlichen Polen wenden uns an das Ausland mit der entschiedenen Verneinung der Lügen und an die polnische Bevölkerung in den preussischen Landesteilen mit dem Ersuchen, sich möglichst geduldig zu verhalten. Es ist etwas anderes, fest an den göttlichen und menschlichen Rechten zu halten, und etwas anderes, seine Entrüstung zum Ausdruck zu bringen. Von Aufstand, von Organisationen und Agitationen ist keine

Rede, aber alle, selbst die kleinsten Vorkommnisse und Regungen sind Wasser auf die Mühle unserer Feinde. Wir fordern zum Ausharren, zu einer möglichst energischen loyalen Verteidigung der dem Volke zukommenden Rechte, aber gleichzeitig auch zur Ruhe auf. Und dies ist die beste Antwort auf die falschen Anschuldigungen. Mögen Gott und das Recht auf unserer — die Übermacht auf der anderen Seite sein.

Die Blätter des Auslandes, aber auch die ehrlichen deutschen und alle polnischen Blätter ersuchen wir um Aufnahme dieser Worte.

Heinrich Sienkiewicz.

Aus Nr. 548 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 1. Dezember 1906:

Nach dem Tode des Primas.

Lemberg, den 30. November.

Durch die Macht der Ereignisse stellte sich der Tod des Herrn Erzbischofs v. Stablewski an die Spitze unserer lebendigsten Nationalangelegenheiten, deren fernere Entwicklung für unser künftiges Los entscheidend sein kann. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Todestag des Primas zum Wendepunkt in der grundsätzlichen Politik der preussischen Regierung den Polen gegenüber werden wird, daß zugleich mit dem Tode des Erzbischofs die letzten Bande des politischen Unstandes, den die preussische Regierung uns gegenüber hin und wieder wahrte, gerissen sind und nunmehr eine Schreckenszeit in Großpolen folgen wird.

Der verstorbene Erzbischof v. Stablewski räumte das Feld in einem Augenblick, wo der Kulturkampf in den polnischen Landesteilen den Höhepunkt erreicht hatte und über dem Haupte des Führers der polnischen Scharen eine gefährdrohende Wolke schwebte. Ihm drohte das Los seines Vorgängers, des verstorbenen Kardinals Ledochowski: es erwarteten ihn Gefängnis und Verbannung!

Die Tätigkeitsbahnen dieser beiden Männer liefen merkwürdig übereinstimmend nebeneinander. Beide waren anfänglich Anhänger der Versöhnungspolitik, auf die Regierungszugeständnisse antworteten sie mit der größtmöglichen Versöhnungspolitik. Und erst der angekündigte Kulturkampf führte beide auf den Posten einer scharfen und schließlich der schärfsten Opposition. Gegen Ledochowski trat Bismarck auf. Diese beiden mächtigen Geister des Lichtes und der Finsternis — prallten auf einander, und Ledochowski mußte nachgeben. Aber nur scheinbar, denn später beherrschte er von Rom aus das preussische Polen, bis Bismarck nach Canossa ging und mit Rom Frieden schloß.

Ganz dasselbe wiederholte sich jetzt mit dem Erzbischof von Stablewski. Seine anfangs freundschaftlichen Beziehungen zu der Regierung verschlimmerten sich im Laufe der Jahre fortwährend und erreichten in letzter Zeit den Höhepunkt der Spannung. Auf die nach Berlin unter der Adresse des Kaisers entsendete Klarstellung des Schulstreiks, welche gewissermaßen das erzbischöfliche Ultimatum bildete, erhielt Herr von Stablewski einen Tag vor seinem Tode im Allerhöchsten Auftrage vom Kultusminister v. Studt eine abschlägige Antwort.

Die Würfel sind gefallen! Auf das erzbischöfliche Ultimatum kam ein kaiserliches Ultimatum, welches dessen Forderungen geradezu ablehnte. Dem Erzbischof blieb nichts weiter übrig, als seine Beziehungen abubrechen und die sich daraus ergebenden Folgen abzuwarten.

Der Tod erlöste ihn davon, diesen bitteren Kelch zu leeren. Indes gehen die zurzeit ihres Führers geraubten polnischen Scharen mutig weiter in den Kampf und werden in ihm ausharren ohne Rücksicht darauf, wer den erzbischöflichen Thron nach ihrem verstorbenen geistlichen Leiter einnehmen wird. Mit dem Tode des Herrn von Stabilewski hat sich auch die Lage ungeheuer, und zwar derart verschärft, daß die katholischen deutschen Blätter, die bevorstehende Gefahr eines tödlichen Zusammenstoßes sehend, die Regierung ermahnen, gelegentlich des Wechsels auf dem Posenener erzbischöflichen Throne auch die Schulpolitik auf andere Bahnen zu bringen, d. h. die sich anbietende Gelegenheit dazu zu benutzen, sich aus der schändlichen und gefährlichen Lage zurückzuziehen. Die Antwort Kaiser Wilhelms, welcher hartnäckig, **wie ein Wahnsinniger, bei der Fortsetzung der hakatistischen Henterpolitik bleibt**, beweist leider, daß die preussische Regierung den bisherigen Weg nicht verlassen wird und die Polen auf das Schlimmste vorbereitet sein müssen.

Das Vorspiel zu dem, was jetzt folgen soll, hören wir jetzt schon. Aus dem hakatistischen Lager dringt Triumphgeschrei an unsere Ohren, weil man dort ein Mittel erjunden hat, welches sicherlich die Polen vernichten wird. Die Hakatisten kalkulieren nämlich so: die Lösung des polnischen Problems hängt durchaus nicht von den Bischöfen ab, sondern von der polnischen Geistlichkeit. Man muß das polnische Übel mit der Wurzel herausreißen und nicht zulassen, daß die polnischen Geistlichen einen Einfluß auf die Schulkinder ausüben. Dies läßt sich auf die Weise bewerkstelligen, daß der Religionsunterricht in den östlichen Provinzen vollständig aus der Schule beseitigt wird. Dann erst wird die von dem religiösen Ballast befreite Schule wirklich eine preussische Staatschule werden und das nationale Problem wird sich in ein Kulturproblem umwandeln!

Das sind vergebliche Hoffnungen, Ihr Herren Hakatisten! Ihr irrt, wenn Ihr glaubet, daß die Konfessionslosigkeit der Schule die polnische Jugend in eure Netze bringen werde. Vergesst nicht, daß diese Jugend Eltern hat, welche polnisch denken und fühlen und welche instande sein werden, in die jungen Seelen zu Hause das einzuprägen, was ihnen die Schule versagt.

Im Reichstage wiederholte vor einigen Tagen Bülow nach Bismarck, daß die Deutschen niemanden, außer Gott, fürchteten. Die letzten Anwandlungen des von der preussischen Regierung unterstützten Hakatismus widersprechen dieser Behauptung; es zeigt sich nämlich, daß die Deutschen mehr als Gott, die Polen fürchten und bereit sind, sogar Gott aus den Schulen zu entfernen, wenn sie uns nur unterjochen können. Derartige Anwandlungen aber liefern nicht den Beweis für die Stärke, sondern für die Schwäche.

Aus Nr. 281 der Nowa Reforma (Krakau)

vom 11. Dezember 1906:

Polnische Volksversammlung in Posen.

Angeichts der Hinterlist mit welcher den polnischen Reichstagsabgeordneten das Wort entzogen wird, dürfen wir mit um so größerer Befriedigung die Nachricht begrüßen, daß am 17. d. M. eine polnische Volksversammlung in Sachen des polnischen Kinderkampfes in Posen stattfinden wird. . . .

Zu dieser Versammlung ladet ein aus mehreren Hunderten von Bürgern aller Stände und Berufe zusammengesetztes Komitee ein. Außerordentlich zahlreich ist in dem Komitee die polnische Geistlichkeit vertreten und aus der Tagesordnung geht hervor, daß

sie u. a. bezweckt, das Verhältnis der Kirche zu dem gegenwärtigen Kampfe der preussischen Regierung mit den polnischen Kindern zu erläutern. Es wäre wünschenswert, wenn die Stimmen dieser Versammlung eine deutliche Warnung für den Vatikan wäre, damit er sich überzeuge, daß er sich, sei es in der Angelegenheit der polnischen Kinder, sei es in der der Ernennung eines neuen Erzbischofs, offen und entschieden auf die Seite der polnischen Bevölkerung in den preussischen Landesteilen stellen müsse.

Aus Nr. 549 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 2. Dezember 1906:

An der Bahre des polnischen Primas.

Posen, den 30. November.

Wir stehen natürlich noch alle unter dem Eindruck des Todes des Erzbischofs von Stabilewski, durch welchen der einst in Polen wichtigste erzbischöfliche Sitz verwaist wurde. Wie auch immer die Ansichten und Urteile über die Tätigkeit des verstorbenen Erzbischofs sein mögen, an seiner Bahre schweigt die Kritik und alle durchdringt nur ein Gefühl der Trauer und des Schmerzes darüber, daß der hingegangen ist, welcher sicherlich unter den schwierigsten Verhältnissen, unter denen je ein Bischof zu tun hatte, stets nach seinen besten Kräften, ehrlich und kräftig die Überlieferungen seiner Vorgänger, der Primasse von Polen, aufrecht erhielt und angesichts der immer größeren Gefahren gewissenhaft für das Interesse der Kirche und der Nation eintrat.

Es unterliegt jedenfalls keinem Zweifel, daß die Regierung wegen der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird und daß die Verhandlungen zwischen dem Vatikan und Berlin noch lange dauern werden. Obwohl die Wahl des Erzbischofs dem Namen nach die beiden Kapitel vollziehen, so ist doch in Wirklichkeit die endgültige Ernennung das Ergebnis direkter Abmachungen zwischen der Regierung und dem Papste — wie sich der Vatikan in dieser Sache verhalten wird, ist schwer vorauszusagen; allzuviel haben wir von dort nicht zu erwarten, da wir wissen, wie mächtig gerade in letzter Zeit der deutsche Einfluß auf die Politik der römischen Kurie einwirkt.

Für die polnische Gesellschaft in den preussischen Landesteilen gibt es nur einen Weg: mit der patriotischen Geistlichkeit zusammen das kirchlich-nationale Interesse gegen die staatlichen Begehrlichkeiten zu schützen, sogar dann, wenn die germanisatorischen Bestrebungen bei der höheren Kirchenparodie Unterstützung finden sollten, was jedoch vorläufig nicht zu befürchten ist. Eine solche selbständige Verteidigung ist der Schulstreik, welchen die ganze Gesellschaft, ohne Rücksicht auf die Ereignisse, bis zu Ende zu führen entschlossen ist.

Aus Nr. 546 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 30. November 1906.

Hakatistische Alarme.

Wenn wir einen ehrlichen Deutschen fragen wollten, weshalb die Hakatisten ihn die Polen hassen lassen, würde er auf die Frage nicht zu antworten wissen. Der Durchschnittsdeutsche kann auch nicht verstehen, weshalb man eigentlich dem Polen verbietet, polnisch zu sprechen und polnisch zu denken und weshalb der schändlichste aller Kriege, der Krieg mit den Kindern

in Szene gesetzt wurde? Die Mehrheit der Deutschen fühlt überhaupt nicht das Bedürfnis der Bedrückung der Polen und versteht sie gar nicht. Dies beweist das Verhalten des halb Deutschland im deutschen Reichstage vertretenden Zentrums, welches bei der Regierung eine die hafatistische Politik verurteilende Interpellation einbrachte. Letztere rief natürlich eine lebhaft parlamentarische Debatte hervor, in deren Verlauf sehr unangenehme Sachen für die Hafatisten ans Tageslicht gefördert werden können. Um nun der Gefahr vorzubeugen und die deutsche öffentliche Meinung auf die Zentrums- und Polenschläge vorzubereiten, stellen jetzt die hafatistischen Organe die Polen mit doppelter Energie in den schwärzesten Farben als ein der Macht und der Sicherheit des Staates gefährliches Element dar. Da die Hafatisten unsere Brüder in den preussischen Landesteilen irgendwelcher sozial-revolutionären Bestrebungen nicht beschuldigen können, so behaupten sie mit einer die Grenzen des Zynismus überschreitenden Frechheit, daß in der Provinz Posen ein Nationalaufstand vorbereitet werde, welcher bei günstiger Gelegenheit jeden Augenblick ausbrechen könne . . . Über den Aufstand brachten die Hamb. Nachrichten einen längeren Artikel, zu welchem der Dziennik Polski folgendes bemerkt:

Wir würden den Schwindeleien des hafatistischen Skriblers über den polnischen Aufstand keine Bedeutung beimessen, wenn man nicht gerade zu deren Veröffentlichung die jetzige Zeit — einen Tag vor der polnischen Debatte im Berliner Parlament — gewählt hätte und wenn nicht ein immerhin angesehener, wenn auch uns feindliches Blatt diese unsinnigen Ausführungen in seine Spalten aufgenommen hätte. Auf das Geschwätz zu antworten, ist nicht möglich, wie es nicht möglich ist, auf die Fantasien eines Fieberkranken einzugehen.

Aus Nr. 285 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 15. Dezember 1906:

Die Auflösung des Deutschen Reichstages.

Für die polnische Bevölkerung in den preussischen Landesteilen ist die Auflösung des Reichstages eine äußerst günstige Tatsache. Der Wahlkampf bei der jetzt durch den Schulstreit hervorgerufenen Gemüts-erregung wird der polnischen Fraktion sicherlich einige Mandate einbringen, der scharfe Konflikt der Zentrums-
partei mit der Regierung aber wird auch nicht ohne Einfluß auf die Ernennung des neuen Gnesen-Posener Erzbischofs bleiben. Das Schicksal hat es gefügt, daß die deutsche Regierung die gestrige Niederlage hauptsächlich durch die Polen erlitt, denn die Stimmen der polnischen Fraktion waren bei der Abstimmung entscheidend. Zu der Stellungnahme, welche die polnische Fraktion zu dieser Sache genommen hatte, können wir sie nur beglückwünschen.

Aus Nr. 571 des Słowo Polskie (Lemberg)
vom 15. Dezember 1906:

Die Krisis in Deutschland.

Der Reichskanzler von Bülow, vielmehr Wilhelm II., hat sich zu einem entscheidenden Schritte aufgerafft — er hat den Deutschen Reichstag nach Ablehnung der Mehrforderungen des Kolonialbudgets aufgelöst. Der Konflikt zwischen der Regierung und den Vertretern der Nation hinsichtlich der Kolonialangelegenheiten spitzte sich schon längst zu und die Nichtbewilligung

seitens des Reichstages in der letzten Sitzungsperiode einer besonderen „Kolonial-Abteilung“ bildete den ersten schärferen Abschnitt in dem Konflikte.

Die fortwährende Bewilligung bedeutender Beträge für die Kolonien, der schlecht geführte und noch nicht beendete, jahrelange und Hunderte von Millionen kostende Krieg mit den Hereros, die trotz der starken Verheimlichung fortwährend an das Tageslicht geförderte Verbrechen und Vergehen Deutscher, aus fast ausschließlich zur Verwendung in Europa unmöglichen Personen sich rekrutierender Militär- und Zivilisatoren, endlich die Bestechung, welche rückwirkend auch die Zentral-Kolonialbehörden in Berlin beherrscht — das alles gab vollständig genügende Veranlassung zur Unzufriedenheit nicht nur unter den breiten Bevölkerungsschichten, aber auch bei dem ziemlich gemüthlichen Reichstage. Der Reichskanzler von Bülow rechnete mit dieser Stimmung, setzte nach schwerem Kampfe die Entlassung des durch die Beteiligung an den afrikanischen Armeelieferungen kompromittierten Ministers von Podbielski durch und stellte an die Spitze des Kolonialamtes, an Stelle des Fürsten von Hohenlohe, den tatkräftigen Finanzmann Dernburg, indem er darauf rechnete, daß man diese Ernennung als den Bruch mit dem bisherigen System der bürokratischen Führung der Kolonialangelegenheiten und als den ersten Versuch, bei der Kolonialarbeit nicht verachtete Aristokraten, sondern Fachleute zu verwenden betrachten werde, welche imstande sein würden, die natürlichen Schätze dieser Länder zu schätzen und auszubenten — nur daß dies alles auf die Beruhigung der Gemüter Einfluß ausüben und den Reichstag für die Kolonialpolitik günstiger stimmen werde.

Und dennoch trat die Krisis ein: Sie trat eine weil ihre wirkliche Veranlassung nicht in den Kolonialangelegenheiten liegt, weil sie nicht von dem mehr oder weniger geschickten Auftreten Dernburgs im Reichstage bedingt wird, sondern weil sie in der weit verbreiteten und alle Bevölkerungsschichten durchdringenden Unzufriedenheit, in jenem Schwarzsehertum zu suchen ist, gegen welches Wilhelm II. in seiner Breslauer Rede so leidenschaftlich auftrat.

Die Deutschen sind unzufrieden. Verständigungen und Verträge schließen sie in einen immer engeren Kreis ein und die „splendit isolation“ fängt an beunruhigend zu wirken. Schwülstige Reden und Säbelgerassel, Telegramme und Besuche, die jedoch stets euer Mißlingen in der auswärtigen Politik herbeiführen und das Sichzurückziehen Deutschland aus seinen Positionen — dies alles, in Verbindung mit der stillen, aber erfolgreichen Arbeit anderer Staaten erklärte sogar den größten „Hurrapatrioten“ den Unterschied zwischen Wort und Tat, ließ ohne übermäßigen Hochmut die Staatslage beurteilen und weckten den Verdacht, ob sich in den leitenden Kreisen hinter der oberflächlichen „Schneidigkeit“ nicht eine Leere verberge. Zum Ausdruck kam die Unzufriedenheit in der zu Anfang dieser Reichstags-sitzung vom Abg. Liebermann eingebrachten Interpellation, die Antwort des Fürsten von Bülow aber, welche mit Recht von der deutschen Satire mit einer Himbeer-Limonadenüberschwemmung verglichen wird, hat die Zweifel und die Beunruhigung sicherlich nicht beseitigt. Der Mangel an Vertrauen zu der jetzigen Regierung, die Unzufriedenheit mit der Kamarilla, den willkürlichen Regungen und mit dem glatten Fürsten von Bülow bilden den Hintergrund der augenblicklichen Krisis.

Die amtlichen und halbamtlichen Blätter bemühen sich, die Krisis als das folgerichtige Verhalten der Regierung hinzustellen, welche zielbewußt dahin strebte, die Lage auf die Spitze zu treiben, mit dem Zentrum

zu brechen und die Wahlen unter der Losung des Kampfes gegen die Merikalen und die Sozialdemokraten durchzuführen.

Eine derartige Erklärung der Ereignisse ist nicht sehr wahrscheinlich. Den Fürsten von Bülow kann man nach seiner ganzen bisherigen Politik eher als einen Kompromißmann, als einen Mann des scharfen Kampfes betrachten und man kann sicherlich annehmen, daß, wenn sich nicht höhere Kräfte eingemischt hätten, man auch diesmal den Ausweg aus dieser Lage in einem Kompromiß gesucht hätte, um so mehr, als es sich in dem vorliegenden Falle um den Kampf mit einer Partei handelt, die seinerzeit sogar den eisernen Reichskanzler zur Kapitulation gezwungen hatte; sie besitzt zwar gegenwärtig keine sehr hervorragenden Führer, aber an der Spitze der Regierung steht auch kein Bismarck.

Andererseits war das Zentrum, als eine maßgebende Partei, für die Regierung sehr bequem, jedenfalls bequemer, als irgendeine Partei der Rechten. Nach einem mehr formellen Widerstande bewilligte es stets alle Forderungen, die Heereslasten, die Ausgaben für die Marine und gab sich sogar Mühe, der Regierung Unannehmlichkeiten durch Beseitigung nicht genehmer Interpellationen zu ersparen, wie z. B. in der Schulangelegenheit in der Provinz Posen; zum großen Teil aber auf Volks- und Arbeiterelemente sich stützend, verlangte das Zentrum von der Regierung keine in reaktionärem Sinne so weit gehende Zugeständnisse, wie sie zweifellos die Junker oder die Großindustriellen gefordert haben würden, Zugeständnisse, deren Durchführungsversuch allein für den Staat sehr preiswert gewesen wäre. Außerdem ist es klar, daß man bei der jetzt herrschenden Stimmung unmöglich annehmen kann, daß die Wahlen der Regierung einen geneigteren Reichstag, wie jetzt, geben werden; es ist ja möglich, daß das Zentrum einige Mandate einbüßen werde, jedenfalls aber nicht zugunsten der Rechten, sondern gerade zugunsten radikalerer Parteien. Das Ergebnis der seinerzeit von Miquel angeregten Politik der Vereinigung gegen den Umsturz belehrt uns hierüber vollständig.

Es ist deshalb schwerlich anzunehmen, daß Fürst von Bülow sich eine schwere Krisis sehr wünschen könnte — die Absicht, daß er hierzu gezwungen wurde, ist wahrscheinlicher.

Die Folgen der Krisis müssen wir vor allen Dingen vom Standpunkt der polnischen Interessen betrachten und wir können hier feststellen, daß die gegenwärtige Krisis für uns günstig ist. Vor allen Dingen ist die Tatsache, daß die polnischen Stimmen für die Regierungsvorlage entscheidend waren, für die maßgebenden Kreise ein wertvolles Erinnern daran, daß Deutschland in seinen Bestrebungen nicht ganz einmütig ist und es nicht geboten ist, selbst die verhältnismäßig wenig zahlreichen Parteien gering zu schätzen, denn sie können sehr leicht in den wichtigeren, den Reichstag in zwei gleiche Hälften teilenden Fragen das Zünglein an der Wage bilden. Im Jahre 1893 haben die Polen in der Militärvorlage ebenfalls den Ausschlag gegeben und der Unterschied zwischen der Stellung, welche sie damals und der, welche sie heute eingenommen haben, gibt der Regierung eine Lehre über die Fragen der antipolnischen Politik.

Es ist nicht zu befürchten, daß die künftigen Wahlen einen uns weniger geneigten Reichstag, als den jetzigen, bringen könnten, was dagegen die polnische Vertretung anbelangt, so gibt uns der Schulkampf ein so volkstümliches Lösungswort, hat so breite Bevölkerungsschichten geweckt und zum Kampfe angespornt, daß es keinem Zweifel unterliegt, daß die Vertretung aus der Wahl sowohl hinsichtlich der Zahl, als auch

der guten Beschaffenheit als die beste, die wir nur im preussischen Anteil haben können, hervorgehen werde.

Aus Nr. 48 des Kraj (Petersburg)
vom 14. (1.) Dezember 1906:

Aus der Warthegegend.

Schon lange hat die polnische Sache nicht derartig die öffentliche Meinung von ganz Deutschland beschäftigt, wie in dem gegenwärtigen Augenblick. Die preussische Politik eilt in Siebenmeilenstiefeln dem Absurden entgegen. Der hunderttausendköpfige Schulstreik, diese imposante Kundgebung des nationalen Selbstbewußtseins, dieser in der Weltgeschichte nicht dagewesene imponierende Akt der Verteidigung einer bedrückten Gesellschaft, förderte eine so gewaltige sittliche Macht des von den amtlichen und nichtamtlichen Kursehern Preussens der Vernichtung preisgegebenen Volksstammes an das Tageslicht, daß sie sogar in den tüchtigsten Geistern der deutschen Nationalität schmerzliche Bedenken darüber hervorrufen mußte, ob nicht dieser ungeheure Kraftaufwand, zu welchem sich das Deutschtum in den Ostmarken emporgerafft hat, ein mißlungenes und abschreckendes Experiment für die Zukunft bleiben werde. Es ist nicht leicht, ein Fiasko einzugestehen, wenn man trotz aller Mißerfolge der letzten Zeit, trotz der zunehmenden Isolierung und des Hasses des Auslandes, trotz der sich mehrenden Kolonialskandale immer noch eine Macht erster Ordnung ist, wenn man namentlich einem solchen Gegner gegenüber, wie die Polen, einen unvergleichlich größeren Vorrat an Mitteln zur Kriegsführung vorstellt. Nach außen hin zeigt man denn auch geistlich eine gute, ja sogar eine hochfahrende Miene. Zu einer Ernüchterung wird es wahrscheinlich sobald nicht kommen. Eine Unruhe macht sich aber schon in den sehr streng gläubigen katolischen Kreisen bemerkbar.

Neuen Stoff zu dieser Beunruhigung lieferte die letzte Polendebatte im Reichstage über die anlässlich der gerichtlichen Erkenntnisse eingebrachten Interpellationen in Sachen des den polnischen Eltern entzogenen Erziehungsrechtes über ihre Kinder und deren Überweisung an eine staatliche Zwangserziehung. Die preussische Regierung hatte Gelegenheit, im Laufe der eintägigen Erörterungen sich davon zu überzeugen, was die Staatsbürger über ihre antipolnischen Gewalttaten denken, sie konnte den ganzen Abgrund sehen, welcher in dieser Hinsicht zwischen ihr und der ungeheuren Mehrheit des Reichstages besteht. Auf unserer Seite stellte sich die ganze große Partei deutscher Katholiken, stellten sich die Sozialdemokraten und die freisinnige Partei, ganz abgesehen von den Vertretern der französischen und dänischen Bevölkerung. Drei der Zahl nach wichtige deutsche Parteien, welche in letzter Zeit wiederholt eine gewisse Kühle hinsichtlich ihrer früheren polnischen Sympathien zur Schau trugen, traten jetzt zu einem entschiedenen Angriffe gegen die Praktiken des Herrn von Bülow auf dem Posener Terrain auf. Der Ausdruck „Barbarei“ wurde nicht von den polnischen, sondern von den deutschen Abgeordneten der Regierung ins Gesicht geschleudert. Dies wäre noch vielleicht zu ertragen gewesen, denn die preussische Regierung hat schon wiederholt einen genügend verdäulichen Magen gezeigt, wenn es sich um derartige Worte der Anerkennung für ihre innere Politik handelte, aber selbst in den Reihen, welche bis jetzt immer diese Politik unterstützt hatten, machte sich eine gewisse Unzufriedenheit bemerkbar. Die Rede des Nationalliberalen Büsing mußte dem Reichskanzler zu denken geben. Als dieser Abgeordnete im Namen seiner Par-

tei das Verfahren der Regierung, welche den Eltern ihre polnischen Kinder fortnimmt, als ein „vollständig unpassendes“ bezeichnete, schmerzte der Ausdruck Herrn von Bülow wahrscheinlich mehr als der Vorwurf der „Barbarei“, welcher von den Sätzen der Opposition gemacht wurde. Dies war nämlich die Stimme der Unzufriedenheit aus eigenem Lager, aus der Mitte derer, auf deren Schultern das ganze Gebäude der preussischen Ungezüglichkeit sich erhebt. Die Unzufriedenheit aber trat nicht allein im Reichstage in die Erscheinung. Auch ein Teil der polenfeindlichen Presse räumte ein, daß der Bogen zu straff gespannt worden sei und daß es Zeit wäre, zu überlegen, ob nicht der gesunde Menschenverstand gebiete, auf dem verhängnisvollen Wege umzukehren.

Gleichzeitig goß frisches Öl in das polnische Feuer der Tod des Gnesener Erzbischofs. Auch hier erlitt die preussische Regierung eine empfindliche und unerwartete Niederlage. Da sie seit Jahren alle ihre Kräfte zusammennahm, um durch Ernennung deutscher Domherren für die beiden polnischen Diözesen eine künstliche deutsche Mehrheit dort zu schaffen und da ihr dies endlich gelungen war, hatte sie das Recht, zu erwarten, daß in dem jetzigen entscheidenden Augenblick, in welchem die Ernennung der Vertreter des Herrn Erzbischofs von Stabilewski auf die Tagesordnung gestellt wurde, die beiden Kapitel ihren Einfluß dahin geltend machen

würden, den erzbischöflichen Stuhl mit einem Deutschen zu besetzen. Es kam anders. Die deutsche Kapitelmehrheit sowohl in Posen als auch in Gnesen bewies ganz deutlich ihre friedliche Gesinnung, indem sie Polen zu Verwaltern der beiden Diözesen wählte. Da nun auch die ganze öffentliche katholische Meinung in Deutschland verschieden ihre Ansicht dahin äußerte, daß nur ein Pole den erzbischöflichen Stuhl in Posen einnehmen dürfe, da auch der Vatikan sicherlich nicht die Treue von mehreren Millionen polnischer Katholiken einer immerhin riskanten Probe wird aussetzen wollen und unsere Gesellschaft sich ebenfalls nicht so leicht einen nichtgenehmen Kirchenfürsten aufdrängen lassen dürfte, so sind die Aussichten der Regierung und der habsburgischen Kreise bei der Besetzung des Posener Erzbistums durch eine von ihren Kreaturen tief gesunken. Dies bewies die Regierung selbst, indem sie ohne Widerstand die beiden bisherigen Diözesanverwalter, die Herren Litowski und Dorjowski, bestätigte.

Die Wahl und Ernennung des Erzbischofs wird wahrscheinlich lange auf sich warten lassen. Unsere Sache steht jedoch heute gut und es ist kaum anzunehmen, daß eine Verzögerung irgend eine Veränderung zu unseren Ungunsten hervorrufen könnte.

M a s l a w.

Redigiert von Zacher, Polizeirat.

Der. Königliche Polizei-Präsident von Hellmann.



